

ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Bernsteinzimmer im KL-Haus?

Hermann Kant hat die Idee des Monats gehabt: Der PDS-Partei Vorstand möge im Berliner Karl-Liebknecht-Haus ein heißbegehrtes Kleinod erstehen lassen - das Bernsteinzimmer, empfahl er im ND. Warum wählte er gerade diese Zeitung für seinen trefflichen Vorschlag? Hier scheinen die Liebhaber des gelben Harzsteines und der Gelben in der deutschen Arbeiterbewegung der Traditionspflege in besonderem Grade verpflichtet zu sein.

Tatsächlich wäre die Einrichtung eines Bernsteinzimmers in der Kleinen Alexanderstraße nicht nur zeitgeistgemäß, sondern auch ein Akt der Wiedergutmachung „an einem in der DDR verfeimten marxistischen Denker“, für den die „Sozialistische Tageszeitung“ unlängst wieder einmal die Trommel rührte. Besser gesagt: Ein ganzes Orchester intonierte einen Hymnus. „Neues Deutschland“ veröffentlichte am 29./30. Januar 2000 eine breitmäulig als „Plädoyer“ bezeichnete Lobrede auf den vor 150 Jahren geborenen Eduard Bernstein - den „Vater des Revisionismus“. Gregor Gysi hatte ihn schon im Dezember 1989 in die neugestaltete Ahnengalerie seiner gerade erst aus der Taufe gehobenen Partei des Demokratischen Sozialismus eingereiht. In seiner Laudatio bestätigte ein ND-Autor namens Jürgen Schuster im Grunde nur das, was in der DDR Hunderttausende, vielleicht sogar Millionen gewußt haben: daß Bernstein zunächst Marxist und dann - seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts - der selbsternannte Marx-„Revidierer“ Nr. 1 gewesen ist. Dennoch beklagt der harte ideologische Auftragsarbeit für die Sozialdemokratisierer in der PDS-Spitze leistende Artikelschreiber des ND: „In der DDR als Inkarnation des ‘Verrats an der Arbeiterklasse’ und der Abkehr vom Marxismus stigmatisiert, hat ihn das Odium des Abtrünnigen und Verwerflichen bis heute nie ganz verlassen.“

Bernstein habe „glänzende marxistische Analysen“ geschrieben, sei aber „zu seinen Erkenntnissen ... auf der Grundlage und im Ergebnis einer kritischen Auseinandersetzung mit einer Reihe Marxscher Grundpositionen“ ... gelangt. Von ihm stamme die Behauptung, „daß die von Marx prognostizierte Polarisierung zwischen Kapital und Reichtum auf der einen und von Elend auf

der anderen Seite nicht in der vorausgesagten Dimension und Schärfe eingetreten“ sei. Er habe sich für den „friedlichen“, nichtrevolutionären Weg als den alleinigen Zugang zum Sozialismus ausgesprochen. Seine Devise habe gelautes, „das sozialistische Kollektiveigentum“ werde „nicht als Folge oder infolge der gewaltsamen Aufhebung des kapitalistischen Eigentums ausgebildet werden, sondern das kapitalistische Eigentum wird verschwinden, wenn das sozialistische Kollektiveigentum schon in hohem Grade ausgebildet sein wird.“ Mit anderen Worten: Der Sozialismus entsteht im Kapitalismus, ohne jeden revolutionären Sprung und ohne vorherige Brechung der Macht- und Eigentumsstrukturen des Kapitals.

Entschieden habe Bernstein dafür plädiert, nicht länger an der „Phrase von der Diktatur“ (des Proletariats) festzuhalten. Das sei, wie man heute wisse, „ein sehr kluger Ratschlag“ gewesen, meint ND-Schuster, „denn Marx, als der Erfinder dieses unglücklichen Begriffs“, habe „nie eine inhaltliche Bestimmung dieses Terminus gegeben“. Schließlich sei Bernstein - auch als Urheber des Satzes, die Bewegung sei (ihm) alles, das Ziel gar nichts, bekannt - gegen die „Überschätzung der schöpferischen Kraft der revolutionären Gewalt“ aufgetreten und habe darauf verwiesen, „daß die bürgerliche Gesellschaft noch beträchtlicher Anpassung fähig“ sei. In der Folgezeit hätten „sich die meisten Positionen Bernsteins bestätigt und als richtig erwiesen“.

Auf diesem beklagenswerten theoretisch-ideologischen Niveau sind die Mehrheit der PDS-Führung und ihr Zentralorgan inzwischen angekommen. Sie brauchen in der Tat ihr Bernsteinzimmer! Was aber muten sie den vielen gebildeten und standhaften Marxisten zu, die sich immer noch in ihrer Partei quälen?

Dem ND-Plädoyer für den Herold des antimarxistischen Revisionismus vergangener Tage, der im Dezember 1989 vom Sonderparteitag erneut auf den Schild gehoben wurde, stellen wir unser Plädoyer auf Marx und Engels, auf Lenin - den von der Diktatur der deutschen Bourgeoisie vom Denkmalssockel gestoßen und verfeimten proletarischen Denker - entgegen! K.St.



INHALT

Bernsteinzimmer im KL-Haus?	S. 1
Das Entlastungsmanöver	S. 2
Wie kriminell ist die CDU?	S. 3
Wir wolln unsern Kaiser Willem wieder ham!	S. 4
Fernsehreklame und politisches Denken	S. 5
Ein streitbares Kollektiv der DKP	S. 6
Postwurfsendung	S. 8
Gedanken zur programmatischen Diskussion	S. 8
Das Interesse der Verkäuferin	S. 9
Vom Keller in die höchsten Etagen	S. 10
„Obduktion“ eines „Teilstaates“	S. 11
Wo das Urteil schon feststeht	S. 11
Die Preisgabe des proletarischen Internationalismus	S. 12
Nur Sjuganow hat gegen Putin eine Chance	S. 13
Wie Putin aufgeblasen wurde	S. 14
Vietnamesische Erfahrungen	S. 15
Botschaftsbelagerer	S. 15
Mehr Sterbefälle als Geburten	S. 16
Die Päckchen der „Verwandten“	S. 16
Bauerträume auf der Alb	S. 17
Er rührte an den Schlaf der Welt	S. 18
Zur Parteitheorie: Kontinuität oder Bruch?	S. 19
Das spanische Rätsel	S. 20
Am Rande bemerkt	S. 21
Leserbriefe	S. 21
Termine & Infos	S. 24

Aus welchen Gründen wurde Schröder gerettet?

Das Entlastungsmanöver

Warum darf die Medienmeute gerade jetzt so über die CDU und ihre Spendenbeschaffer herfallen? Wer hat ein Interesse daran, Kohl, Kanther, Schäuble und die anderen - zumindest zeitweilig - zu demontieren? Wer gestattet Presse, Rundfunk und Fernsehen dieses Trommelfeuer?

Man muß zunächst feststellen, daß es sich nicht um eine der üblichen Kampagnen zur Ablenkung von der letzten oder der nächsten Schweinerei handelt. Dafür trifft sie zu prominente Leute und dauert viel zu lange. Sie richtet sich direkt gegen einen der beiden politischen Pfeiler des bürgerlichen Herrschaftssystems - die „große Volkspartei“ CDU. Bisher war das Wechselbad der einander ablösenden beiden Hauptparteien unverzichtbar.

Natürlich geht es bei dem ganzen Rummel überhaupt nicht um die Aufdeckung der Wahrheit, auch wenn das vorgespiegelt wird. Was soll's dann?

Die SPD-Führung und deren Regierungsmannschaft können wir als Urheber der Kampagne getrost ausschließen. Auf die Medien der BRD haben die Sozialdemokraten ohnehin weniger Einfluß als die CDU. Aber die SPD-Regierung profitiert natürlich von der Demontage der CDU. Das nährt den Verdacht, daß es sich dennoch um eine Kampagne zur Stabilisierung Schröders handelt, dessen Kabinett sich am Beginn der Enthüllungen gerade in einem besonderen Tief befand. Mit der „Rettung“ von Holzmann und dem CDU-Supergau wurde die SPD wieder nach oben gehievt. Das beantwortet die Frage: Warum gerade jetzt?

Da wir nahezu den gesamten Medienapparat unter der Kontrolle der machtausübenden Banken und Spitzenkonzerne wissen, kann man die Urheber der Rettungsaktion unschwer ausmachen. Geschmiert, betrogen und gestohlen wird schon immer. Das ist kein Fehler oder Versäumnis, kein Übel oder Auswuchs, sondern ein Wesenselement des kapitalistischen Systems. In diesem Sinne erweist sich die CDU als überhaupt nicht aus der Art geschlagen. Und auch die SPD, die 1974/75 die „Revolution der Nelken“ unterließ und Portugals „Sozialistenführer“ Mario Soares samt Umfeld buchstäblich aufkaufte, dürfte da keinen Deut besser sein.

Das „Timing“ - die Wahl des geeigneten Zeitpunkts für die Einleitung des partiellen Abstiegs der CDU - resultiert offensichtlich aus der Befürchtung, daß die „in die Mitte der Gesellschaft“, also weit nach

rechts drängende SPD-Regierung ihre bisherige soziale Basis einbüßen könnte. Die führende Beteiligung am Überfall auf Jugoslawien, der massive Abbau sozialer Sicherungen sowie die von allen nachprüfbar Nichteinhaltung gegebener Wahlversprechen haben den Vertrauensvorschuß für die SPD-Regierung bei großen Teilen der Bevölkerung und auch bei SPD-Mitgliedern weitgehend aufgezehrt. Was also tun? Die geschwächte und diskreditierte SPD-Mannschaft abhelfern? Die CDU wieder in den Sattel heben? Das wäre nicht so einfach zu bewerkstelligen. Überdies ließen sich mit einer CDU/CSU-Regierung Grundanliegen des Kapitals - weitere Reallohnsenkungen, Rentenabbau, Steuererleichterungen für Banken und Großverdiener, Kriegsvorbereitung und Rüstungsausfuhr, also der ökonomisch und militärisch gestützte Kampf um die Teilhabe an der Weltherrschaft - viel schwerer durchsetzen. Doch die Zeit drängt. Der Wettlauf mit dem USA-Kapital um Rußlands Bodenschätze, um die Vorherrschaft in Europa, beim Fressen und Gefressenwerden der Banken und Konzerne treibt zur Eile an. Da stehen die Umrüstung der Bundeswehr, der Export von Panzern, Hubschraubern und Munition sowie „strukturelle Reformen“ bei Löhnen, Gehältern und Renten auf der Tagesordnung dieser Legislaturperiode. Das alles kann gegenwärtig eine SPD-Regierung am besten leisten.

Von links erhält sie kaum Feuer. Die PDS-Führung kokettiert mit ihrer Traumrolle als künftiger Juniorpartner einer SPD-geführten Kabinettsmannschaft, verzichtet auf substantiellen Widerstand und betrachtet den Schröder-Kurs bestenfalls im Parlament „mit Sorge“. Von rechts (CDU/CSU) wird geplänktelt, verzögert und verschleppt. Also muß vom Kapital alles getan werden, um die SPD-Regierung nicht untergehen zu lassen, so labil sie auch sein mag. Und da sie aus eigener Kraft nicht stark genug werden kann, gilt es, die CDU wenigstens ein Stück kleiner zu machen, sonst läßt sich das ganze Konzept nicht verwirklichen.

Heute spielt die SPD nicht mehr den Arzt am Krankenbett des Kapitalismus. Sie ist sein Retter in der Not. (Die Rolle des die Diagnose stellenden und an einzelnen Symptomen herumdokternden Arztes will offenbar die PDS übernehmen, aber darum geht es hier nicht.) Und so kommt es, daß die tatsächlich herrschenden Kräfte aus Banken und Industrie der SPD-Regierung unter die Arme greifen, damit ihr General-

angriff auf die Lebenslage der Massen, ihr Konzept von Aggressionen nach innen und außen nicht ins Stocken geraten.

Ich finde es übrigens erstaunlich, daß nicht wenige Linke, darunter auch Kommunisten, diese Zweckbestimmung der SPD-Regierung nicht von Anfang an durchschaut haben, sondern zunächst Illusionen nachjagten. Das Denken in Kategorien des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie sitzt offensichtlich auch bei einigen Marxisten noch tief.

Vielleicht gibt es ja auch ganz andere Hintergründe als eine taktische Entscheidung des Kapitals für die SPD. Die Vermutung der Absicht bestimmter Kräfte, enttäuschte Wähler der verlotterten CDU jenen knallharten Extremisten zuzutreiben, die mit fester Hand für „Recht, Ordnung und Sauberkeit“ sorgen, ist nicht so abwegig. Der Fall Haider beweist's. Unsere weltoffene und unabhängige Presse wird solche Zusammenhänge sicher in einigen Jahren preisgeben.

Ein Zufall ist die Kampagne gegen die CDU jedenfalls nicht. Sie liefert einen weiteren Beweis dafür, daß die jeweils Regierenden nicht zugleich die Macht ausübenden sind. Sie demonstriert, welche zentrale Rolle die Medien - selbst gigantische Imperien - im System der Diktatur der Bourgeoisie spielen. Ein Beispiel für die Kernfäule jener „Demokratie“, die von Lothar Bisky und anderen so sehr bewundert wird.

Norbert Pauligk



Macht schwächt das Gedächtnis. Und: Der Angelangte vergißt viel. BRECHT

Grafik: Karlheinz Effenberger

TV-Moderator und Partei-Insider Friedman titelte seine Talk-Show:

Wie kriminell ist die CDU?

Wer so fragt, will schon nicht mehr wissen, ob sie es ist. Für ihn steht fest: Sie ist es. Erörtern zu wollen, in welchem Grade sie in kriminelle Machenschaften verstrickt ist, ähnelt dem Versuch, herauszufinden, ob man nicht „bloß ein bißchen schwanger“ sein könne. Denn um Kavaliersdelikte oder Mundraub geht es hier ja wohl nicht.

Der die Frage so und nicht anders aufwarf, ist selbst prominentes Mitglied der CDU. Er tat es in der von Hessischem Rundfunk und ORB ausgestrahlten Polit-Talk-Fernsehreihe, die seinen Namen trägt: „Vorsicht, Friedman!“

Was Herrn Michael Friedman zu solch brisanter Themenwahl veranlaßte - etliche Male wurde der provokante Titel der Sendung eingeleitet -, muß hier nicht erörtert werden. Der Spendenskandal der „großen Volkspartei“ CDU liefert schon seit Monaten Gesprächsstoff für das gemütlichste Kaffeekränzchen und die unpolitischste Stammtischrunde. Vor allem aber versetzt er jene in Aufregung, die sich in Deutschland von berufswegen mit Politik befassen und nach ihrem Selbstverständnis als Hüter der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ begreifen. Sie finden sich, ob regierend oder opponierend, in allen systemtragenden Parteien.

Daß Konkurrenten der erappten Sünderin das makabere Geschehen nutzen würden, um mit der CDU „hart ins Gericht“ zu gehen und die eigene moralische Vortrefflichkeit herauszustreichen, lag auf der Hand. Auf die Frage nach Schwere und Tragweite der strafrechtlichen Verfehlungen des CDU-Establishments fallen die Antworten nur in Nuancen unterschiedlich aus. Auffälliger sind Gemeinsamkeiten, die Angeklagte wie Ankläger verbinden. Nahezu im Sprechchor ertönt der Ruf nach „rückhaltloser Aufklärung“ und unisono benennen sowohl die auf dem Scherbenhaufen sitzenden CDU-Manager als auch die Wortführer der moralischen Entrüstung den Ex-Ehrenvorsitzenden Kohl als den Alleinverhinderer der Wahrheitsfindung. In Wirklichkeit müßten ihm seine Parteifreunde und alle anderen Systemtreuen unablässig die Füße dafür küssen, daß er als einziger dicht hält und jene Geheimnisse nicht preisgibt, die - in den Worten des bisherigen CDU-Vermögensverwalters Weyrauch - so explosiv sind, daß sie nicht nur dieses Land, sondern ganz Europa ins Wanken bringen könnten.

Warum kommt eigentlich keiner von denen, die Kohl des „Starrsinns“ und der Mißachtung der Gesetze der BRD bezichtigen, auf die Idee, daß der Alte seiner Partei und dem ganzen System einen unschätzbaren Dienst erweist, wenn er sich nicht „an der Zunge ziehen läßt“, sondern sein Ehrenwort vorschreibt? Ihre Ehre ist nicht unsere Ehre, könnte man mit Karl Liebknecht sagen. Aber:

Würde Kohl auspacken, dann könnten andere einpacken. Denn da kämen dann garantiert große und größte Namen zur Sprache, die mit geballter Wirtschafts- und Finanzmacht identisch sind. Erkennbar würde schlagartig auch für Millionen Wähler, wie „Demokratie“ hierzulande funktioniert. Vorbei wäre es mit dem Etikettenschwindel von der „Volkspartei“ CDU. Und der freiheitlich-demokratische Weihrauchvorhang, der die wirklichen Machthaber des Systems so fabelhaft den Blicken des Volkes entzieht, risse auf und ermöglichte Durchblick. Die Folgen sind nicht auszudenken.

Das aber macht ausgerechnet einem PDS-Mann Sorgen: Roland Claus, Parlamentarischer Geschäftsführer von Gysis Bundestagsfraktion, befürchtet, daß „einige sich jetzt auf vermeintliche Weisheiten aus dem Parteilehrjahr (der SED) besinnen, daß Politik nebst Politikern im Kapitalismus käuflich sind.“ Gegen solche „traditionalistischen Rückbesinnungsvorhaben“ müsse angegangen werden. Was so einfach nicht sein dürfte. Denn an die Stelle von nur theoretischer Wissensvermittlung im Parteilehrjahr von einst sind ja inzwischen die überzeugungsstarken CDU- und SPD-Praxisseminare getreten. (Alle staatstragenden Parteien der BRD - die Flick-Bestechungsaffäre von 1975 bewies es - verfügen auf diesem Gebiet über Lehrbefähigung.)

Indem die PDS-Spitze gegenüber dem CDU-Spendenskandal betonte Zurückhaltung annahm, nutze sie - so Roland Claus - die günstige Gelegenheit, „Demokratietauglichkeit zu beweisen“. Damit wolle man der CDU „ein Signal zu einem fairen Umgang miteinander senden“. Schließlich nehme diese „im Spektrum der demokratischen Parteien einen wichtigen Platz“ ein. Es gehe darum, den „Vertrauensverlust für die Demokratie“ wieder abzubauen. Und zwar „gemeinsam“. Dieses nicht zu überbietende Maß von Anbiederung an die jahrzehntelange Hauptpartei des deutschen Imperialismus bewog selbst das ND zu der sarkastischen Bemerkung: „Siedend heiß überfiel die Erkenntnis die PDS, daß sie ohne CDU ganz alleingelassen wäre mit der Regierungskoalition. Darauf ist man nicht vorbereitet. So haben sich die Ritter vom demokratischen Sozialismus jetzt die Erneuerung der CDU auf die wehenden Fahnen geschrieben.“ Der Zeitung zufolge bedauerten Gregor Gysi und Lothar Bisky, daß in

der Schäuble-Partei „die Chance für einen Neuanfang vertan“ worden sei. Bisky entdeckt in der CDU-Spendenaffäre sogar einen sehr positiven Aspekt. Daß die wabernden Nebel über dem Korruptionssumpf etwas gelichtet werden konnten, bejubelt er als „Beweis für die Stärke des Parlamentarischen Systems“, welches man nicht für die zugleich offenkundig gewordene „große Schwächung der Demokratie ... in Haftung nehmen“ dürfe. Zugleich folgte er einer seiner Lieblingsübungen: Er spuckt auf die DDR, weil es in ihr „nicht möglich gewesen wäre, so etwas so konsequent aufzudecken“. Recht hat er: In der DDR fehlte es an der dafür nötigen Grundvoraussetzung: kapitalistischen Produktions- Macht- und Eigentumsverhältnissen. Das jedoch blenden Leute jenes Schlages, die bereits Marx als „Bourgeoisie-Sozialisten“ verspottete, geflissentlich aus. Sie wollen Teilhabe in und an diesem System. Deshalb betreiben sie das, was Roland Claus mauffrech als „geistige Entrümpelung“ und „Imagewechsel“ der PDS bezeichnet. Ihnen geht es auf dem bevorstehenden Parteitag in Münster um „Klärungen“, damit die demokratischen Sozialisten künftig nicht „trotzig neben der Gesellschaft“ bestehen, sondern sich als „gesellschaftsgestaltendes“ Element betrachten. Das ist der Grund dafür, daß sich die PDS-Führer das schöne Bild vom „Rechtsstaat“ auch nicht durch die saftigsten Skandale trüben lassen.

Nicht alle sind so handzahn. Viele reden in diesen Tagen auch Klartext. Der Politologe Prof. Werner Weidenfeld von der Universität München brachte die Dinge auf den Punkt, als er im Fernsehen von einem „Dschungel fast mafioser Art über Jahrzehnte“ sprach. Sogar im ZDF-Länderspiegel war im gleichen Zusammenhang von „organisierter Kriminalität“ die Rede.

Bisky, Claus & Co sehen das natürlich ganz anders.

Wolfgang Clausner

DER REFORMIERTE EID

„ICH SCHWÖRE, DASS ICH MEINE KRAFT DEM WOHLFART DES DEUTSCHEN VOLKES WIDMEN, SEINEN NUTZEN MEHREN, SCHADEN VON IHM WENDEN, DAS GRUNDGESETZ UND DIE GESETZE DES BUNDES WAHREN UND VERTEIDIGEN, MEINE PFLICHTEN GEWISSENHAFT ERFÜLLEN UND GERECHTIGKEIT GEGEN JEDERMANN ÜBEN WERDE. ICH SCHWÖRE ES BEI MEINER GANOVENEHRE.“



Aus: Der Tagesspiegel, 20.1.2000

Warum Majestäten plötzlich so gefragt sind

Wir wolln unsern Kaiser Willem wieder ham!

Es dürfte ziemlich sicher sein, daß die CDU bei den nächsten Wahlen Stimmen verlieren wird. Und die Wahlbeteiligung? Wahrscheinlich geht sie weiter in den Keller. Denn durch den Korruptionsskandal wird wie der „Tagesspiegel“ am 17. Januar schrieb - „ein Lebensfaden der politischen Ordnung... berührt... Politik- und Parteienverdrossenheit werden einen Auftrieb nehmen ...“ Und sehr treffend bemerkte das Blatt drei Tage später: „... Wenn eine Partei, die über die längste Zeit der Nachkriegsgeschichte diese Republik geformt hat, einen solchen dramatischen Absturz erfährt, entsteht das Gefühl eines Vakuums, das nach Ausfüllung, nach Halt verlangt.“

Wer soll es ausfüllen? Diese andere Partei, deren Bundespräsident gerade erklären muß, daß er seine von der Westdeutschen Landesbank finanzierten Flüge natürlich niemals zu Privatzielen, sondern immer nur im Interesse des Wahlvolkes unternehmen hat? Nein, denn die „Gewalt der Katastrophen-Stürme der letzten Wochen hat ... am Verhältnis der Gesellschaft zu den Parteien und zur Politik ...“ insgesamt gerüttelt.

Ist es nicht verständlich, daß in dieser Zeit im Fernsehen Berichte über „deutsche Fürstenthümer“, über Prinzenhochzeiten wie in Belgien, wodurch sich, wie es in einer TV-Reportage hieß, die von den Verbrechen und der korrupten Justiz verwundeten Seelen der Belgier wieder erwärmen konnten, immer mehr Platz einnehmen?

Da spielt es gar keine Rolle, wenn der ranghöchste deutsche Adlige, der Welfenprinz Ernst August von Hannover, mal einen Kameramann, mal einen Disco-Besitzer zusammenschlägt. Es gibt ja auch niemanden, „der den Prinzen, der mit 'Königliche Hoheit' anzureden ist, tadeln oder bestrafen kann ... Englands Königin Elisabeth II. wäre die einzige, die ihm ins Gewissen reden könnte ...“ - so der „Tagesspiegel“ -, „denn der Prinz steht an 23. Stelle der britischen Tronfolge.“

Wie wärs, wenn man ihn, sobald es wieder aufgebaut ist, ins Berliner Schloß holte? Dieses Schloß, in dem bis 1918 Kaiser Wilhelm II. residierte, bis ihn „der Pöbel“ vertrieb, ist übrigens nicht einfach von der SED abgerissen worden, wie behauptet wird. Es wurde von britischen und amerikanischen Bombern derart zerstört, daß die Berliner vor Wut gebrüllt hätten, wenn man es mit den damals äußerst knappen Mitteln wiederaufgebaut hätte, statt die noch reparablen Wohnhäuser in den Arbeitervierteln einigermaßen wetterfest zu machen. Es gab ja nicht einmal Ziegel. Die

„Trümmerfrauen“ kratzten bis in die 50er Jahre den Kalk von den Steinen der zerstörten Häuser, so daß man sie wiederverwenden konnte. Zählte man 1943, als die Luftangriffe begannen, in Berlin 5,185 Millionen Wohnräume, so waren es 1946 nur noch 3,141 Millionen.

Aber heute, wenn das Schloß wieder stünde, darin Fürsten und andere Nobilitäten hausten, und jeden Sonntag auf dem Schloßplatz die Bundeswehr in neu-preußisch-modernen Uniformen paradierte - würden da nicht viele, viele Menschen kommen, um ihr durch Korruptionsskandale verköhltes Herz wieder zu erwärmen?

Unter Kaiser Wilhelm gab es solche Schweinereien wie die der CDU nicht. Daß Bismarck dem bayrischen König mit Goldmark dafür dankte, daß er dem König von Preußen zur Kaiserkrone verhalf, wie Karl-Eduard von Schnitzler im „RotFuchs“ schreibt, ist schließlich etwas ganz anderes, reine Höflichkeit. Bis 1918 waren auch nicht irgendwelche Provinzanwälte Reichskanzler, Minister oder Generäle gewesen. Die Angehörigen der herrschenden Klasse betätigten sich in diesen Positionen selbst. Fürsten und Grafen hatten als Kanzler gedient, der letzte Prinz Max von Baden. Auch sämtliche Heerführer im 1. Weltkrieg gehörten zum hohen Adel. Nach 1918 wurde das alles anders. Der Krieg war verloren, der Adel hatte ihn „vermurkst“, der Kaiser mußte gehn; eine Fürstenteignung fand allerdings nicht statt.

Aber auch Männer wie Krupp und Siemens mochten jetzt nicht selbst an die Spitze des Staates treten. Es war besser, wenn die Ebert, Scheidemann, Müller scheinbar regierten. Erst wenige Jahre vor 1933 gab es wieder zwei adlige Reichskanzler: Papen und Schleicher. Und dann schickte die Vorsehung den Deutschen diesen Hitler, einen „Mann aus dem Volke“, der die „Volksgemeinschaft“ gearbete. Da herrschte dann Zucht, Ordnung, Disziplin. Und wenn Geld gesammelt wurde, dann für die Volksgenossen, mit der Winterhilfsbüchse.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde der ehemalige Bürgermeister von Köln, ein gewisser Adenauer, Bundeskanzler. Er gehörte zu der, wie auch Gysi das nennt, „politischen Klasse“ - der einzige Fall übrigens, in dem er den Begriff der Klasse überhaupt benutzt. Natürlich falsch, denn Klassenzugehörigkeit ist ein Begriff, der durch das Verhältnis zum Eigentum an den Produktionsmitteln definiert wird. Er hätte sagen müssen „Berufspolitiker der herrschenden Klasse“, die die Dinge im Sinne der wahren Machthaber, der Eigentümer der Banken und Konzerne, lenken. Und

damit wird auch verständlich, warum Helmut Kohl sein „Ehren“wort nicht brechen, nicht offenlegen kann, in wessen Interesse die christliche Volkspartei regiert und die Menschen irregeführt hat. Nein, das kann er wirklich nicht, das kann man nicht von ihm verlangen, das muß man schon verstehen, sonst würde ja die große Lüge von der „bürgerlichen Demokratie“ platzen. „Keine Partei darf jetzt aus dem Stimmungstief der CDU vordergründig Vorteile ziehen wollen. Sonst besteht die Gefahr, daß immer mehr Bürger der parlamentarischen Demokratie eine Absage erteilen“, warnte PDS-Bundestags-Geschäftsführer Roland Claus am 27. Januar im „Tagesspiegel“. Ja, das Schloß muß wirklich wieder her. Wenn schon nicht für einen Kaiser, so könnte man es doch zum Asyl für Leute wie den Prinzen von Hannover oder einen Pop-Star, Träger des Großen Bundesdienstkreuzes am Bande, machen. Viele Menschen würden in der Hoffnung kommen, daß mal einer der dort Residierenden hin und wieder auf einen der Balkone träte und ihnen kurz zuwinkte. Vielleicht würde dann auch die Love-Parade nicht mehr an der Siegestsäule, sondern auf dem Schloßplatz mit einem Massengebet für die Edlen, die Hoheiten enden.

Im Ernst: Das Fernsehen, dessen Einfluß auf so viele Menschen, die überhaupt nichts mehr lesen (die Bildzeitung kann man ja nur noch angucken), dem der katholischen Kirche des Mittelalters entspricht, blendet mit seinem Kult von Fußballspielern, Fürstenthümern, Models, Stars und Talk-Meistern die Realitäten aus. Ob es aus der Sicht des Kapitals noch mal zweckmäßig sein wird, einen „Führer“ an die Spitze zu hieven, weiß man nicht, ist zweifelhaft, aber eine Rechtsentwicklung, siehe Haider in der „Heimat des Führers“, ist nicht auszuschließen.

Und nur wir - Kommunisten, Sozialisten und Antifaschisten - können und müssen sie verhindern. Sozialismus statt Barbarei! Darum, „RotFuchs“, nicht nachlassen in der Verbreitung marxistisch-leninistischer Erkenntnisse, keinerlei revisionistisches Wenn und Aber, keine Übernahme des „Besten aus beiden Systemen“!

Walter Florath

RotFuchs

E-Mail & Internet-Adresse

DKP-BerlinNO@t-online.de

**http://home.t-online.de/home/
DKP-BerlinNO/rotfuchs.htm**

Über schneeweißen Luxus und „deutsche Wiener“

Fernsehreklame und politisches Denken

In Meyers Universal-Lexikon steht unter „Werbung“: Bewußte, zweckgerichtete Beeinflussung von Menschen, die der zielgerechten Durchsetzung politischer, kultureller und wirtschaftlicher Interessen dient und alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringt.“

Was die „politischen Interessen“ angeht, zeigt die Fernsehwerbung für den Würstchennamen „Deutschländer“: „Weil aus allen Würstchen Deutschlands das Beste zusammenkommt: Knackig wie Wiener, würzig wie Frankfurter und zart wie Bockwurst!“ Da fehlen nur noch Krakauer, dann wäre der Revanchismus komplett: Wiener Würstchen - „Das Beste aus Deutschland“. Hunderttausende hören's, Hunderten vielleicht geht es nicht ins Unterbewußtsein: Wien in Deutschland ...

Oder auch so, gleiche Stelle, gleiche Welle: Aus einer schneeweißen Millionärsvilla schreitet über einen roten Teppich eine weißgewandete Dame eine schneeweiße Treppe hinab, nimmt auf dem Heck einer schneeweißen Luxusyacht in schwellend weißen Polstern Platz und antwortet auf die devote Frage, was sie sich wünschen würde, wenn sie einen Wunsch frei hätte, nach schlecht gespielter Nachdenklichkeit: „Alles soll so bleiben, wie es ist!“ Mir fiel dabei die Aufführung von „Kuhle Wampe“ 1932 ein: Im Begleitheft „Filmkurier“ war auf der letzten Seite bildfüllend eine riesige Menschenmenge zu sehen, darauf in Weiß die Frage: „Wer wird die Welt ändern?“ Darunter die Antwort: „Die, denen sie nicht gefällt!“

Mir scheint die geschilderte Luxuswerbung ein Grundproblem unserer Zeit zu treffen, denn die Masse der Fernsehkonsumenten ist ja aus dem Millionärs-luxus ausgegrenzt und will keineswegs, daß „alles so bleibt.“ Das unbeschwerte Leben in Weiß, die großbürgerlichen Lebensumstände können in noch so vielen Sendungen, in noch so vielen Reklamesprüchen, Werbebildern, Börsenberichten und Spielfilmen vorgegaukelt werden: Es ist nicht das Leben von Arbeitenden und Arbeitslosen, von Rentnern, Alten, Wohnungslosen und sonst Ausgegrenzten. Ihnen gefällt die Welt eigentlich nicht so, wie sie ist. Sie wollen anders leben. Jeder stellt sich das auf seine Weise vor. Dabei stoßen wir auf einen Prozeß der Spaltung, der Entsolidarisierung. Es gibt solche und solche Arbeitslosen, solche und solche Rentner, solche und solche in Arbeit Stehenden. Es gibt viele und sehr verschiedene Sichten und Meinungen. Die unterschiedliche Befindlichkeit ist das Ergebnis einer auf Entsolidarisierung angelegten Politik - auch von Werbung und Reklame. Ob Lebensqualität oder

Wohnkomfort: Immer gibt es welche, denen es - Gott sei Dank? - noch schlechter geht. Neid wird erzeugt und Angst, daß man noch tiefer fallen könnte, und der Wunsch, daß also „alles so bleiben möge“, wie es - leider schon - ist.

So demonstrieren die meisten - wenn überhaupt - für ihre kleinen Interessen, marschieren getrennt, und lassen die großen Interessen - ein Leben in Gerechtigkeit und Würde - außen vor. Sie geben der Angst nach, womöglich in den Geruch von „Revolutionären“ zu kommen, soziale Forderungen könnten Nachteile bringen - und dann geht es einem am Ende wie den anderen, die es noch schwerer haben und die noch weniger zurechtkommen.

Frieden zum Beispiel? Fern auf dem Balkan oder im Kaukasus, daß es dort um Öl und Macht geht, um die staatliche Einheit Jugoslawiens und Rußlands, die aufgesplittet werden soll, damit kapitalistische Interessen obsiegen? Wen kümmert's, wenn er nicht die Gefahr sieht, die da für ihn selbst und seine Kinder und Enkel heranwächst ... Dort gehe es ja nur um „Frieden“ und „Menschenrechte“, lauten NATO-Werbesprüche. Die Fernsehreklame bietet auch dafür ablenkende Slogans: Mit den Worten „Hämorrhoiden geben Frieden!“ wirbt eine Firma für ein Lokalanästhetikum; das ist eine Salbe fürs „kleine Interesse“. Fürs große, für Frieden auf Erden, ist Solidarität gefragt. Aber aufbegehren, Revolution gar oder etwas ähnliches? Da wird im Werbefernsehen ein besonders staubfangender Mob oder eine Zahnbürste mit unterschiedlich langen Borsten als „revolutionär“ angepriesen. Man gewöhnt sich dran, und wer wird bei so viel „Revolutionärem“ noch an Marx und Engels, Lenin oder Luxemburg denken? (Ihrer soll ja ohnehin nur noch „still gedacht“ werden, obwohl am Friedrichsfelder Grabstein steht „Die Toten mahnen“. Sie wollen, daß in ihrem Sinn und nach ihrem Vorbild demonstriert und gekämpft wird!) Da wird in politischen Sendungen, die auch nichts anderes sind als Werbung und Reklame für ein verkommene, korruptes System, von „christlicher Verantwortung, Werten und Moral“ geheuchelt - genauso verlogen wie die Werbung für „deutsche Wiener“, für irgendeinen Kaffee, bei dessen Genuß „alles so bleiben soll, wie es ist“; für Hämorrhoidensalbe, „die Frieden bringt“ und für „revolutionäre“ Zahnpasta und Mobs.

Von Italiens Korruptionsmeister Craxi, der in Tunesien quasi ein Staatsbegräbnis erhielt, über den Kölner Meister der Bestechung namens Adenauer, über Kohl und seinen Epigonen Schäuble, von Schmücker über Lambsdorf bis Bange-

mann, von Schleußer bis Koch, nicht zu vergessen Strauß sel., Kanther und Krause - erweist sich die ganze „politische Klasse“ als eine Mafia mit Namen, Anschrift und Gesicht. Und mit Geldwäsche im Fürstentum Lichtenstein und in der ach so ehrwürdigen Schweiz. Mit Geldkoffern und „Staatsbürgerlicher Vereinigung“. Mit Selbstmorden und Haussuchungen und einem Kohl, der als einziger schweigt, um noch Schlimmeres zu vertuschen. Und alles ist doch nur die Spitze eines Eisbergs: Banken und Monopole halten den Staat samt Ministern, Beamten und Abgeordneten in Hörigkeit. Auch ausländische Parteien - sozialdemokratische, versteht sich - wurden aus BND-Kassen und über Bonner Politiker „gesponsert“ - in Portugal, Spanien und Mocambique. Als ob es das Selbstverständlichste von der Welt wäre! Und was ist dieser Sumpf gegen das jahrzehntelange Treiben der CIA! Korruption gehört zum kapitalistischen System. Bestechung und FGO (Freiheitlich-Demokratische Grundordnung) gehören zusammen.

Die Wahrheit spricht allein Toyota in seiner Werbung aus: „Nichts ist unmöglich!“ Sogar einige Herren in Vorstandsetagen der PDS bestätigen das: Der Aufdeckungszirkus beweise „die Stärke des parlamentarischen Systems!“ In der DDR sei so etwas unmöglich gewesen. Sie meinen die Enthüllung. Ich meine den Regierungssumpf. So etwas gab es nicht - außer in den Erfindungen aus Redaktionsstuben des Medienimperialismus.

Um noch einmal auf die Würstchen zurückzukommen: Nur noch die Nookes und die Lengefelds halten zum System der Korruption und dessen Reklame: „Alles soll so bleiben, wie es ist“.

Karl-Eduard von Schnitzler



Grafik: Heinz Herresbach

Aus der Wahlberichtsversammlung der Gruppe Berlin Nordost

Ein streitbares Kollektiv der DKP

An der Versammlung, die am 29. Januar stattfand, nahmen 34 von 46 Mitgliedern der Gruppe teil, außerdem Gäste aus dem Bezirksvorstand, Genossen aus anderen Gruppen und Sympathisanten, die unsere Veranstaltungen regelmäßig besuchen.

Zu Beginn wurde ein bereits erprobter Kommunist, der den Weg zur DKP über den „RotFuchs“ gefunden hatte, als neues Mitglied aufgenommen. Die Anwesenden verabschiedeten einmütig einen solidarischen Gruß an Egon Krenz. Die Versammlung endete mit der einstimmigen Annahme einer Arbeitsentschließung sowie der Wahl von drei Genossinnen und zwei Genossen in den neuen Gruppenvorstand. Zur Diskussion sprachen 14 Teilnehmer. Klaus Steiniger wurde zum Vorsitzenden, Annemarie Mühlfeldt zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Aus dem Bericht des alten Gruppenvorstandes:

Im Einleitungsteil wird die Situation vor allem in Deutschland eingeschätzt. „Die Fäulnis und das parasitäre Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus haben in einem Maße auf die politisch tonangebenden Kräfte der Bourgeoisie übergegriffen, daß sogar die Zerstörung bisher führender Parteien nicht mehr ausgeschlossen werden kann.“

... Die deutsche Sozialdemokratie um Schröder war von Anfang an darauf bedacht, den Beweis zu erbringen, daß sie der konsequenteste ... Interessenvertreter der herrschenden Klasse ist. ... Die heutige PDS ist - ungeachtet der vielen aufrechten Sozialisten und Kommunisten in ihren Reihen - eine den Klassenkampfleugnende nichtkommunistische, nichtmarxistische und nichtrevolutionäre Partei von weltanschaulicher und sozialer Beliebigkeit geworden, die immer eindeutiger Züge der Sozialdemokratie annimmt.“

Breiten Raum erhält die Darstellung von Aktivitäten der Gruppe. „Es hat keinen Monat ohne eine Zusammenkunft der Parteigruppe - in der Regel mit Gästen - gegeben. ... Allein die Liste der Veranstaltungen ... zeigt, daß die Gruppe ein reges innerparteiliches Leben pflegt und dessen Inhalte nach außen vermittelt. ... Das härteste Stück Kleinarbeit ... ist die monatliche Redaktion, Gestaltung, Herstellung und Verbreitung der Zeitschrift „RotFuchs“, die nun in ... zwei kompletten Jahrgängen vorliegt.“ Das Blatt erreichte inzwischen vier bis fünftausend ständige Leser, von denen 70 bis 80 % zur PDS oder deren Umfeld gehören. „Der ‚RotFuchs‘ ist keine Kleinzeitung geblieben. Er war von Anfang an auf die Verteidigung marxistisch-leninistischer Theorie und Ideologie gerichtet.“ Unter diesem Aspekt hätten sich Genossen aus dem Kreis der ständigen Mitarbeiter und aus mehreren Berliner DKP-Grup-

pen für das Gelingen der „offensiv“-Konferenz „Zur Verteidigung des revolutionären Erbes der DDR“ engagiert. „Wir sind sehr froh, daß diese bemerkenswerte Konferenz ... ein solcher Erfolg geworden ist.“ Zur Öffentlichkeitsarbeit der Gruppe gehörte auch ihre Beteiligung an einer Reihe von Info-Ständen bei verschiedensten Anlässen, wobei es im Verlauf des Kreuzberger Wahlkampfes zu Versäumnissen gekommen sei, „die zurecht kritisiert worden sind“.

Ein eindrucksvolles Bild zeichnet der Bericht von der weit gefächerten Tätigkeit der Genossen in linken außerparlamentarischen Organisationen und ihrem Einsatz bei der Herstellung und Festigung von Bündnisbeziehungen. Es wird dafür plädiert, das Verhältnis zur KPD - „einer kleinen marxistisch-leninistischen Partei“ - zu verbessern. Die Meinungsverschiedenheiten zur PDS seien viel gravierender, dennoch gebe es Arbeitsbeziehungen. Ausführlich würdigt der Bericht das vielfältige Wirken von Genossen der Gruppe für die Solidarität. Sie reiche von der Unterstützung eingekerkelter oder angeklagter DDR-Funktionäre über die Teilnahme am Aufbau von DKP-Gesundheitszentren in Kuba bis zur rührigen Hilfe für das von der NATO überfallene serbische Volk. Der Schlußteil des Tätigkeitsberichts enthält Gedanken zur Formierung eines neuen Bezirksvorstandes sowie den Hinweis auf Probleme, über die in der gesamten Partei Auseinandersetzungen geführt werden. Dabei gehe es u. a. um die exakte Darstellung der historischen Rolle der DDR, um die „Sozialismus-Vorstellungen der DKP“, die in vielen Punkten marxistisch-leninistischen Positionen widersprächen, um ernste Fehler im zweiten Teil des DKP-Dokuments zum 50. Jahrestag der Gründung von BRD und DDR sowie um die These, das Leninsche „Partei- und Machtkonzept“ besitze keine universelle Bedeutung und sei vor allem von „russischer Spezifik“. Es komme auf eine inhaltliche Diskussion dieser Fragen an. „Sie muß prinzipiell geführt werden. In theoretischen Fragen gibt es keine Kompromisse. Der Meinungsstreit sollte solidarisch, konstruktiv, sachlich und kulturvoll sein.“

Aus dem Bericht der Kassiererin:

Alle Genossen haben - bis auf einen - ordnungsgemäß ihre Beiträge entrichtet. Die Einnahmen der Gruppe resultieren aus dem Beitragsrücklauf sowie aus Spenden für den „RotFuchs“. Die Finanzierung der Zeitung erfolge ausschließlich aus einer Vielzahl speziell für sie eingegangener Spenden, so daß die Mittel aus dem Beitragsrücklauf vor allem für die Begleichung von Saalmieten, für Fahrgelderstattung von auswärtigen Referenten und für UZ-Anzeigen zur Verfügung standen. Durch eindrucksvolle Zahlen belegt der Bericht die Verbundenheit der

Leser mit ihrem „RotFuchs“ und unterstreicht die Tatsache, daß er trotz hoher Ausgaben und zeitweiliger Engpässe von ihnen bisher über alle Hürden hinweggebracht worden ist.

Aus der Diskussion:

Karl-Eduard v. Schnitzler: „Dem Rechenschaftsbericht stimme ich im Großen und Ganzen zu.“ Die kapitulantenhafte Haltung der PDS-Führung vor allem im Zusammenhang mit dem Verbot der LL-Demo habe zunehmend heftigen Widerspruch in der Partei ausgelöst. Damit entstehe die Frage, wieweit wir aufnahmefähig für Genossen seien, die die PDS verließen. Wir müßten ein Klima schaffen, das auf sie anziehend wirke. Manche Fragen, in denen es unterschiedliche Ansichten gebe, bildeten gegenwärtig keinen Streitgegenstand, in anderen bestehe dringender Klärungsbedarf. Man müsse sich sachlich über sie verständigen. Das betreffe auch den Tschetschenienkrieg. Der jüngste UZ-Beitrag von Heinz Stehr anworte nicht ausreichend. Es wäre besser gewesen, wenn die UZ den Artikel von Rainer Rupp zu dieser Frage aus der „jungen Welt“ nachgedruckt hätte. Dem Imperialismus gehe es „doch darum, Rußland weiter zu zerstückeln“. Über Putin dürfe man keine Illusionen haben, aber solle er den imperialistischen Staaten den Weg zum Öl öffnen? Über solche Fragen würde sich der Meinungsstreit lohnen. Zu ihm gehöre ein kulturvolles Klima und das Abgehen von persönlichen Vorwürfen. Wir sollten nicht übereinander, sondern miteinander reden und zwar mit Prinzipientreue und Gelassenheit.

Eberhard Bock bezieht sich auf den Beitrag „Anstöße zur Programmdiskussion“ von Heinz Stehr im UZ-Magazin 3/99. Er betont seine Unterstützung für die Wahrung des Charakters der DKP als Partei der Arbeiterklasse. Es stelle sich jedoch die Frage, warum die Rolle der Partei als führende Kraft z. B. im „Sozialismus-Papier“ nicht dargestellt werde. Als Gegenbeispiele nennt er die Programme anderer kommunistischer Parteien, z. B. der KP Kubas, der KP Chinas, der KPRF oder der KP der Ukraine. In den „Anstößen ...“ werde auf den proletarischen Internationalismus als unverzichtbares Prinzip unserer Partei verwiesen. „Warum jedoch entwickelt sich bei unserer Parteiführung eine - gelinde gesagt - wachsende Distanzierung zur KPRF? ... Warum bedient sich die UZ zur Darstellung der Ereignisse in Rußland ausgerechnet eines Herrn Mrozek, der fast die gleichen Kommentare in der großbürgerlichen ‚Berliner Zeitung‘ veröffentlicht?“

Katrin Hellwig: Die im Rechenschaftsbericht akribisch aufgeführten Aktivitäten der Gruppe seien sehr eindrucksvoll, aber der Beschluß der Bezirkswahlversammlung vom

30. Januar 1998, der eigentlich unsere Arbeitsgrundlage hätte sein müssen, bleibe unerwähnt. Zwei Jahre lang hätten wir keinen Arbeitsplan und der „RotFuchs“, den sie sehr gut finde, sei ohne Beschluß durch das Plenum der Gruppe ins Leben gerufen worden. Anstelle so vieler theoretischer Fragen sollten mehr Probleme des praktischen Parteilebens behandelt werden. Der „RotFuchs“ sollte nur noch mit Unterstützung der Gruppe und nicht mehr als deren Organ erscheinen, der Gruppenvorsitzende nicht gleichzeitig verantwortlicher Redakteur der Zeitung sein. Die im Bericht geschilderte Arbeit der Genossen in Massenorganisationen erfolge nicht im Auftrag der Gruppe, sondern sei nur deren persönliches Anliegen. Der „RotFuchs“ könne nicht Hauptschwerpunkt der Gruppenarbeit sein, während andere Aufgaben, z. B. die Gestaltung des Pressefestes, im Entschließungsentwurf keinen Niederschlag fänden.

Walter Florath: „Ich stimme dem Rechenschaftsbericht zu, mir fehlt jedoch der Hinweis auf die Gefahr der Rechtsentwicklung in der BRD.“ Er zitiert Pressebeiträge, die im Gefolge des derzeitigen Absturzes der CDU ein Vakuum sehen, das leicht von einem deutschen Haider besetzt werden könnte. Dann verweist er auf einen Bericht des „Tagespiegel“, wonach sich Roland Claus (parlamentarischer Geschäftsführer der PDS-Bundestagsfraktion) mit der Auffassung anbietet, keine Partei dürfe „aus dem Stimmungstief der CDU vordergründig Vorteile ziehen.“

Jürgen Thiele äußert Besorgnis darüber, daß die Partei mehr Mitglieder verliere als gewinne. Zu den „Sozialismus-Vorstellungen“ bemerkt er: Er habe sie Kollegen, ausnahmslos früheren SED-Mitgliedern, gezeigt. Deren Antwort: „Was ihr wollt, ist unklar, aber ein Sozialismus auf marxistisch-leninistischer Grundlage wird das nicht. Ihr solltet nicht auf Gedanken zurückgreifen, die aus der Zeit vor dem Kommunistischen Manifest stammen.“ Fazit: Wir kämen mit dem Papier bei politisch interessierten Menschen nicht an.

Ulrich Huar: Unter Bezugnahme auf die neueste Broschüre von Günter Szalkiewicz betont er die Notwendigkeit der theoretischen Arbeit. „Ein konsequenter marxistisch-leninistischer Standpunkt hat noch immer Erfolg gehabt.“ Er verweist auf die Notwendigkeit, sich mit der Stalin-Thematik erneut zu befassen. „Das Schema der bürgerlichen Stalin-Kritik lautet: Stalins Wurzeln liegen bei Lenin, Lenins Wurzeln liegen bei Marx - womit der ganze Marxismus abgetan ist. Dagegen kann man ohne Theorie nicht angehen.“ Wenn es nicht gelinge, die DKP auf marxistisch-leninistischer Grundlage zu festigen, könne die Spaltung der Partei drohen.

Bruni Steiniger: Katrin habe kritische Bemerkungen gemacht, über die der neue Gruppenvorstand sicher nachdenken werde. Ob mit oder ohne Arbeitsplan: Wir könnten noch so viele Veranstaltungen durchführen und ein interessantes Gruppenleben entwickeln - alles würde nur Erfolg haben, wenn wir die Frage nach dem ideologischen Zustand der Partei stellen. Gerade hier besäße die Gruppe Nordost ihre Verdienste. Wenn es Meinungsverschiedenheiten gebe, dann müßten wir diese Fragen klären. Dabei habe der „RotFuchs“ eine besondere

Bedeutung. Die Stärke einer Partei sei von ihrer ideologischen Verfassung abhängig.

Eva Kolowrat: Als Sympathisantin betrachte sie die Einladung zu dieser Versammlung als Vertrauensbeweis. Sie sei vor einem Jahr aus der PDS ausgetreten, wo erklärt wurde, daß man zur Mitte streben wolle. „Aber für den, der von links kommt, liegt die Mitte nun mal rechts“. Seither hätten sich die Dinge in der PDS nicht zum Besseren entwickelt. Deren Anbiederungskurs an die Herrschenden sei nur auf dem Weg der Diskriminierung der DDR möglich. „Um so erstaunter war ich, daß die Formulierung im UZ-Magazin 3/99, die DDR sei die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung, nicht Eingang in den zentralen Beschluß zum 50. Jahrestag gefunden hat“. Entschuldigen müßten wir uns nicht beim Gegner oder anderswo, sondern allein bei den Generationen unserer Kinder und Enkel und bei den Genossen der kapitalistischen Länder, für die wir die Hoffnung gewesen seien. Die Mängel in der DDR müßten analysiert werden, damit andere sie nicht wiederholen. Das Rüstzeug für diese Arbeit sei die marxistisch-leninistische Weltanschauung. „Der ‚RotFuchs‘ hat mir auf dem Weg in eure Gruppe sehr geholfen. Für viele - ganz besonders für isolierte Genossen auf dem Lande - ist er eine Lebenshilfe, die Mut macht.“ Fred Müller stimmt dem Rechenschaftsbericht zu und unterstützt den Gedanken des Genossen Schnitzler, unsere Kraft den aktuellen Hauptfragen zuzuwenden. Auch er erwähnt die Rechtsentwicklung in der BRD. Die übergroße Mehrheit der Deutschen beziehe keine antikapitalistische Position und die Offensive des Kapitals gehe weiter. Wir müßten der Konsumideologie unseren Standpunkt entgegensetzen und zu einer Kraft werden, die Aussicht auf Erfolg habe. Dabei erfülle der „RotFuchs“ eine wichtige Aufgabe. Er nutze unserer Partei „in großem Umfang. Was ich für unsäglich halte, ist, daß es Genossen gibt, die dem „RotFuchs“ eins auswischen wollen. Damit schadet man der Partei.“

Brigitte Müller (Landesvorsitzende der DKP Brandenburg und Mitglied des Parteivorstandes): „Der Rechenschaftsbericht hat mich sehr gefreut. Er ist nicht giftig oder gehässig, sondern kritisch-optimistisch.“ Die von Bruni Steiniger auf der 3. PV-Tagung gegebene Einschätzung der Schröder-Regierung habe sich voll bestätigt. Zur Parteiarbeit in einem Flächenland, wo manches schwerer sei als in der Großstadt: „Die Stabilisierung haben wir nur über die theoretische Arbeit erreicht. Solange wir um Mitglieder werben, ist das ein Schwerpunkt.“ Der „RotFuchs“ sei ein wichtiges Publikationsorgan der Partei. „Wir beneiden Euch um die vielen qualifizierten Zeitungsmacher“. Noch liege ein bedeutendes theoretisches Potential brach. Auch zu seiner Erschließung veranstalte die DKP Brandenburg am 28. Februar in Bernau mit der UZ, der „jungen Welt“, dem „Roten Brandenburger“ und dem „RotFuchs“ eine Leserversammlung. „zu der Ihr alle herzlich eingeladen seid“.

Kurt Andri: Wie stark die Wirkung der gleichgeschalteten Medien auf das Denken der Menschen ist, zeige z. B. das verbreitete Desinteresse am „schon vergessenen Jugoslawien-Krieg“.

Wieviel stärker wirke diese Beeinflussung auf Menschen, die dem ideologischen Bombenhagel seit mehr als 50 Jahren ausgesetzt sind. „Erschreckend aber ist für mich, wenn selbst Mitglieder unserer Partei den Kampfparolen des Gegners erliegen und seine Sprache übernehmen“. Er zitiert verschiedene Äußerungen, u. a. des Pressesprechers der DKP Lothar Geisler, die Beweis dafür seien. Zur Solidarität mit kriminalisierten DDR-Bürgern: Weiterhin sei lauter und öffentlicher Protest ein dringendes Gebot. Trotz gegenteiliger Behauptungen laufen noch immer 62 000 Ermittlungsverfahren gegen mehr als 100 000 Beschuldigte. Kurt schlägt ein Grußschreiben an Egon Krenz vor. Sein Entwurf findet ungeteilte Zustimmung.

Reiner Vollradt (Bezirksvorsitzender der DKP Berlin): Vieles im Rechenschaftsbericht sei sehr eindrucksvoll und dem Bezirksvorstand so nicht bekannt gewesen. Er enthalte Vorschläge für die kommende Berliner Leitungswahl und bringe den Wunsch zum Ausdruck, die auseinanderdriftenden Tendenzen zu stoppen. Was wir brauchten sei die kontinuierliche Arbeit aller Mitglieder des Bezirksvorstandes. Sie müßten bereit sein, die übertragenen Aufgaben mit großem Einsatz zu erfüllen. Die politische Führungstätigkeit des Bezirksvorstandes sei nicht immer ausreichend gewesen. In letzter Zeit habe es Auseinandersetzungen über die Gruppenzugehörigkeit der Mitglieder nach dem Territorialprinzip gegeben, die zu der Logik geführt hätten, die persönlichen Bedingungen der Genossen stärker zu berücksichtigen. Um die theoretische Arbeit der Bezirksorganisation hätten sich die Marxistische Abendschule (MASch) und der Marx-Engels-Club verdient gemacht. Die Berliner DKP besitze jetzt eine eigene Homepage, an deren Gestaltung sich alle Gruppen beteiligen sollten.

Hans-Günter Szalkiewicz (Gast aus der Gruppe Mitte): Nach der Bildung einer einheitlichen Berliner Bezirksorganisation vor mehr als vier Jahren habe sich die Atmosphäre nicht - wie von ihm erwartet - entwickelt. Ein Berg von Problemen liege vor uns und wir sollten alles vermeiden, was aus spezifischer Stimmungslage zu unterschiedlichen Reaktionen führen könne. Wir besäßen nur zwei Pfunde, mit denen wir wuchern könnten: die Theorie und die Organisation. Viel hänge davon ab, ob es gelinge, einen Bezirksvorstand zustande zu bringen, der die Kräfte in Berlin zusammenführe. Alle Gruppen müßten dort qualifiziert vertreten sein; dafür sei aus seiner Sicht das Sprechermodell trotz seiner Mängel zeitweilig besser geeignet als die jetzige Form. Außerdem brauchten wir eine größere Beweglichkeit in der Struktur der Gruppen.

Marta Rafael: „Wenn der ‚RotFuchs‘ schlechter wäre, brauchten wir uns nicht so vieler Angriffe zu erwehren.“

Fazit des Berichterstatters: Die Genossen der Gruppe Nordost zeigten sich fähig und entschlossen, den unumgänglichen Streit um marxistisch-leninistische Positionen in unserer Partei hartnäckig, solidarisch und kulturvoll zu führen. Wir würden uns wünschen, daß sich unsere Partner in diesem Streit vom gleichen Geist leiten lassen.

Frank Mühlefeldt

Dr. Lug- und Trugbold rät

Postwurfsendung

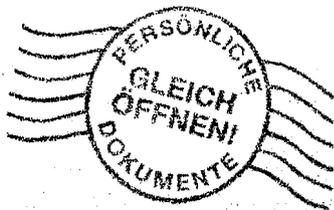
Jeder wird davon geplagt: In unseren Briefkästen stauen sich die bunten Falblätter. Da rettet die Opfer dieses Bombardements auch nicht der diskrete Hinweis „Bitte keine Werbung!“ Deren Zentralen haben sich längst auf Beilagen zu Presseerzeugnissen oder die Nutzung des normalen Postweges entschlossen. Damit ihre „Informationen“ nicht gleich in die neben den Briefkästen vorsorglich aufgestellten Altpapiertonnen wandern, wird neuerdings die Taktik verfolgt, den Umschlägen das Aussehen von Behördenpost zu geben. Der Empfänger glaubt dann, es handle sich beim Absender um das Finanz- oder Arbeitsamt. So bleibt ihm nichts anderes übrig, als den Umschlag zunächst einmal zu öffnen und den Inhalt in Augenschein zu nehmen. Schließlich will sich der Adressat nicht dem Vorwurf ausgesetzt sehen, ein möglicherweise „von amtswegen“ abgefaßtes Schriftstück unbeachtet gelassen zu haben. Immerhin - der Einfallsreichtum der PR-Agenturen, für deren Werke ganze Wälder abgeholzt werden, ist erstaunlich. Dennoch zeichnen sich die meisten Werbefabrikate durch Monotonie aus.

Im Folgenden habe ich Textpassagen aus drei Briefen, die mir in letzter Zeit zungen, miteinander verschnitten, wobei der authentische Charakter der einzelnen Sätze streng gewahrt blieb. Vorsichtshalber erkläre ich jedoch, daß jede Ähnlichkeit mit den Schöpfungen lebender Experten der Branche rein zufällig ist.

Hier der Wortlaut:

Liebe Frau Treuglauben, lieber Herr Ahnungslos! Hiermit unterbreiten wir Ihnen ein einmaliges Sonderangebot, da Sie im Ergebnis eines äußerst strengen Auswahlverfahrens nun zu einem sehr begrenzten Personenkreis zählen. Daß Sie, und nur Sie persönlich, das Glück haben, diesem Kreis anzugehören, stimmt uns froh, weil wir nur wenigen ein solches, nicht wiederholbares Angebot unterbreiten können. Nutzen Sie die außergewöhnliche Gelegenheit, indem Sie gleich jetzt die beigelegte Bestellkarte ausfüllen und uns ohne Zeitverzug zurücksenden. Die Gestaltung der Bestellkarte ist von uns so vorgenommen worden, daß Sie nur Ihre Adresse anzugeben und Ihre Unterschrift zu leisten brauchen. Alles andere haben wir schon für Sie getan. Selbstverständlich tragen wir auch die Kosten der Rückantwort. Das ist schon der erste Schritt für Sie, Geld zu sparen - ein Vorzug, der nicht jedem geboten wird. Aber das ist noch lange nicht alles! Wir halten auch noch einen Geheimtip für Sie parat: Je eher Sie zugreifen, um so

größer ist die Chance, daß Ihr Wunschtraum - von dem wir wissen, daß er zu den schon lange von Ihnen gehegten gehört - endlich Wirklichkeit werden kann. Und zwar trotz der außergewöhnlich hohen Nachfrage, die



zu Lieferschwierigkeiten führen könnte, da der Vorrat nur begrenzt und leider nicht aufstockbar ist. Denn aus Gründen der Gerechtigkeit erfolgt die Abarbeitung der Bestellungen ausschließlich in der Reihenfolge des Datums ihrer postalischen Aufgabe. Wenn Sie sich unter den ersten 100 Auftraggebern befinden, machen wir für Sie - und nur für Sie - nicht nur eine Ausnahme, sondern übersenden Ihnen auch noch ein wertvolles Gratisgeschenk, das Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Um was es sich dabei handelt, verraten wir an dieser Stelle noch nicht, weil wir Ihnen die Überraschungsfreude nicht nehmen wollen.

Da Sie bei uns ganz oben auf der Auswahlliste stehen, haben wir uns für Sie schon vorsorglich stark gemacht und eine auf Ihren Namen lautende und nicht übertragbare Reservierungskarte drucken lassen. Sie garantiert Ihnen die Zusendung unseres einmaligen Sonderangebots, welches Ihnen zusätzlich noch das Recht für eine eventuelle Nachbestellung einräumt. Um solche Privilegien würde Sie so mancher beneiden, falls er davon erfähre. Wenn sie den anderen gegenüber im Sparen noch um eine zusätzliche „Nasenlänge“ voraus sein wollen, indem Sie nicht nur ein Exemplar, sondern zwei Exemplare (eines davon als wertvolles Geschenk für gute Freunde) bei uns bestellen, können Sie gleich zweimal den Betrag einsparen, der Ihnen sonst nur einmal zugute kommen würde. Diese Möglichkeit der Verdopplung Ihrer Sparsumme sollten Sie sich auf keinen Fall entgehen lassen. Wenn Sie künftig zu unserem Vorzugs-Kundenkreis zählen möchten, füllen Sie bitte die beigelegte Einzugs-ermächtigung für Ihre Bank aus. Sie ersparen sich damit unnötige Gänge. Wir bitten Sie lediglich darauf zu achten, daß die zum Geldeinzug erforderliche Summe immer auf Ihrem Girokonto ist.

Wie Sie aus unseren Zeilen ersehen, ist es für uns eine Prestige- und Ehrensache, stets für unsere Kunden da zu sein. Korrektheit und Zuverlässigkeit sind unsere Markenzeichen. Mit freundlichen Grüßen der für Sie zuständige und Sie persönlich betreuende Generalversandbeauftragte
gez. **Dr. Lug- und Trugbold**

Den Beitrag schrieb Norbert Krajewski

Wie ist das mit dem Pluralismus?

Gedanken zur programmatischen Diskussion

Was ist Pluralismus?

Dem Fremdwörterbuch (Enzyklopädie-Verlag Leipzig 1962) entnehmen wir folgende Definition: „Pluralismus: idealistische Auffassung, nach der die Welt keine Einheit ist, sondern sich aus einer Vielzahl selbständiger zusammenhangloser sogenannter Weltprinzipien bildet.“

Meyers Taschenlexikon A - Z (1963) faßt den Begriff folgendermaßen: „Pluralismus: Annahme einer Vielzahl von Wesenseinheiten oder Prinzipien, die der Welt zugrunde liegen. Damit ihr innerer Zusammenhang und ihre materielle Einheit geleugnet.“

Meyers Handlexikon Band 2 (1978) wird noch präziser: „Pluralismus: Vielheitslehre; philosophische Lehre von einer Vielfalt unabhängig voneinander existierender Wesenseinheiten. Auf dem Gebiet der Politik imperialistische und revisionistische Theorie, die die Notwendigkeit mehrerer politischer Hauptkräfte, Parteien für ein Staatswesen behauptet, gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei in den sozialistischen Ländern gerichtet ist und die Herrschaft des Monopolkapitals in den imperialistischen Ländern verschleiert.“

Die neue deutsche Rechtschreibung, Bertelsmann (1996): „Pluralismus: 2. Gesellschaftslehre: Nebeneinanderbestehen verschiedener Ordnungsprinzipien und Wertsysteme; pluralistisch - auf dem Pluralismus beruhend. Politischer Pluralismus besagt, daß die menschliche Gesellschaft das Ergebnis des Zusammenwirkens und Ausgleiches von verschiedenen Interessen sei, die von mannigfaltigsten Interessengruppen entwickelt und vertreten werden, so u. a. von Wirtschaftsverbänden, Religionsgemeinschaften, Jugendverbänden, Nationalitäten. Der Staat habe die Aufgabe, diese verschiedenen Interessen gegeneinander auszugleichen und sie zu regulieren.“

Die Lehre vom Pluralismus ist unwissenschaftlich und dient nur den Interessen der in einem Ausbeutersystem herrschenden Kräfte. Sie ist auf den Erhalt dieses Systems gerichtet und verschleiert dessen Machtverhältnisse,

- weil sie nicht von den wissenschaftlich bewiesenen objektiven Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung ausgeht, sondern von subjektiven Interessen verschiedener Gruppen und Einzelpersonen;
- weil sie das gegensätzliche Klassenwesen sozialistischer und kapitalistischer Staaten verschweigt und damit die Konvergenztheorie theoretisch stützt;

- weil sie den Pluralismus in der Ideologie vertritt. Sie ist vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus eine kleinbürgerliche Ideologie. Deshalb besitzt der Pluralismus in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung seine Berechtigung, innerhalb einer tatsächlichen Arbeiterpartei (im marxistisch-leninistischen Sinne) jedoch nicht. Pluralismus in einer Partei macht diese zu einem (unwissenschaftlichen) Debattierklub. Eine „pluralistische Partei“ ist ein Sammelsurium unterschiedlicher ideologischer Positionen und politischer Interessen. Über kurz oder lang wird sich eine solche Partei in zwei oder mehr Teile spalten, wie es u. a. die SDAPR 1903 und die SPD 1917 zeigten.

Mit dem Übergang zur ausbeutungsfreien Gesellschaftsordnung (Sozialismus, Kommunismus I und II oder wie auch immer sie genannt werden wird) verliert der Pluralismus im heutigen (kapitalistischen) Sinne seine Bedeutung.

Günter Werzlau

Das Interesse der Verkäuferin

(...) Losungen als aufs äußerste verkürzte strategische oder taktische Konzepte gehören zu den wichtigsten Instrumenten einer kommunistischen Partei, mit denen sie die Theorie zur „materiellen Gewalt“ werden läßt. Positiv gesehen sind sie Ausdruck einer tiefen wissenschaftlichen Einsicht und der Fähigkeit, den Zusammenhang von Theorie und Praxis zu beherrschen - der wichtigsten Bedingung, die eine revolutionäre Partei erfüllen muß. Diese Fähigkeit ist eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Politik. Und da nicht an jedem Tag ein Lenin zur Verfügung steht, ja, Leute dieses Formats auch künftig eine Rarität sein werden, müssen sich die Organisationen der revolutionären Kräfte bei Strafe ihrer Niederlage einen Mechanismus einfallen lassen, der das erforderliche theoretische Niveau und die Fähigkeit ihrer Praxisumsetzung hervorbringt. Dabei ist dieser Mechanismus keine „Glücksmaschine“, sondern Ergebnis der Führungstätigkeit, u. a. von Parteivorständen.

(...) Es erscheint fraglich, ob die Losungen der DKP in jedem Falle den theoretischen Erfordernissen entsprechen und Chancen haben, die notwendige praktische Wirksamkeit zu erreichen. Es ist noch nicht lange her, daß es nach der Auffassung der UZ darum ging, sofort die Banken zu enteignen. Wir wollen den Reichen etwas nehmen, um es den Armen zu geben, wird auf unseren Plakaten gesagt - die „Verteilungstheorie“ mit dem besonders sozialen Anstrich.

Mit der neuen Schröder-Regierung wurden „größere Spielräume“ entdeckt. Wir hatten den Aufruf, den Krieg in Tschetschenien zu beenden, was von Rolf Priemer kommentiert wurde: „Bei allem Recht, daß jedes Land, die Bundesrepublik Jugoslawien ebenso wie die Russische Föderation, zur Verteidigung seiner territorialen Integrität hat, ist eine militärische Lösung abzulehnen ...“. Werden wir also zu allgemeinen Pazifisten, die hinter der Frage von Krieg und Frieden nicht mehr die sozial-ökonomischen Bedingungen sehen? Im Verhältnis zur DDR gibt es mehrere Varianten. „Doch wird es nicht genügen, Verlorengegangenes hochzuhalten; wenn erst wieder eine sozialistische Perspektive neu errungen werden muß, geht es real darum, daß die DDR die größte Errungenschaft nicht mehr ist“, sagt Gerd Deumlich in der UZ vom 1.10.1999. Dann wird in einem Dokument der DKP davon gesprochen, daß eine „gründliche Analyse der Fehler in beiden deutschen Teilstaaten bis zum heutigen Tage nicht vorgenommen (wurde). Die Bewahrung der besten Elemente beider Systeme wurde versäumt.“ Und schließlich geht es seit kurzem „mit der DDR in die Zukunft“. Dieser Vorgang wird vom (wie er sich selbst bezeichnet, knallroten) Verfasser mit dem heldenhaften Kommentar begleitet: „Wir konnten uns im Westen doch an keinen Info-Stand stellen, ohne für jeden Versorgungsengpaß, jeden Schuß an der Mauer, für Biermann-Ausbürgerung, Sputnik-Verbot und

ähnliche Ergebnisse sozialistischer Politik persönlich (!) den Kopf hinhalten zu müssen.“ (UZ-Magazin 3/99, S. 47)

Das klingt heroisch, ist aber politisch dumm und nur erwähnenswert, weil es in Publikationen des Parteivorstandes der DKP erscheint und weil man auf diesem Niveau nicht mit der eigenen Geschichte umgehen kann. Der DKP würde es besser zu Gesicht stehen, wenn sie sich die Geisteshaltung von Inge Viett zueigen machen könnte: „Der reale Sozialismus ihrer Zeit, vor ihrer Tür, in der DDR, war für sie die einzige Chance, jemals zu erfahren, wie die Idee vom Sozialismus, also das Ideal, real gesellschaftlich wirksam werden kann und wie nicht. Sie (die „Linken“ im Westen - G.S.) zogen es aber vor, sich von diesem geschichtlichen Prozeß zurückzuziehen, ihn aus der Ferne zu benörgeln, zu bemängeln, zu belächeln.“ (Inge Viett: Nie war ich furchtloser, S. 247) Losungen von lokal begrenzter und nicht so bekannter Art haben wir auch: Die Zeitung der DKP-Gruppe Nordost muß eine Kleinzeitung werden! Es darf keine zwei politischen Zentren geben! (Das im Zusammenhang mit den Positionen, die in der Zeitung dieser Gruppe - dem „RotFuchs“ - vertreten werden.)

(...) Die Diskussionen in der Berliner Parteiorganisation ranken sich um grundsätzliche theoretische Fragen, die von den eben genannten nicht so weit entfernt sind, wie es zunächst scheinen könnte. (...)

Auf dem Höhepunkt dieser Auseinandersetzung wird in einer Bezirksmitgliederversammlung der gut hörbare Einwurf gemacht: „Was interessiert das denn die Verkäuferin, die sich um ihren Arbeitsplatz Sorgen machen muß?“ Mehrere Diskussionsredner bekräftigen diese Position mit der Erklärung, daß theoretische Debatten zwar unbedingt geführt werden müßten, aber jetzt doch angefangen werden sollte, zu beraten, welche praktischen Aufgaben wir als nächste zu lösen haben.

Völlig richtig! Die Verkäuferin interessiert im Normalfall unsere Diskussion weniger als das Schwarzweisse unter ihrem Nagel. Natürlich genauso wenig die Diskussion über unsere nächsten Aufgaben. Und das geht nicht nur der Verkäuferin so. (...) Aber es ist auch als sicher anzunehmen, daß die Verkäuferin, wenn sie denn doch entlassen würde, mindestens über die schlechte Welt in Klagen ausbräche. Und sollten die Umstände ihr dabei nicht gnädig sein, würde ihre Chance zunehmen, in Zustände abzurutschen, die schwer als menschenwürdig zu bezeichnen sind. Die Zahl derer in diesem Land, die diese Situation für sich in Anspruch nehmen kann, überschreitet wesentlich die der offiziell angegebenen Arbeitslosen. Und wer soll diesen Leuten beibringen, daß es nicht deren Faulheit oder deren persönliches Versagen sind, die sie in diese Lage gebracht haben? Wer hat nicht die Erfahrung gemacht, daß es hundertmal leichter ist, einen Menschen auf „den

Hund“ zu bringen (oder auf Bildzeitungsniveau) als ihn zu einer selbstbewußten Persönlichkeit zu machen? Woher aber kommt das Selbstbewußtsein? Kommt es nicht - wenn wir als politisch Verantwortliche und nicht als Psychologen sprechen - aus der Erkenntnis der eigenen Lage und ihrer Ursachen?

Wir behaupten alle zu wissen, wie man mit unserer Lehre zu dieser Erkenntnis gelangt. Hier ist Vorsicht geboten. Zutreffender scheint zu sein, daß wir uns die Lehre aneignen müssen und die gewaltigen Leistungen seit Marx nicht nur als schmückendes Beiwerk einer sich revolutionär nennenden Partei zu behandeln haben. Es genügt nicht, sich an der Losung zu erfreuen, daß es nicht darauf ankommt, die Welt zu interpretieren, sondern darauf, sie zu verändern. Wir müssen auch das Handwerkszeug beherrschen lernen, mit dem man das bewerkstelligen kann. Alles andere führt zu Revoluzzertum, Aktionismus, Bilderstürmerei, ist kultivierte Dummheit. (...) Zitiert sei hier der marxistische Philosoph Hans Heinz Holz: „Der Kampf, den wir als Kommunistinnen und Kommunisten zu führen haben, wird damit zu beginnen sein, daß wir schrittweise an den Nahtstellen, an denen sich Konflikte dieser Gesellschaft abzeichnen, Klassenbewußtsein entwickeln. (...) Um dies tun zu können, bedürfen wir der Grundlage einer theoretischen Einsicht unserer historischen Situation. Das heißt, wir brauchen eine theoriebewußte Partei.“ (Hans Heinz Holz, Kommunisten heute, S.155)

Wir beginnen wieder über den Sozialismus nachzudenken und streiten uns darüber, ob dabei die UdSSR oder die DDR Muster mit oder ohne Wert sind. Wir streiten uns darüber, ob Info-Stände wichtiger sind als Großveranstaltungen, wie man die PDS als Bündnispartner behandeln soll; wir schätzen die Schröder-Regierung und den Tschetschenienkrieg sehr unterschiedlich ein. Wer soll uns dabei folgen? Wen wollen wir unter diesen Bedingungen bewegen? Etwa die Verkäuferin, die genau weiß, was ihre Interessen sind und der wir nicht vermitteln können, daß die kleine Differenz zwischen ihren Interessen und unseren Aktivitäten die Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge ist?

„Die Kommunisten sind also praktisch der entscheidendste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“ (Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Dietz Verlag 1972, Ausgew. Schriften in 2 Bd., Bd. 1, S. 38)

Aus: Zu den Losungen (Beitrag zu Debatten in der DKP, Selbstverlag, Hans-Günter Szalkiewicz, Wilhelm-Guddorf-Str. 32, 10365 Berlin)

Zur kläglichen Rolle eines Vertikalaufsteigers

Vom Keller in die höchsten Etagen

Nach einer ND-Schlagzeile hat die PDS „ein Jahr grundlegender Auseinandersetzungen“ vor sich. Gemeint ist die „Programmdiskussion“. Daß die Spitze der Bundestagsfraktion und die Parteiführung dabei sorgfältig abgestimmte Rollen übernommen haben, war oft genug zu beobachten.

Nun ist am 7. Januar ein bekannter Solist wieder aus dem Schatten hervorgetreten, in den er eine Zeit lang getaucht war: Dietmar Keller. Mancher wird sich an seine klägliche Rolle in der mit der Diffamierung der SED befaßten „Enquete-Kommission des Bundestages“ erinnern. Zu DDR-Zeiten hatte der Diplomehrer für Marxismus-Leninismus, wissenschaftliche Mitarbeiter der Leipziger Karl-Marx-Universität, als deren 1. Sekretär der SED-Kreisleitung er dann fungierte, und spätere stellvertretende Kulturminister im wahrsten Sinne des Wortes Karriere gemacht. In und nach der Konterrevolution erwies er sich als wankelmütig und wendesüchtig. Seine moralische Verfaßtheit ließ ihn zu einem der „Vordenker“ des rechten PDS-Flügels werden. Bei der „schonungslosen DDR-Vergangenheitsbewältigung“ ist er - wie gesagt - kein Neuling. Vor den Inquisitoren des Bundestages lieferte Keller ein Paradebeispiel von Pseudanalyse, die durch würdelose Selbstanklage ergänzt wurde. Seine Rede vor der „Enquete-Kommission“ stieß damals bei vielen PDS-Genossen auf heftige Kritik. Das dürfte dazu beigetragen haben, daß er im Zuge der Kandidatenaufstellung zur letzten Bundestagswahl nicht wieder auf einen vorderen Platz gelangte. Man „parkte“ ihn stattdessen auf dem einträglichen und einflußreichen Posten eines „Beraters“ der Fraktion. In dieser Eigenschaft hat er sich nun zu dem Thema „Wie weiter in der PDS?“ im ND zu Wort gemeldet.

Hier mag zunächst eine Bemerkung zum Verhältnis von Fraktion und Parteiführung in der PDS angebracht sein. Tatsache ist, daß alle „strategischen Positionspapiere“ stets von der Fraktionsspitze kamen und erst danach im Karl-Liebknecht-Haus absegnet wurden. Das galt erneut für eine „Erklärung des Vorstandes der Fraktion“, die am 15. Januar verbreitet wurde. In ihr ist vom Jahr „der Profilschärfung der Partei“ die Rede. Übrigens gehört die Vormachtstellung der Parlamentarier zu den Standardpraktiken der Sozialdemokratie. Rosa Luxemburg hat diese Methode, mit der einstmals revolutionäre Parteien ins reformistische Fahrwasser bugsiert und der Widerstand der Basis ausgeschaltet wurden, entschieden kritisiert.

Doch zurück zu Kellers Artikel. Er gibt gewissermaßen die Grundrichtung der „strategischen Debatte“ an und liefert ein Lehrstück kleinbürgerlich-populistischer Denkweise. Sämtliche Begriffe, die der wissenschaftliche Sozialismus geprägt hat, werden

über Bord geworfen und durch unscharfe Vokabeln ersetzt. Das Wort Sozialismus taucht übrigens im gesamten Text nicht ein einziges Mal auf. Dafür wird um so öfter von „Solidargemeinschaft“ und der „klassischen Idee“, die sich „auf die Französische Revolution und das Kommunistische Manifest“ beruft, gesprochen. Der Rückgriff auf die Ideale der bürgerlichen Revolution erfolgt offensichtlich mit dem Ziel, die Ergebnisse des proletarischen Klassenkampfes durch den Begriff „zivilisatorische Errungenschaften“ zu ersetzen.

Die DDR wird erneut mit „Totalitarismus“ in Verbindung gebracht und als „stalinistisch“ und „poststalinistisch“ abqualifiziert. Natürlich handelte es sich um eine „SED-Diktatur“. Das Entdecken eines „totalitären Geistes“ im Marxismus-Leninismus soll die berüchtigte Doktrin auch auf die DDR und alle anderen sozialistischen Staaten anwendbar machen.

Was den von Keller anvisierten „Charakter der PDS“ betrifft, wird ein Kunststück vorgeführt: „Die PDS entstammt den gemeinsamen Wurzeln und dem Baum der deutschen Sozialdemokratie“, heißt es. Aber sie ging doch wohl auch aus der SED hervor? Um diese lästige Herkunft loszuwerden, deklariert Keller ein ganzes Jahrhundert der deutschen Arbeiterbewegung kurzerhand als „lang- und komplizierten Irrweg“. Eine Epoche, in der die kommunistische Weltbewegung und deren Parteien eine prägende Kraft der Politik waren, ihr Heroismus im antifaschistischen Kampf, ihr Wirken nach 1945 - alles ein einziger Irrweg? Das ist ungeheuerlich!

Wohl wissend, daß keine Partei oder politische Bewegung geschichtslos sein kann, wird von unserem Vertikalaufsteiger, um nicht Karrieristen zu sagen, eine neue „Traditionslinie“ konstruiert: die „europäische Geschichte des demokratischen Sozialismus“. Auch eine entsprechende „Ahnenreihe“ gehört natürlich dazu. Um den Fels Karl Marx kommt man dabei nicht herum, er wird kurzerhand an die Spitze gestellt, während man Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci in einer Reihe mit Revisionisten wie Bauer, Adler und Levi vorführt. Auch Dubcek und Dutschke gehören zu diesem Leipziger Allerlei. Lenin allerdings wird „entsorgt“. Und dann leistet Keller den Offenbarungseid zum Charakter der PDS: Sie ist in seinen Augen eine Partei, deren „historische Mission“ die „Verteidigung der Diskriminierten in aller Welt“ sei. Was für ein Abstieg von „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ und der durch Marx begründeten historischen Mission der Arbeiterklasse zu einer so inhaltslosen Worthülse! Hier ging es mir wie Friedrich Engels, der an Paul Lafargue schrieb: „Über Ihre Schilderung des modernen Sozialismus habe ich gelacht“.

Natürlich hält Keller auch praktische Schlußfolgerungen parat. Wer da noch immer glaubt, der außerparlamentarische Kampf sei das Wichtigste, der wird eines Besseren belehrt. Dieser solle lediglich „für die parlamentarische Arbeit Freiräume schaffen“. Wie sehr die Fraktionsspitze schon dem Gedanken von der Partei als systemstabilisierender Kraft verhaftet ist, wird deutlich, wenn man liest, „daß in einer Demokratie jede demokratische Partei mit jeder anderen zusammenarbeiten können muß“, weshalb es gelte, „das Feindbild (gemeint sind CDU und CSU - D. I.) zu begraben“. In ihrem Streben nach Anpassung an die „Realitäten“ in der imperialistischen Bundesrepublik drängt es die PDS-Führung, endlich in der Runde der „demokratischen Parteien“ akzeptiert und als koalitionswürdig befunden zu werden. Wieviel „Kniefälle“ (R. Luxemburg) wird man noch machen, um ans Ziel zu gelangen? „Profilschärfung“ nennt man den ganzen Vorgang. Um was für ein „Profil“ es geht, wird immer klarer. Die angekündigte „Parteireform“ soll entsprechende organisatorisch-strukturelle Voraussetzungen dafür schaffen. Wird die verewaltigte Basis auch diese Kröte noch schlucken? Kann sich die Kommunistische Plattform dem wirksam entgegenstemmen oder wird sie selbst noch weiter marginalisiert? Für die Mehrheit der redlichen PDS-Genossen - das weiß ich aus zahlreichen Gesprächen - ist die Mitgliedschaft ohnehin nur noch die Solidarität mit Kampfgefährten, die das Gefühl des Nichtalleinseins vermittelt.

Die kritische Auseinandersetzung mit der Strategie der PDS hat mit dem „Nähren eines Spaltpilzes“ unter den Linken nichts zu tun. Es ist der Kurs der Kellers, der gemeinsames Handeln komplizierter macht. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten sind das Resultat der Einwirkung bürgerlicher Ideologie auf einen Teil der Linken. Sie überwindet man nur durch prinzipielle Auseinandersetzung und gemeinsame antikapitalistische Aktionen.

Keller stellt die marxistisch-leninistischen Kräfte in die Ecke der Bedeutungslosigkeit. Er offenbart damit eine Denkweise, in der politisches Gewicht allein an manipulierten Umfrage- und Wahlergebnissen gemessen wird. Sicher sind wir gegenwärtig nur eine kleine Minderheit. In „nichtrevolutionären Phasen der Geschichte“ (Hans Heinz Holz) ist es unsere Aufgabe als Kommunisten, proletarisches Bewußtsein wachzuhalten, unser theoretisches Erbe und unsere geschichtliche Identität zu verteidigen und die aus 40jähriger Erfahrung mit dem Sozialismus stammenden Erkenntnisse für den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie fruchtbar zu machen.

Dieter Itzerott

Begriffsentgleisungen oder die falsche Brille?

„Obduktion“ eines „Teilstaates“

Jeder kann mal in die falsche Begriffskiste greifen. Ein falsches Wort zur falschen Zeit am falschen Ort - wem ist das noch nicht passiert? Auch Sprecher von Parteien haben manchmal die unpassendsten Vokabeln auf der Zunge. Aber ein faut pas nach dem anderen - das ist bedenklich. Besonders dann, wenn sich der Pressesprecher der DKP durch Begriffsentgleisungen profiliert. Lothar Geisler, der unmittelbar nach seiner Abwahl als Mitglied des Parteivorstandes durch die Delegierten des 14. Parteitags aufgrund eines Sekretariatsbeschlusses zum Sprecher der DKP-Führung avancierte - vielleicht nicht der geschickteste Umgang mit der innerparteilichen Demokratie? -, besitzt zweifellos so manche Talente; leider gehört auch die Fähigkeit dazu, in Fettnäpfe zu treten. Das ist ihm mit der im Namen der Partei offiziell per Internet verbreiteten DKP-Erklärung zum Verbot der LL-Veranstaltungen am 9. Januar wieder einmal so richtig gelungen.

Die Tatsache, daß an diesem Tag von ihrer Zentrale abkommandierte Ordner der PDS an der Seite der CDU-gelenkten Polizei des Klassenfeindes als deren Hilfspolizisten ihren Dienst zur Absage der Manifestation versahen, kommentiert der Pressesprecher der Deutschen Kommunistischen Partei folgendermaßen: „Bedenklich, weil das Verständnis von Parteikadern als ‘Helfern der Volkspolizei’ mit einem illusionslosen marxistischen Staats- und Parteiverständnis nichts zu tun hat und in den kapitalistisch-vereinigten deutschen Staat von heute noch viel weniger paßt als in den vergangenen sozialistischen Teilstaat.“

Für jemanden, der sich als Marxist bezeichnet, ist das eine bemerkenswerte Fehlleistung. Warum?

Erstens muß man den Vergleich zwischen der Unterstützung der Volkspolizei durch die Parteimitglieder der SED und den Hilfsdiensten der PDS-Führung für die bürgerliche Polizei scharf zurückweisen. Zweitens bringt der Satz totale Distanz gegenüber dem Arbeiter- und Bauern-Staat der DDR zum Ausdruck, dessen Machtorganen - in Geislers Optik - Kommunisten ebenfalls nicht hätten helfen dürfen. Drittens zeigt die Verwendung des aus der Terminologie des Gegners stammenden Begriffs „Teilstaat“, daß der DKP-Pressesprecher die Realität der 40-jährigen Existenz zweier souveräner und voneinander unabhängiger deutscher Staaten bis heute nicht begriffen hat.

Zur Ehre anderer Genossen in der Essener Hoffnungstraße sei hier angemerkt, daß die erste Internetfassung der Geisler-Erklärung dann in dieser Form nicht mehr in der UZ erschien, wenn auch der Hinweis auf die „freiwilligen Helfer der VP“ selbst hier nicht entfiel.

Übrigens können wir die Gründe für manche Veröffentlichungen in der UZ nicht nachvollziehen. Während die Leserbrief-Politik der Redaktion im allgemeinen sehr streng ist und gegenteilige Meinungen selten durchläßt, bleiben andererseits völlig abwegige Äußerungen zur DDR unbeanstandet. So erschien in der Ausgabe vom 14. Januar 2000 z.B. die Zuschrift des Lesers Clint Kohlberg aus Hannover. Darin wird die DDR als „Leiche“ bezeichnet, die keiner nachträglichen Würdigung, sondern lediglich der gründlichen „Obduktion“ bedürfe. Diese habe

sich auch auf „alle ehemals real existierenden ‘sozialistischen’ Staaten...und deren befreundete KPs im kapitalistischen Ausland zu erstrecken“. „Mit der DDR müssen wir uns als DKP anders beschäftigen“, fordert der durch die UZ-Redaktion auf den Spitzenplatz einer ganzen Postseite gestellte Brief. Schließlich habe die unzufriedene DDR-Bevölkerung 1989/90 „die SED-Karrieristen/innen verschreckt“.

Das Problem besteht nicht darin, daß auch Leser einer kommunistischen Zeitung gewaltige Unklarheiten haben können. Schließlich leben die westdeutschen Freunde und Genossen seit Jahrzehnten unter dem Trommelfeuer einer beispiellosen Haß- und Lügenkampagne gegen die DDR. Da färbt manches ab - auch auf Mitglieder und Sympathisanten der DKP. Die gegnerische Wortwahl und Denkweise schleichen und prägen sich ein. Man denke nur daran, wie vielen einstigen SED-Genossen die Ineffektivität der „Wende“ inzwischen flott von den Lippen geht.

So etwas ist normal und damit müßte man - auch im Wege einer redaktionellen Antwort - souverän umgehen können. Das Problem ist vielmehr darin zu suchen, daß sogar DKP-Zeitungsmacher bisweilen dem gleichen gedanklichen und ideologischen Wirrwarr zum Opfer fallen. Nicht der falsche Begriff, sondern die andere Brille macht hier die Differenz. Immerhin - der Kohlberg-Brief erschien unter der lichten Überschrift: „Kritisieren und daraus lernen“. Eine optimistische Obduktion. Ein Fall für die Pathologie oder ein pathologischer Fall?

S.R.

RA Prof. Dr. Erich Buchholz über politische Auftragsjustiz

Wo das Urteil schon feststeht

Im Vorwort eines Buches über politische Strafjustiz finde ich folgende Sätze: „In Rechtsfällen mit politischer Bedeutung dominiert das Prinzip der politischen Opportunität stets über das Legalitätsprinzip“. Daher war (oder ist) „diese Art von Rechtspflege weitgehend Fassade; sie vollzog sich auf eine Weise, bei der sich unwillkürlich eine Theatermetaphorik aufdrängt. Bei staatspolitisch besonders wichtigen Prozessen hat man es mit regelrechten Inszenierungen zu tun, in denen Staatsanwälte und Richter sich zu Schauspielern degradieren lieben ...“

Unwillkürlich dachte ich beim Lesen dieser Textstelle an meine Beobachtung und Erfahrung als Strafverteidiger vor bundesdeutschen Gerichten - nicht nur in Prozessen gegen ehemalige Hoheitsträger der DDR. Genauso erlebten es meine Mandanten und viele Zuschauer in den Gerichtssälen: Es ist alles nur Theater hinter einer rechtsstaatlich aufgemachten Fassade; die Urteile sind im Grunde genommen bereits gefällt. Übrigens ganz so, wie uns dies Strafverteidiger aus der „alten“ Bundesrepublik, z. B. Heinrich Hannover, übermittelten. Ihm hatten Gerichtsvorsitzende (nach seinen Plädoyers) erklärt, daß sie ihm „voll zustimmen, aber durch eine feststehende höchstrichterliche Rechtsprechung gebunden“ seien. In einem Prozeß gegen Mitglieder des Düsseldorfer Friedenskomitees 1959/60 hatte der international bekannte britische Kronanwalt D. N. Pritt auf die Frage von Journalisten,

welches Urteil er nach dem mehrmonatigen Prozeß erwarte, in seiner feinen englischen Art geantwortet: „Das vom 10. November 1959!“ (Das war der Tag des Prozeßbeginns!) Und der Strafverteidiger Dieter Posser sah sich in einem Prozeß genötigt auszurufen, es wäre „ehrlicher, die Angeklagten durch Verwaltungsakt ins Konzentrationslager einzuweisen, statt uns Verteidiger als rechtsstaatliches Dekor zu mißbrauchen“. (Quelle für Vorstehendes: Heinrich Hannover, Die Republik vor Gericht, 1965-1974, Aufbau-Verlag 1998, S. 91/2, 60 und 67) Auch mir sagten Gerichtsvorsitzende - in Varianten - immer wieder: Aber Sie kennen doch die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes! Und bedeuteten damit, daß doch eigentlich schon alles feststeht. Und ein Mitverteidiger erklärte in seinem Plädoyer resigniert: Der BGH habe (namentlich bei der Strafverfolgung von DDR-Hoheitsträgern) doch schon alles so „festgeklopft“, daß es keinen Sinn mehr mache, überhaupt zu plädieren.

In der Tat hat der BGH im Bereich der politischen Strafprozesse damals wie heute durch seine Spruchpraxis ein Reglement festgelegt, das für die richterliche Unabhängigkeit kaum noch Raum läßt und so das imitiert, was sonst von mancher Seite an der DDR-Justiz gerügt wird. Rottleuthner hat in einem Beitrag in dem Buch, von dem ich berichte, zutreffend das wechselvolle Spannungsverhältnis zwischen Einheitlichkeit der Rechtsprechung (die zu gewährleisten in der DDR

für ihr Oberstes Gericht gem. Art. 93 Verfassungsauftrag war) und Unabhängigkeit der Richter um den Preis einer Vielfalt divergierender Gerichtsentscheidungen, einem für viele unverständlichen „Durcheinander“, thematisiert. Dies sich über fünf Jahrzehnte erstreckende Praxis der bundesdeutschen politischen Strafjustiz lehrt jedenfalls, daß auf diesem Gebiet die Einheitlichkeit der Strafverfolgung höher steht als die richterliche Unabhängigkeit.

Auf diesem Hintergrund ist eine Beobachtung Rottleuthners mitteilenswert, zu der er nach der Beschäftigung mit der DDR-Justiz gelangte: Jedenfalls im anglo-amerikanischen und im romanischen Rechtskreis fielen ihm Regelungen und Parallelen auf, die vor dem bundesdeutschen (offiziellen!) Verständnis von Rechtsstaatlichkeit keine Gnade fanden!

Übrigens muß ich ja dem Leser dieser Zeilen endlich kundtun, in welchem Buch ich die so eindeutig assoziierenden Zeilen fand, es handelt sich um ein maßgeblich von hauptamtlichen und bezahlten AntidDDR-Ideologen der Gauck-Behörde verfaßtes „Werk“ unter dem Titel „Justiz im Dienst der Parteiherrschaft“, Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR“; Ch. Links-Verlag, 1999). Die zitierten bzw. wiedergegebenen Stellen finden sich auf den Seiten 9, 11 und 26.

Nach der Lektüre des zweifellos materialreichen Buches, das gerade nach einem anderen Buch mit dem Titel „Politische Auftragsjustiz in der alten und der neuen Bundesrepublik“ schreit, fällt mir Goethe ein: Jeder kehre vor seiner eigenen Tür! - Wenn man nicht das Bibelwort vom Balken im eigenen Auge und vom Splitter in dem des andern bemühen möchte.

Eine Ergänzung zu Dieter Itzerotts Artikel über Gorbatschow

Die Preisgabe des proletarischen Internationalismus

Im „RotFuchs“ Nr. 23 schilderte Dieter Itzerott, wie er den Verrat Gorbatschows allmählich durchschaute. Er schrieb an einer Stelle: „Prompt erhob auch der Nationalismus sein Haupt ...“ Untrennbar damit verbunden war die Aufgabe all dessen, was einen Kernbestandteil des Kommunismus bildet: des von Marx, Engels und Lenin begründeten proletarischen Internationalismus und der anti-imperialistischen Solidarität. Sie hatten die Politik der sowjetischen Kommunisten während vieler Jahrzehnte geprägt - von der Hilfe für die Spanische Republik bis zur Unterstützung des Kampfes des ANC gegen die Apartheid-Rassisten Südafrikas und vieler anderer Befreiungsbewegungen des Trikont. Diese Begriffe verschwanden sehr schnell aus Gorbatschows tönenden Reden und bald auch aus Moskaus praktischer Politik. Mochte der letzte KPdSU-Generalsekretär noch so oft Lenin und die Oktoberrevolution im Munde führen - diese Amputation politisch-ideologischer Substanz ließ sich nicht verbergen.

„Es sind nicht gerade der anti-imperialistische Kampf und die Prinzipien des Internationalismus, über die man heute in den meisten dieser (sozialistischen - W.H.) Länder spricht. Man erwähnt diese Worte nicht einmal in ihrer Presse. Solche Vorstellungen sind dort stillschweigend aus dem politischen Vokabular entfernt worden. Im Austausch dagegen gewinnen die Werte des Kapitalismus in diesen Gesellschaften außerordentlich an Kraft“, erklärte Fidel Castro bereits am

9. Dezember 1989 auf einer Veranstaltung zur Ehrung und Beisetzung gefallener kubanischer Internationalisten. In der gleichen Rede verwies er auf das Verbot gewisser sowjetischer Publikationen durch Havanna, weil sie nicht nur „von Gift gegen die UdSSR und den Sozialismus strotzen“, sondern auch fordern, „daß die Sowjetunion beginnen solle, mit Kuba einen ungleichen Warenaustausch anzustreben, d. h. die gleichberechtigten und gerechten Handelsbeziehungen aufzukündigen und zu imperialistischer Ausbeuterei überzugehen“.

Fidel und andere Revolutionäre Afrikas, Asiens und Lateinamerikas haben den Verrat der Gorbatschows zuerst am Beispiel der von ihnen vollzogenen Absage an den Internationalismus erkannt. Als Avantgarde der „untersten Massen“, die die Bedeu-

tung der Existenz des sozialistischen Welt-systems für ihren eigenen Befreiungskampf „unmittelbar und am eigenen Leib“ erfahren - an der Kalaschnikow, mit der sie sich verteidigen konnten, oder an den TAKRAF-Kränen, mit denen Hilfsgüter aus sozialistischen Ländern gelöscht und eigene Produkte zu fairen Preisen nach Leningrad und Rostock verladen wurden - waren sie in diesem Punkt besonders verwundbar und äußerst wachsam.

Diese Wachsamkeit ist auch für uns lehrreich. Denn der Sieg von Opportunismus und Revisionismus über marxistisch-leninistische Klassenpositionen findet seinen frühesten und klarsten Ausdruck im Übergang vom Internationalismus zum Sozialchauvinismus. Was ist in großen Teilen der „klassischen“ kommunistischen Bewegung Westeuropas vom proletarischen Internationalismus und von antiimperialistischer Solidarität übriggeblieben? Nehmen wir die FKP, die nicht bereit war, nach dem Beginn des NATO-Überfalls auf Jugoslawien die „linke“ Pariser Kriegsregierung zu verlassen. Oder die IKP, die seit über 20 Jahren im Kampf um die Regierungsbeteiligung bis zur Unkenntlichkeit und schließlich Selbstauflösung zersetzt wurde. Bei diesen Parteien, die über große und ruhmreiche Traditionen des Kampfes gegen kapitalistische Ausbeutung, Faschismus und Krieg verfügten, fielen zuerst die internationalistischen Positionen, wurden unter dem Banner eines „Sozialismus in den Farben Frankreichs“ und italienischer Spielarten derselben Ideologie die Solidarität mit der Sowjetunion aufgegeben, der Kampf für den Sozialismus auf Westeuropa eingengt und im Zeichen eines ebenso dubiosen wie durchsichtigen „Eurokommunismus“ die Anpassung an den Imperialismus vollzogen.

Auch die Kommunisten der BRD müssen die Augen offenhalten, wenn es um die Bestimmung ihres Verhältnisses zur deutschen Sozialdemokratie geht - gleich, ob sie unverhüllt in Gestalt der SPD oder verschleiert in der „demokratisch-sozialistischen“ Toga der PDS-Führung daherkommt. Wir treffen dort auf Kräfte, die „den Standort“ BRD, die weltweiten Ziele der „deutschen Wirtschaft“ und die „friedensstiftenden“ Interventionen von NATO und UNO offen oder kaschiert vertreten. Vor dem Sozialchauvinismus und der Anpassung an den „Menschen-

rechtsimperialismus“ darf kommunistische Politik auf keinen Fall zurückweichen. Das bedeutet jetzt vor allem: Nach wie vor bedingungslose Solidarität mit Jugoslawien, dem Opfer der NATO-Aggression! Übrigens unterliegen auch bestimmte Kräfte der Friedensbewegung einem unheilvollen Einfluß. Mir scheint es bedenklich, daß im UZ-Bericht (17.12.) zum Kasseler Friedensratschlag kein Wort über die Auseinandersetzungen zu finden war, die es auf diesem Treffen um dort vertretene antijugoslawische Positionen gegeben hat. Und wenn bei dieser Begegnung und späteren Anlässen ohne jede Analyse der internationalen Konstellation der „russische Bombenkrieg gegen die tschetschenische Zivilbevölkerung“ verurteilt und zu Aktionen gegen diesen aufgerufen wurde - erfordert das nicht eine eindeutig klassenmäßige Stellungnahme von Kommunisten? Es ist Sache der PDS-Spitze, vor der russischen Botschaft aufzumarschieren, nicht unsere. Wir müssen unseren Standpunkt den Auffassungen solcher Friedensfreunde entgegenstellen, die sich während der NATO-Bombenangriffe auf Jugoslawien pausenlos vom „Milosevic-Regime“ distanzieren zu müssen glaubten, und die jetzt so tun, als gäbe es in Tschetschenien keine mit den NATO-Überlegungen synchronisierten Aktionen islamistischer Separatisten. Die Erkenntnis dieser Tatsache beschönigt in keiner Weise die pseudopatriotische Rolle Putins und des Kreml. Doch lassen wir uns durch die Tarnung imperialistischer Manöver und die mit diesen verbundenen Medienoperationen der psychologischen Kriegführung nicht in die Irre locken. Die Aggression richtet sich heute weit über Jugoslawien hinaus gegen Rußland und greift nach seinem Öl. Kann man sich da auf die bloße „Verurteilung des Krieges“ beschränken, ohne die antirussischen Ziele des westlichen Imperialismus im Kaukasus gründlich zu analysieren?

Erweisen wir den Opfern der Aggressionen antiimperialistische Solidarität und handeln wir im Geiste des proletarischen Internationalismus. Das ist zugleich ein grundlegendes Kriterium marxistisch-leninistischer Politik und Beweis, daß die Kommunisten nach wie vor für die Befreiung der Proletarier aller Länder und der unterdrückten Völker kämpfen.

Werner Hoppe

Von der 3. Tagung des VI. Außerordentlichen Parteitages der KPRF

Nur Sjuganow hat gegen Putin eine Chance

Den Ton der 3. Tagung gab das Referat des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des ZK der KPRF, V. Kupzow, an. Prinzipielle Bedeutung besitzt die Schlußfolgerung, daß ungeachtet des Rücktritts von Jelzin in Rußland das Jelzin-Regime erhalten bleibt - sein Aushängeschild ist jetzt W. W. Putin. Dieser Leitsatz des Referats läßt keinen Raum für Illusionen in Bezug auf den amtierenden Präsidenten und versperrt den Weg für Redereien über eine Beendigung der „Ära Jelzins“ und andere ähnlich leichtfertige und übereilte Einschätzungen. Aus dieser These entspringt auch die Grundaufgabe der Partei bei den bevorstehenden Wahlen - Ablösung nicht von einzelnen Politikern in der Kreml-Macht, sondern des bankrotten, Rußland und seine Völker weiterhin unterjochenden Regimes.

Die zweite Schlußfolgerung des Kupzow-Referats ist unbestrittener, aber nicht weniger wesentlich: Die KPRF bleibt die einflußreichste, kompetenteste Kraft im Lande. Nach offiziellen Angaben der Zentralen Wahlkommission hat sie am 19. Dezember 24,3 % Unterstützung erhalten. Noch ungefähr 8 % der Stimmen haben nicht in die Staatsduma gelangte Parteien und Vereinigungen bekommen, die an die Wähler unter Losungen der Opposition zum Regime herantraten und den Sozialismus nicht verneinten. Zusätzliche 6 bis 8 % an Stimmen hat man der KPRF im Ergebnis von Fälschungen verschiedener Art gestohlen. (Aus diesem Grunde sind von der Partei rund 200 Gerichtsverfahren anhängig gemacht worden.) Somit kann schon heute ein Kommunist, der für das Präsidentenamt kandidiert, ungefähr auf 40 % Wählerrückhalt rechnen. Das ist bedeutend mehr als jene Unterstützung, die die Blöcke und Vereinigungen erhalten haben, die bei den Wahlen für Putin eingetreten sind. Also ist im gegenwärtigen Rußland nur die KPRF fähig, sich den „Parteien der Macht“ entgegenzustellen. Gegen Putin als den Präsidentschaftskandidaten aus dem Jelzin-Regime kann nur ein von den Linken, den volks-patriotischen Kräften aufgestellter Bewerber antreten.

Aus V. Kupzows Referat kann man noch eine weitere Schlußfolgerung ziehen: Wie vor den Duma-Wahlen und dem Rücktritt Jelzins befindet sich Rußland auch danach im Zustand eines instabilen Gleichgewichts in der politischen, ökonomischen und sozialen Sphäre. Folglich bleibt die Chance

erhalten, der kapitalistischen Restauration auffriedlichem, verfassungsmäßigem Wege Einhalt zu gebieten, insbesondere bei den nächsten Präsidentschaftswahlen. Deshalb hat V. Kupzow entschieden die Idee eines Boykotts der Abstimmung am 26. März 2000 zurückgewiesen. Zum beherrschenden Motiv wurde in der Diskussion der Aufruf zu offensivem Verhalten. Er richtete sich sowohl an alle Kommunisten als auch an den Präsidentschaftskandidaten G. A. Sjuganow persönlich.

Auf dem Parteitag wurden auch Mängel in der Parteilarbeit, die bei den Duma-Wahlen auftraten, behandelt. Die KPRF hat in Direktmandatsbezirken bis zu 10 Sitzen deshalb nicht erhalten, weil eine Reihe von Kommunisten persönliche Ambitionen über die Parteiinteressen stellte. Deshalb hatten es die Wähler in zehn Bezirken mit jeweils zwei Vertretern der KPRF zu tun. Es ist natürlich, daß dabei die „Demokraten“ durchkamen. Nicht weniger scharf stellte sich das Problem der „mehrfachen linken Kolonnen“ dar. Zum ersten Mal war es im „Manifest“ auf dem II. Kongreß der Volks-Patriotischen Union Rußlands (VPUR) aufgeworfen worden. Aber ach, darauf stürzten sich sofort einige Ehrgeizige. Und selbst dann, als die KPRF begonnen hatte, entschieden und einmütig auf der Einheit des Handelns in der Wahlkampagne zu bestehen, sind sie tatsächlich an der linken Flanke zum Wähler gegangen und haben sich von der VPUR abgespalten: „Geistiges Erbe“ und die nicht zur Volks-Patriotischen Union gehörende Russische Kommunistische Arbeiterpartei mit V. Tjulkin an der Spitze, die „Bewegung zur Unterstützung der Armee“ unter Führung Iljuschins, der „Stalin-Block“ mit V. Anpilow u. a. Aber nicht einer von den „Viktors“ hat etwas erreicht. Stattdessen verfehlte die kommunistische Bewegung infolge der von den Ehrgeizlingen erzeugten Aufsplitterung nicht nur den gemeinsamen Sieg; beim Nachzählen der Stimmen wurde auch festgestellt, daß die jener Wähler fehlten, die deshalb nicht zur Wahl gegangen waren, weil sie die kommunistische „Parteienvielfalt“ deprimierte. Der Parteitag hat eindeutig die Hoffnung ausgesprochen, daß am 26. März auch die Wähler Sjuganow unterstützen werden, die bei den Duma-Wahlen für andere linke Blöcke gestimmt haben. Er bekundete die Bereitschaft, gemeinsam mit diesen Genossen die Gesamtinteressen der Arbeit-

den zu vertreten. Die KPRF hält sie für Mitstreiter.

Der Erste Sekretär des Rjasansker Gebietskomitees der KPRF, W. Fedotkin, markierte die Hauptaufgaben der Wahlkampagne: Nicht nur unseren Kandidaten zu propagieren, sondern auch mit nicht weniger Energie W. Putin den Nimbus zu nehmen. Die Aureole einer starken Persönlichkeit und eines entschiedenen Verteidigers der Armen, die um den „Erben“ von der Jelzinschen Propaganda geschaffen wird, ist absolut unecht. Diese Falschheit muß jeder Wähler erkennen. Der Diskussionsredner erinnerte die Delegierten dabei an längst gefaßte Beschlüsse sowohl der Partei als auch der VPUR über die Formierung eines „Schattenkabinetts“. Er empfahl dem Präsidentschaftskandidaten bei obligatorischer Konsultation mit dem Präsidium des ZK, schon in nächster Zeit die Namen von Persönlichkeiten einer volks-patriotischen Regierung zu veröffentlichen.

Der Parteitag hat im Namen der KPRF die Verpflichtung übernommen, maximale Anstrengungen zu entwickeln, um den Sieg ihres Kandidaten G. A. Sjuganow bei den Präsidentschaftswahlen zu erreichen. Die Delegierten des Parteitages sind der Meinung, daß diese Verpflichtung gegenseitig ist: G. A. Sjuganow übernimmt als Kandidat nicht der Partei, sondern einer Gruppe von Wählern auch die Verpflichtung, im Verlauf der Wahlkampagne keine Schritte zu tun, die den Programmdokumenten der KPRF widersprechen. Ein solches Herangehen widerspiegelte auch die Rede G. A. Sjuganows auf dem Parteitag. Er verlas den Entwurf seines Aufrufs an die Wähler und bat die Delegierten um Rat und Vorschläge. Die Aussprache dazu war belebend und prinzipiell. Bei klarer Unterstützung durch den Saal empfahlen einige Parteitagsteilnehmer, aus dem Aufruf den Vorschlag für einen gesamtnationalen Pakt als unrealistisch herauszunehmen. Er entspreche auch nicht den Programmdokumenten der KPRF.

Der VI. Außerordentliche Parteitag hat sich dafür ausgesprochen, daß die Kommunisten die Wahlkampagne unter der Losung durchführen werden: Für den Sieg der Patrioten Rußlands.

Viktor Truschkow, Mitglied des ZK der KPRF

Veröffentlicht in der „Prawda Rossiji“ 19.-25.1.2000

Übersetzung: **Eberhard Bock**

Mit hohem Blutzoll zur Sympathie der Wähler

Wie Putin aufgeblasen wurde

Es wird heute viel darüber diskutiert, wie phänomenal die Wählergunst für Putin gestiegen ist. Und keiner denkt daran, wieviel Menschenleben diese Gunst gekostet hat. Es ist doch kein Geheimnis, daß Putin durch den Tschetschenienkrieg „aufgeblasen“ wurde. Es lohnt sich zu fragen, warum dieser Krieg und die Begleitumstände so günstig mit dem Regieren Putins zusammenfallen.

Hier soll an Gespräche von Beresowski (Hauptfinanzier Jelzins - d. Ü.) mit den tschetschenischen Terroristenführern Bassajew und Udugow oder an die Begegnung eines Mannes, der Jelzins Bürochef Woloschin sehr ähnlich sah, mit den gleichen Tschetschenen an der französischen Riviera erinnert werden. All das führt automatisch zu der Meinung: die Rebellen sind direkt zum Überfall auf Dagestan animiert worden. Es wurde ihnen gegenüber angedeutet, daß kein Widerstand geleistet wird, die Armee den Rückzugsbefehl erhält und die Auslieferung von Dagestan an die Rebellen beschlossene Sache ist. Also steigt ruhig in Dagestan ein! Das Ergebnis ist bekannt: ein neuer Krieg. Die Niederlage der Rebellen, kriegerische Reden des Premiers und seine wie ein Hefeteig aufgegangene Popularität.

Und noch etwas. Zweifelsohne wäre der Krieg in Tschetschenien nicht so populär, gäbe es da nicht die Explosionen in Moskau, Buynaksk und Wolgodonsk.

Auffällig ist: der Sprengstoff war in allen Fällen Hexogen. In der Größenordnung von mehreren Tonnen. Es ist sehr zweifelhaft, daß solche Mengen erst nach Beginn des Krieges nach Moskau gebracht wurden. Alle Wege rund um Tschetschenien waren ja abgeriegelt. Also wurde das Material viel eher eingeschleust: Wozu sollten es die Rebellen machen? Sie waren doch überzeugt zu siegen. Das wurde ihnen ja garantiert. Oder haben sie das Hexogen gar nicht herangeschafft? Daß nun gleiches Material auch in Tschetschenien gefunden wurde - ja, wer suchte denn da ... und in wessen Auftrag?

Aber wie bekannt, wurden die Terroristen in Dagestan hart zurückgeschlagen. Und wie alle Terroristen haben sie sofort losgebrüllt, daß sie sprengen und töten werden. Nun ergab sich der beste Moment, um den Sprengstoff zu zünden. Keiner würde doch auf den Gedanken kommen, daß es nicht Tschetschenen waren, die die Häuser sprengten. Insbesondere, weil ja die Sicherheitskräfte, die von Getreuen der Kreml-„Familie“ geleitet werden, gar keine anderen Versionen prüften.

Überhaupt war es recht interessant: Für die Aufklärung der Explosionen wurde die Moskauer Stadtpolizei verantwortlich gemacht. Dabei ist der Kampf gegen Terroristen die direkte Aufgabe des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB). Allerdings müßte dann gesagt werden, daß

die Verantwortung der Chef des FSB trägt. Und der war ja vor ganz kurzer Zeit noch Putin ...

Die Sache lief in guter Regie. Man stellte genau fest, daß die liberalen Spinnereien dem Großteil der Gesellschaft zum Halse heraushängen. Daß der verletzte Nationalstolz nach Wiedergeburt der einstigen Machtgröße lechzt. Vor allem bei der Armee. Man dürstet geradezu nach einem wenn auch nur kleinen Sieg.

Schlußfolgerung: Die wirkliche Opposition, die KPRF, muß umgehend mit einer Aufklärungsarbeit zu Putin beginnen. Die Gegenagitation muß einfach und verständlich sein, zumal man sich ja auf Tatsachen stützen kann. Putin arbeitete im Gespann mit Sobtschak (dem kriminell gewordenen Ex-Bürgermeister von St. Petersburg - d. Ü.), wurde dann vom „Radikalreformer“ Tschubais nach Moskau geholt; auf Weisung der „Familie“ - d. h. von Beresowski - machte man ihn zum Premier. Das sind die Grundlagen. Hier sind die Gleichheitszeichen eindeutig.

Darauf sollte die tägliche Arbeit aufbauen. Dazu sind alle Möglichkeiten - das Parlament, die Presse, Gelegenheiten im Fernsehen - zu nutzen. Sonst werden die vom offiziellen TV verblödeten Menschen wieder in Unkenntnis wählen. Nur wird Putin keine Zeremonien zulassen. Wenn der zweite Teil der liberalen Reformen beginnt und die Leute Unzufriedenheit zeigen, werden sie umgehend zur Ordnung gerufen. Insbesondere, da ja die „Kraftorgane“ Putin als „den Ihrigen“ betrachten.

Leider bewahrheiten sich die düstersten Prognosen. Da die Oligarchen und ihre Umgebung es mit ihrem Informationsterror nicht geschafft haben, die tiefen Werte im Bewußtsein der Völker Rußlands auszumerzen, erwägen sie jetzt - vorerst leisen Schrittes, um die auf „allgemein menschliche Werte“ eingestellten Westeuropäer nicht aufzuschrecken - den Rückgriff auf eine Pinochet-Variante des Regierens. Mit harter Unterdrückung jeglicher Opposition oder des gewaltlosen Widerstandes der Bevölkerung.

A. Rosenfeld, Sowjetskaja Rossija
27.1.2000



Sie haben mein Lebenswerk weiterzuführen!

Übersetzung: Dr. Peter Tichauer

Dr. sc. Gerhard Feldbauer, langjähriger Chefkorrespondent von ADN und ND in Hanoi:

Vietnamesische Erfahrungen

Unter der vor fast zehn Jahren wiedererrichteten Herrschaft des Kapitals beginnen wir - ich spreche hier von dem Häuflein Kommunisten auf dem Gebiet der früheren DDR -, die Ursachen der Niederlage theoretisch zu analysieren und Kräfte für eine neue sozialistische Offensive zu sammeln. Der 70. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Vietnams am 3. Februar sollte auch für die Mitglieder und Sympathisanten der DKP Anlaß sein, deren Erfahrungen einzubeziehen. Bei aller Unterschiedlichkeit der Situation und der Bedingungen des Herangehens vermitteln sie wichtige Lehren.

Hier sei zunächst auf die herausragende Rolle Ho Chi Minhs verwiesen, die einmal mehr über die Bedeutung von wirklichen Führerpersönlichkeiten nachdenken läßt. Als Mitbegründer der FKP

(1920 auf dem Parteitag in Tours) und Mitarbeiter der Komintern war er ein Leninist von echtem Schrot und Korn, der schöpferisch eine nationale Strategie entwickelte; ein Mann der revolutionären Praxis, der die Theorie beherrschte; ein Kämpfer, der die Aufmerksamkeit der Massen nicht auf seine Person bezog, sondern auf die Partei lenkte. Als er - während des erbitterten Befreiungskrieges gegen die USA-Aggression und das südvietnamesische Marionettenregime im September 1969 starb, hinterließ er kein Vakuum, sondern eine kampfgestählte Partei mit einem starken Führungskollektiv, die sein Werk fortsetzten.

Die KPV bewies, daß man die Mehrheit des Volkes in der revolutionären Aktion gewinnt und daß diese nicht erst begonnen werden kann - was auch heute noch eine weit verbreitete Illusion ist -, wenn die Mehrheit den Kampf unterstützt. Ho Chi Minhs erster Zirkel zur Vorbereitung der Parteigründung zählte 1925 ganze 20 Genossen. Im Jahr ihrer Formierung - sie hieß zunächst KP Indochinas, später Partei der Werktätigen Vietnams, bis sie ihren heutigen Namen annahm - waren es dann 1 828. Dennoch stellte sich die junge Partei im Sommer 1930 sofort an die Spitze einer spontan ausgebrochenen antikolonialen Erhebung, die auf Zentralvietnam begrenzt blieb, wo unter ihrer Führung Sowjets entstanden, die sich über ein Jahr lang mit

30 000 Mann starken Roten Garden gegen ein 100 000 Soldaten zählendes französisches Expeditionskorps behaupteten. Die Lehren der Sowjets waren eine entscheidende Grundlage für den Sieg des bewaffneten Aufstandes in der Augustrevolution von 1945, aus der die Demokratische Republik Vietnam hervorging.

Nach der Befreiung des kapitalistischen Südens im Jahre 1975 stellte das vietnamesische Volk unter Führung der Partei die nationale und staatliche Einheit wieder her. Es begann mit der schrittweisen Umgestaltung jener Regionen, die vorher unter dem USA-Besatzungsregime gestanden hatten. Der Kampf mußte zugleich gegen starke bürgerliche Einflüsse auf den Norden, die zu Korruptionerscheinungen unter Funktionären geführt hatten, gerichtet werden.

Mit der Wiedervereinigung wurde nicht nur das Ziel des von der Mehrheit des Volkes

unterstützten 30jährigen Nachkriegskampfes erreicht, sondern der Konterrevolution auch deren staatliche Basis im Süden des Landes entzogen. Dieser Schritt und eine Reihe von Maßnahmen zur weiteren Sicherung der Massenunterstützung für die Volksmacht trugen entscheidend dazu bei, daß die Sozialistische Republik Vietnam die Niederlage des Sozialismus in Europa überstand. Hoffnungen des Gegners, auch die KPV werde den liquidatorischen Weg der osteuropäischen

„kommunistischen und Arbeiterparteien“ gehen und den Pfad der Sozialdemokratie einschlagen, erwiesen sich als Trugschluß. Die Partei Ho Chi Minhs und seiner Nachfolger hat sich nicht „gewendet“ oder dem von bürgerlichen Ideologen und Reformisten gepredigten „Zeitgeist“ angepaßt. Kein verantwortlicher Parteiführer hat dort - wie anderswo - erklärt, er sei niemals Kommunist gewesen. Die KPV ist eine marxistisch-leninistische Partei, von der man wie in der Vergangenheit so manches lernen kann.

Gysi und der Pazifismus

Botschaftsbelagerer

Nicht vor der nahegelegenen USA-Botschaft, wo sie hingehört hätten - denn die von Washington angeführte NATO, in die Georgiens Schewardnadse sein an Tschetschenien grenzendes Land schnellstens eingebracht sehen möchte, bedroht Moskaus strategische Interessen im Kaukasus -, sondern vor der russischen Botschaft Unter den Linden demonstrierten am 26. Januar Führer der PDS, Gysi, dem der Kreml - eingedenk der unliebsamen Erfahrungen des bombardierten Jugoslawien mit diesem Besucher - die Einreise verweigert hatte, war zuvor an Kriegskanzler Schröder mit dem friedensstiftenden Vorschlag herangetreten, Sanktionen gegen Rußland zu verhängen. In russischer Sprache skandierten Gysi, Bisky, Bartsch, Hamisch und die anderen - ihre in der DDR-Schule erworbenen Kenntnisse nutzend - die Losung: „Beendet diesen Krieg!“ Hatten die gleichen Personen während der NATO-Aggression eigentlich auch vor der amerikanischen Botschaft gestanden und „Stop this war!“ gerufen?

Im Gespräch mit Rußlands Botschafter Krylow definierte Bisky die Position der PDS-Führung zu Krieg und Frieden. Seine Partei bleibe dem Grundsatz treu, „gegen kriegerische Lösungen ... von Konflikten ... einzutreten.“ Zwischen dieser platten bürgerlich-pazifistischen Position und der marxistisch-leninistischen Vielschichtigkeit im Verhalten gegenüber gerechten oder ungerechten Kriegen liegen ideologische Welten! Marx, Engels und Lenin und mit ihnen viele Millionen Kommunisten in aller Welt haben kapitalistisch-imperialistische Raub- und Eroberungskriege stets entschieden zurückgewiesen, Verteidigungs- und Volkskriege, nationalen Befreiungskampf und revolutionäre Gewalt in Bürgerkriegen jedoch prinzipiell bejaht. Zugleich geißelten sie die brutale Vernichtungskraft von Kriegen gegen wehrlose Zivilisten.

Wie liegen die Dinge in Tschetschenien? Zweifellos ist der vom volksfeindlichen Jelzin-Putin-Regime vorgetäuschte Patriotismus, unter dessen „Banner“ der Nachfolger Jelzins ins Amt gehoben wurde, eine Farce. Der durch die Kreml-„Familie“ mit Beresowski an der Spitze entfesselte Chauvinismus soll von den eigentlichen Problemen Rußlands ablenken und die Errichtung eines Regimes der starken Hand vorbereiten. Der Vernichtungskampf der Mos-

kauer Mafia gegen die separatistischen Bandenheere im Nordkaukasus ist kein gerechter Krieg. Andererseits muß man die imperialistischen Interessen - in erster Linie die Eroberung und Kontrolle der unermeßlichen Ölfelder dieser Region - klar im Blick behalten. Der Westen betreibt die weitere Ostausdehnung der NATO bis nach Kasachstan und zielt auf die systematische Schwächung und totale Zerstückelung Rußlands, für das in Tschetschenien auch berechnete staatliche und nationale Interessen auf dem Spiel stehen. Das ist die komplizierte Dialektik der Situation, die wahrscheinlich nur Marxisten begreifen.

Pazifistische Aufzüge vor russischen Vertretungen sind aus humanitären Gründen sicher verständlich, machen aber politisch keinen Sinn, weil sie sich nicht gegen die imperialistischen Mächte - darunter die BRD - richten, die die Hauptnutznießer der Krise im Kaukasus sind. Wieder einmal zeigt sich, daß die Führer der PDS jeglichem Klassendenken und jeglicher Kampfposition gegen den Imperialismus abgeschworen haben.

R.F.



Was die Konterrevolution den Tschechen brachte

Mehr Sterbefälle als Geburten

Im Herbst 1998 waren es 80 Jahre her, daß der selbständige und unabhängige tschechoslowakische Staat entstand. Er existierte 20 Jahre und in dieser Zeit nahm sein Nationaleinkommen im Vergleich zur Vorkriegszeit um ca. 10 bis 12 % zu. Es gab jedoch eine ziemlich hohe Arbeitslosigkeit, die 1933, während der großen Weltwirtschaftskrise, ihren Höhepunkt erreichte: Von den 14,2 Millionen Einwohnern der Tschechoslowakei fanden 738 000 keine Arbeit.

Während des Zweiten Weltkriegs war die Republik schon einmal in zwei Teile zerrissen, das Protektorat Böhmen und Mähren als Bestandteil des Deutschen Reiches und die Slowakei. Nach dem Krieg wurde die Tschechoslowakei wieder zu einem einheitlichen Staat vereinigt, der ab 1948 den sozialistischen Entwicklungsweg einschlug. Im Laufe der 40jährigen Ära des sozialistischen Aufbaus wuchs das Nationaleinkommen auf das Sechsfache, die Industrieproduktion auf das Fünfzehnfache und die landwirtschaftliche Produktion um fast 70 %. Das Reallohniveau stieg um 170 %. Jährlich wurden im Durchschnitt 55 000 Wohnungen gebaut. Alle Bürger genossen kostenlose Gesundheitsfürsorge und Schulbildung. Auch die Hochschulbildung war frei. Arbeitslosigkeit war ein unbekannter Begriff.

Nach den Novemberereignissen von 1989 begann die „Transformation der Gesellschaft“. Das bedeutete Privatisierung des umfangreichen Volkseigentums, das in die Hände einer kleinen Gruppe tschechoslowakischer und ausländischer Kapitalisten überging. In die Tschechoslowakei zog wieder die kapitalistische „Ordnung“ ein, mit der Begleiterscheinung, daß gegen den Willen der Mehrheit der Staat zum zweitenmal - wie zwischen 1939 und 1945 - geteilt wurde: In die Tschechische und die Slowakische Republik. Auch dieses Mal ging der Teilung keine Volksbefragung voraus, obwohl die Durchführung von Referenden in der Verfassung verankert ist.

Die Bilanz der ersten zehn Jahre des „kapitalistischen Wiederaufbaus“ in der ČR ist katastrophal. Das Nationaleinkommen ist um 12 % gesunken. Die Produktion ging in der Industrie und im Bauwesen um 22 %, in der Landwirtschaft um 30 % zurück. Der Viehbestand ist auf rund die Hälfte reduziert, ebenso wie der Warenverkehr auf Schiene und Straße. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte in diesem Jahr eine halbe Million (bei 10,3 Millionen Einwohnern in der ČR). Auf dem gesamten Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei gibt es z. Z. eine Million Arbeitslose - ein Drittel mehr als im schlimmsten Krisenjahr 1933. Das Realeinkommen

(Löhne und Renten) der Mehrheit der Einwohner liegt um mindestens 10 % unter dem von 1989. Der Wohnungsbau ging auf ein Drittel zurück: durchschnittlich 15 bis 20 000 Wohnungen im Jahr. Zu mehr als zwei Dritteln sind das allerdings Luxuswohnungen bzw. Villen für die Neureichen. Für junge Familien mit Kindern sind neue Wohnungen unerschwinglich. Die Kaltmieten stiegen z. B. in Prag in den letzten 10 Jahren auf das 16fache. Die Miete für eine durchschnittliche 3-Zimmer-Wohnung ist dort fast so hoch wie die Durchschnittsrente oder der Lohn eines schlechter verdienenden Beschäftigten. Für Leistungen des Gesundheitswesens wie für die Schulbildung der Kinder müssen die Bürger zunehmend „Selbstbeteiligungen“ aufbringen.

Die ökonomische und soziale Krise spiegelt sich sehr anschaulich in den demografischen Angaben wider: Während 1990 noch 130 000 Kinder geboren wurden (die höchste Geburtenzahl wurde 1974 registriert: 194 000), waren es im letzten Jahr nur noch 90 000. Die Geburtenrate in der ČR liegt damit unter der Sterblichkeitsrate und ist so niedrig wie in kaum einem anderen Land Europas und der Welt.

Wenn es gutgeht, sind die Tschechen nach 15 Jahren „Wiederaufbau des Kapitalismus“ dort, wo sie 1989 waren.

Nach der rechten Regierung ist seit Mitte 1998 eine sozialdemokratische Regierung am Ruder. Die Situation hat sich seither nicht gebessert und die Aussichten sind auch nicht rosig. Die Arbeitslosigkeit soll von heute 9 % im Laufe von zwei bis drei Jahren auf 12 % steigen. Das Bruttoinlandsprodukt von 1989 - dem Jahr des „Zusammenbrechens des Sozialismus“ und des „Anbruchs des kapitalistischen Wohlstands“ - wird nach den Prognosen der Regierung erst um das Jahr 2004 wieder erreicht werden.

In den ersten zehn Jahren des sozialistischen Aufbaus 1948 bis 1958 verdoppelte sich das Nationaleinkommen auf dem Gebiet der heutigen ČR. Die Anzahl der Beschäftigten nahm um 500 000 zu, die Durchschnittslöhne stiegen um 50 %, die jährlichen Investitionen um 350 %. Natürlich war in dieser Periode die Entwicklungsdynamik am höchsten, auch aufgrund des - drei Jahre nach Kriegsende - relativ niedrigen Ausgangsniveaus. Dennoch ist festzustellen, daß die 40 Jahre Sozialismus - trotz aller Probleme, Fehler und Mängel - im ökonomischen und sozialen Bereich die erfolgreichste Ära in der Geschichte des tschechischen und des slowakischen Volkes darstellen.

Václav Vertelár,

Redakteur von „Haló noviny“

Übernommen aus „Deutsch-Tschechische Nachrichten“

Wie wir die Rote Hilfe unter dem Faschismus organisierten

Die Päckchen der „Verwandten“

Was Genosse Kurt Andrá und andere an vielfältiger solidarischer Hilfe für inhaftierte Genossen leisten, gehört zu den schönsten Seiten unserer Parteigruppenarbeit. Sie knüpfen damit an eine Tradition der Arbeiterbewegung an - die der Roten Hilfe. Deren Aufgabe war es, die politischen Gefangenen und ihre Familien zu unterstützen. Zwischen 1933 und 1945 vollzog sich diese Arbeit in tiefer Illegalität.

Ich will keine allgemeinen Ausführungen zur Roten Hilfe machen - Genossin Gerda Klabuhn hat sich dazu bereits im „RotFuchs“ umfassender geäußert -, sondern aus der Praxis unter den Bedingungen der faschistischen Herrschaft berichten.

Zuvor möchte ich einige Zeilen meiner seit langem verstorbenen Mutter widmen. Sie sind auch zum Verständnis des Folgenden erforderlich. Meine Mutter war seit ihrer Jugend politisch aktiv, gehörte bis 1931 dem linken Flügel der SPD an, war eine bekannte Referentin ihrer Partei. 1931 traten wir beide der SAP bei. Nebenbei: In den 20er Jahren leitete sie einen Streik, was für eine Frau auch heute noch eine Seltenheit ist. Ihr Haß gegen den Faschismus ließ sie mitunter die notwendige Vorsicht vergessen. In Erinnerung geblieben ist mir ein Nachmittag des Jahres 1933. Ein Trupp SA-Leutemarschierte durch unsere Straße. Da stellte sie den Plattenspieler an, und nun ertönte in voller Lautstärke weithin hörbar die Internationale. Das war mir doch zu riskant und ich stellte das Gerät ab, denn sicherlich hätten wir sonst bald einige der brutalen Burschen in unserer Wohnung gehabt.

Im Frühjahr 1933 - kurz nach der Errichtung der faschistischen Diktatur - begannen meine Mutter und ich, die Rote Hilfe in Hannover zu organisieren. Eine Reihe von Genossen war damals im Polizeigefängnis der Stadt inhaftiert. Da meine Mutter viele SPD-Mitglieder persönlich gut kannte, fand sie die Namen etlicher Inhaftierter bald heraus. Wir gingen davon aus: Niemand durfte alleingelassen werden, jeder sollte wissen, daß Mitstreiter an der Seite der Gefangenen standen. Wie haben wir die Hilfe für sie organisiert? Wir gingen zu den Genossen, von denen wir wußten, daß sie ihrer politischen Überzeugung treu geblieben waren. Jeder von ihnen machte ein Päckchen fertig, das Lebensmittel, Kleidungsstücke und andere Sachen enthielt, die von der Gefängnisverwaltung erlaubt waren. Wohlmerkt: Nur Verwandte durften den Inhaftierten etwas zukommen lassen. Wir beluden mein Fahrrad und führten es an der Hand (denn zum Sitzen war kein Platz mehr) in eine Nebenstraße unweit des Gefängnisses. Das war bis dahin schon sehr gewagt, denn hätte uns ein Gestapo-Spitzel oder ein anderer hitlertreuer „Volks-genosse“ entdeckt und denunziert, wären wir schnell selbst in Haft genommen worden. Natürlich konnten wir beide nicht allein die Päckchen abgeben, dann hätte man unsere Hilfsaktion bald durchschaut. Deshalb hatten wir einige Genossen für unsere Aktion gewonnen, die gegenüber der Gefängnisverwaltung Verwandte der Inhaftierten spielten und die nun etwas für ihren Sohn, Vater oder Bruder abgeben wollten. Unser Einsatz verlief erfolgreich, und wir konnten bald darauf eine zweite derartige Unternehmung folgen lassen, immer mit dem Risiko, entdeckt zu werden.

Das war Rote Hilfe unter den Bedingungen des faschistischen Terrors. Heute ist Solidarität für unsere inhaftierten Genossen gefahrlos. Doch der Zweck ist der gleiche: Die Eingekerkerten sollen wissen, daß wir sie nicht allein lassen, daß wir an ihrer Seite stehen.

Eine persönliche Nachbemerkung: Im Herbst 1933 nahmen Mutter und ich die illegale Arbeit in den Reihen der KPD auf. Ein Jahr später wurden wir nach Verrat festgenommen. Mutter erhielt drei Jahre, ich zweieinhalb Jahre Zuchthaus. Nach Ablauf der Haftzeit kam ich ins Konzentrationslager.

Herbert Thomas

Was die DDR schon vor vierzig Jahren verwirklichte

Bauernträume auf der Schwäbischen Alb

Zu den ganz beliebten Schreckensmythen, die vom kleinkarierten Redakteur des Lokalblättchens bis zum renommierten Politikwissenschaftler in der West-BRD unverdrossen bei der „Abrechnung“ mit dem SED-Unrechtsregime“ kultiviert werden, gehört bis heute die Story von der „Enteignung der Bauern“ durch deren Beitritt zu den LPG Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre. Was auch eignet sich besser, um beim „kleinen Mann“ den Widerstand gegen jede Sozialismus-Idee zu provozieren, als die Furcht davor zu wecken, die Kommunisten beraubten ihn seines Eigentums! Die Masche zieht immer - und immer wieder bedarf es in der Einzeldiskussion geduldiger Erklärung, um auseinanderzusetzen, daß ein LPG-Bauer von seinem Eigentum so wenig einbüßte wie heute etwa drei Elektromeister, die ihre Betriebe zusammenlegen, weil sie eingesehen haben, daß sich keiner von ihnen allein die zum wirtschaftlichen Überleben notwendige Ausrüstung modernsten Standards leisten kann.

Das ist nun 40 Jahre her, daß sich die Genossenschaftsbewegung in der Landwirtschaft der DDR durchsetzte - und daß sie durchgesetzt wurde, denn die dafür notwendige revolutionäre Veränderung des Bewußtseins war nur unter enormen Schwierigkeiten und nicht ohne tatkräftige Mithilfe und Anleitung durch die Partei, die Staatsorgane und einen Teil der industriellen Arbeiterklasse zu erreichen. In einem gewaltigen gesellschaftlichen Kraftakt wurde bis in den letzten Winkel Mecklenburgs und des Erzgebirges der Schritt in die agrarpolitische Neuzeit vollzogen. Durch den Strukturwandel entstanden die großen Flächen - eine unabdingbare Voraussetzung für den rationellen Einsatz moderner Maschinen und Geräte. Die schrittweise Befreiung der Bauern von schwerster unproduktiver Handarbeit konnte beginnen. Das wiederum bildete den Ausgangspunkt für die langsame Angleichung des zivilisatorischen Lebensniveaus in Stadt und Dorf. Die „Idiotie des Landlebens“, von der Marx gesprochen hatte, wurde kulturell überwunden. Der Schritt vom „Ich zum Wir“ war eine gesellschaftliche Leistung ersten Ranges.

Auch im Westen erzwang der technische Fortschritt einen Strukturwandel in der Landwirtschaft. Er vollzog sich indes unter kapitalistischen Vorzeichen. Das wirkte sich dahingehend aus, daß von 1,6 Millionen selbständigen Höfen, die es 1949 gegeben hatte, nur noch 435 000 übriggeblieben

sind. Lediglich rund 190 000 gelten davon als Vollerwerbsbetriebe. Mehr als die Hälfte aller Bauern kann also allein von ihrer Wirtschaft nicht mehr leben - kein Wunder bei einer für den Einsatz moderner Technik völlig unzureichenden Durchschnitts-Betriebsgröße von 29 ha. Vergleichsweise beträgt diese im Osten, wo viele Agrargesellschaften als Nachfolger früherer LPG weiterbestehen, derzeit 200 ha!

Welche geradezu archaischen Verhältnisse sich vor allem im süddeutschen Raum erhalten haben, verdeutlichte eine am 3.12.1999 vom „Deutschlandfunk“ ausgestrahlte Reportage. Darin hieß es: „Manche landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland sehen im Luftbild wie ein Flickenteppich aus. Da ist eine Parzelle neben der anderen. Daß hier nicht effektiv gearbeitet werden kann, liegt auf der Hand. Manchmal sind die Flächen sogar so klein, daß es sich nicht einmal lohnt, wenn sich mehrere Landwirte eine Maschine teilen... Im oberschwäbischen Riedhausen im Kreis Ravensburg ist nun ein Modell entwickelt worden, wie sich der strukturelle Nachteil ausgleichen läßt, nämlich durch eine sogenannte virtuelle Flurbereinigung.“

Das also ist das „Ei des Columbus“, mit dessen Hilfe die Bauern auf der Schwäbischen Alb das auch bei ihnen grassierende Höfesterben hoffen aufhalten zu können. Kurz zusammengefaßt sieht die Sache so aus: Die Besitzer nebeneinanderliegender Äcker einigen sich über die gemeinsame Bestellung mit einer Feldfrucht, sodaß der kostengünstige Einsatz entsprechender Maschinen möglich wird. Die Aufteilung der Kosten und des Erntertrages erfolgt auf der Grundlage der durch „GPS“ - das Global Position System - ermittelten Daten. Dabei handelt es sich um eine zunächst für Zwecke der U.S.-Army entwickelte, heute auch zivil nutzbare Erfindung, die sich auf 26 im Weltraum stationierte Erdsatelliten stützt. Mit speziellen Empfangsgeräten an den eingesetzten Maschinen können von diesen ausgesandte Signale aufgefangen werden, wodurch eine nahezu metergenaue Standortbestimmung möglich ist. Da gleichzeitig z. B. die Ernteleistung des Mähreschers über Computer ebenfalls kontinuierlich registriert wird, läßt sich am Ende genau ermitteln, wieviel auf der jedem einzelnen Bauern des großen Schlages gehörenden Fläche geerntet worden ist.

Pfiffig, nicht wahr? Ja, na endlich, möchte man sagen, kommen sie auch im doch sonst für seinen Erfindungsreichtum so gerühmten Schwabenland auf die tolle Idee, ihre

Handtuch-Äckerlein zusammenzulegen und gemeinsam zu bewirtschaften! Ob die in Riedhausen noch gar nicht gemerkt haben, daß die Bauern der DDR auch ohne „GPS“ das schon vor 40 Jahren gemacht haben?

Seitdem Günther Grass beim Überfall auf Jugoslawien zum Kriegstrommler des deutschen Imperialismus wurde, zitiere ich ihn ungern, aber da hatte er recht, als er schrieb: „Der Fortschritt ist eine Schnecke.“ Und in Baden-Württemberg schreckt die Fortschrittsschnecke offenbar vor nichts zurück und zieht mittlerweile ihre Schleimspur sogar über den Schreibtisch der Landwirtschaftsministerin: Sie hat inzwischen eine Anschubfinanzierung für das „revolutionäre Pilotprojekt“ in Riedhausen zugesagt! Vielleicht wird ja am Ende tatsächlich 'was aus der Traumvorstellung des vom Deutschlandfunk zitierten Landwirtschaftsmeisters Harald Gassner, daß nämlich „sämtliche 30 Bauern im Dorf ihre insgesamt 800 ha gemeinsam bewirtschaften“.

Der Fall macht exemplarisch klar, welches fortschrittliche, den Erfordernissen der Zeit Rechnung tragende Land die DDR gewesen ist. Sie konnte sich auch in ihrer modernen Agrarpolitik auf die Erkenntnisse unserer Klassiker stützen, derer sich die SED zu bedienen verstand. Was nicht bedeutet, daß jeder einzelne später vollzogene Schritt unbedingt richtig gewesen wäre. Partielle Fehlentwicklungen sind nirgendwo auszuschließen. Aber mit der grundsätzlichen Entscheidung, unter Beibehaltung des bäuerlichen Eigentums zum landwirtschaftlichen Großbetrieb überzugehen, hat sich die DDR dem „Modell“ der BRD turmhoch überlegen gezeigt.

Im Westen vollzog sich der unabwendbare Strukturwandel in einem jahrzehntelangen qualvollen Prozeß, bei dem mehr als eine Million Bauern mit ihren Familien trotz vieler Milliarden an Subventionen durch „den Markt“ enteignet wurde. Unzählige menschliche Tragödien waren damit verbunden. Der CSU-Landtagsabgeordnete Albrecht Haushofer sprach unlängst in der „Süddeutschen Zeitung“ von „einer Art Agrarkannibalismus, bei der ein Bauer den anderen auffrißt“.

So etwas hat es in der DDR nie gegeben. Hier wurde vor 40 Jahren ein menschlicher Weg beschritten, erfüllte sich der Traum von Landwirtschaftsmeister Gassner aus Riedhausen.

Rolf Vellay

Warum wir Lenin nicht von Marx und Engels trennen lassen

Er rührte an den Schlaf der Welt

Sicher haben es andere Leser ähnlich empfunden: Die Beiträge unseres Januar-„RotFuchs“ waren in besonderer Weise von marxistisch-leninistischem Geist geprägt. Ich meine damit eine Haltung, die auf geschichtlicher Erkenntnis beruht. Dieser Geist richtet sich gegen den „Zeitgeist“ der Herrschenden und schließt ein, was Marx als eines der ersten Worte der wissenschaftlich gewordenen Auffassung vom Kommunismus schon Ende 1843 erklärt hat: „Die Waffe der (theoretischen - E. K.) Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt (der Ausbeutergesellschaft - E.K.) muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald man sie ad hominem (am Menschen - E. K.) demonstriert (...) Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch (und nicht etwa Gott - E. K.) das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist. (...) Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen.“ (MEW 1, S. 385, 391) Etwa ein Jahr danach: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt drauf an, sie zu verändern.“ (MEW 3, S. 7)

Mehr als 30 Jahre später bezogen Marx und Engels, nachdem sie im „Volksstaat“ den Entwurf eines neuen Programms für den Parteitag 1875 in Gotha gesehen hatten, prinzipiell die gleiche Haltung zum Verhältnis von Theorie und Praxis in der Arbeiterbewegung. So schrieb Engels im März 1875 an August Bebel: „Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an als auf das, was sie tut. (!) Aber ein neues Programm ist doch immer eine öffentlich aufgepflanzte Fahne, und die Außenwelt beurteilt danach die Partei.“ (MEW 34, S. 130) Ähnlich formulierte es Marx an seinem 57. Geburtstag (5. Mai 1875) in einem Brief an Wilhelm Bracke: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme. (!) Konnte man also nicht - und die Zeitumstände ließen das nicht zu - über das Eisenacher Programm (von 1869 - E. K.) hinausgehen, so hätte man einfach eine Übereinkunft für Aktionen gegen den gemeinsamen Feind abschließen sollen. Macht man aber Prinzipienprogramme (statt dies bis zur Zeit aufzuschieben, wo dergleichen durch längere gemeinsame Tätigkeit vorbereitet war), so errichtet man vor aller Welt Marksteine, an denen sie die Höhe

der Parteibewegung mißt.“ (MEW 34, S. 137/138)

Das Lebenswerk der beiden Begründer der neuen Weltanschauung war sowohl die wissenschaftliche Ausarbeitung vor allem grundlegender philosophischer, ökonomischer, politischer und historischer Erkenntnisse der Theorie, die die Massen ergreifen sollte, als auch die praktische Organisation politischer Bewegungen der Arbeiterklasse (Bund der Kommunisten, I. und II. Internationale 1864 und 1889; konkrete Hilfe für zahlreiche Arbeiterparteien etwa ab 1878).

Ihr theoretisches Erbe ist nur umfassend nutzbar in Verbindung mit den praktischen Anstrengungen für die Befreiung der Arbeit und der Arbeiterklasse als Voraussetzung für die Emanzipation der Menschheit. Daß die Anwendung dieses Erbes in den einzelnen Ländern und zu verschiedenen Zeitpunkten zu sehr unterschiedlichen praktischen Ergebnissen führen kann, ist eine Binsenweisheit, wie etwa jedes nach einem Kochbuch zubereitete Gericht in Abhängigkeit von den vorhandenen Zutaten, den Kenntnissen, dem Geschick und den Erfahrungen bei jedem Koch eine besondere Note hat.

Schon während der Herrschaft der Pariser Commune erinnerte Marx am 17. April 1871 daran: „Die Weltgeschichte wäre allerdings sehr bequem zu machen, wenn der Kampf nur unter der Bedingung unfehlbar günstiger Chancen aufgenommen würde. Sie wäre andererseits sehr mystischer Natur, wenn 'Zufälligkeiten' keine Rolle spielten. Diese Zufälligkeiten fallen natürlich selbst in den allgemeinen Gang der Entwicklung und werden durch andre Zufälligkeiten wieder kompensiert. Aber Beschleunigung und Verzögerung sind sehr von solchen 'Zufälligkeiten' abhängig - unter denen auch der 'Zufall' des Charakters der Leute, die zuerst an der Spitze der Bewegung stehn, figuriert.“ (MEW 33, S. 209)

1894 trat in Petersburg ein 24jähriger Russe mit der Schrift „Was sind die 'Volksfreunde' und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?“ an die Öffentlichkeit. Sie wies ihn als einen der gründlichsten Kenner und schöpferischsten Anwender der Schriften von Marx und Engels auf die Lage in seinem Lande aus.

Dieser gebildete Mann organisierte aber zugleich praktisch die russische Sozialdemokratie neu, den veränderten Bedingungen entsprechend. Angesichts der neuartigen Verflechtung der Industrie, des Grundbesitzes und der Banken mit dem bürgerlichen Staat reichte der im 19. Jahrhundert übliche Typ der Arbeiterpartei nicht mehr aus. Ein neuer Typ, d. h. eine Art der Arbeiterpartei, die den nunmehr entstandenen Bedingungen des Imperialismus, der neuen Lage im Kräfteverhältnis der grundlegenden

Klassen entsprach, war nötig. Dieses Problem beschäftigte ihn z. B. 1902 in seinem Buch „Was tun?“

Wladimir Iljitsch Lenin - jeder Leser weiß, daß von ihm die Rede ist - hat außer einem enormen literarischen Erbe, das wenigstens so weit verbreitet ist wie die Bibel, vor allem eine Leistung in der Weltgeschichte hinterlassen: Er hat seine Mitstreiter in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki) und über sie die ausgebeuteten Massen zu einer einzigartigen Tat geführt, die auch als das „Russische Wunder“ bestaunt worden ist: Zu dem praktischen Beweis der Richtigkeit der von Marx und Engels begründeten neuen Weltanschauung. Ist es verwunderlich, daß gerade Lenin den Angriffen der Kapitalistenklasse und all ihrer bezahlten oder abhängigen Helfer ausgesetzt war und ist? Er und eine Reihe nachfolgender Generationen der UdSSR haben maßgeblich den Inhalt der Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts dadurch geprägt, daß sie - und zwar unter denkbar ungünstigsten Bedingungen - die Realisierbarkeit der sozialistischen Gesellschaft praktisch bewiesen. Wer hat noch eine solche Leistung aufzuweisen? Der tatsächliche (also nicht nur gedachte, geträumte) Übergang zu einem neuen, von kapitalistischer Ausbeutung befreiten Zivilisationstyp erfordert neben solchen persönlichen Eigenschaften wie Bescheidenheit, Fleiß und Aufopferung für andere auch gründliche Bildung und praktisches Organisationsvermögen. Das alles traf auf Lenin zu.

Seit 1989/1991 werden gegen Lenins wissenschaftliche und praktische Leistung kritische Stimmen von Vertretern einiger Arbeiterparteien ins Feld geführt. Es ist dabei auffallend, daß es sich meistens um Personen handelt, die in ihrem Lande nicht die praktische Erkämpfung auch nur einer Grundforderung der revolutionären Arbeiterbewegung aufzuweisen haben. Wie überzeugend wären doch solche Kritiken, könnten sie mit besseren praktischen Ergebnissen und selbst gesammelten Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus bekräftigt werden!

Übrigens: Wenn ich mich nicht täusche, sind viele Angriffe auf den „Stalinismus“ dem Wesen nach auch Angriffe auf den Leninismus und alle praktischen Schritte, die bisher irgendwo in Richtung klassenlose Gesellschaft gegangen worden sind oder gegangen werden. (Rußland hat sich von einem reaktionären und rückständigen Staat zu einem Weltfrieden stiftenden und seiner Bevölkerung sichtbar bessere Lebensbedingungen ermöglichenden sozialistischen Land von 1924 bis 1953 entwickelt - zu Stalins Lebzeiten.) Man möge das nachprüfen.

Eike Kopf

Zur Parteitheorie: Kontinuität oder Bruch?

Fragen der Parteitheorie werden seit der Gründung des Bundes der Kommunisten (1847) kontrovers diskutiert. Es ist kein Wunder, daß der Streit um die Partei nach der Niederlage des europäischen Sozialismus neu entbrannt ist. Dabei nehmen die Beziehungen zwischen der Parteitheorie von Marx/Engels und der von Lenin eine Schlüsselstellung ein. Anfang der 60er Jahre meinte der nicht unbekannt antikomunistische Publizist Hermann Weber, daß der „tiefste Bruch zwischen Leninismus und ursprünglichem Marxismus“ in der Leninschen Parteitheorie zu finden sei. Die Partei habe für Marx und Engels „nur untergeordnete Bedeutung“ besessen, sie hätten in ihr lediglich ein „Propagandainstrument zur Verbreitung sozialistischer Ideen“ gesehen.

Nun hat Engels zweimal (März 1884/Oktober 1885) in geschichtlichem Rückblick auf den Bund der Kommunisten diesen als „Propagandagesellschaft“ bezeichnet. (MEW 21/16 u. 215) Das war er sicher auch, genauso wie die Bolschewiki eine „Propagandagesellschaft“ darstellten. Aber weder Marx noch Engels ist jemals eingefallen, den Bund der Kommunisten oder die spätere deutsche Sozialdemokratie auf ihre propagandistische Funktion zu reduzieren, wie es auch Lenin nicht tat. Unter sich stets verändernden gesellschaftlichen Bedingungen haben Marx/Engels von der Gründung des Bundes der Kommunisten bis zu ihrem Tode (1883/1895) die Partei als Kampforganisation der Arbeiterklasse verstanden: zur Eroberung der politischen Macht, der Errichtung der Diktatur des Proletariats als politischer Voraussetzung für die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, für den Übergang zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft. Es waren dies die gleichen Ziele wie die der Bolschewiki.

Die Partei hatte bei Marx, Engels und Lenin die Aufgabe, die spontane Arbeiterbewegung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus zu verbinden. Sie sollte eine gegenüber allen bürgerlichen Parteien selbständige Klassenpartei sein, deren proletarischer und internationalistischer Charakter bei wechselnden Verhältnissen unter allen Umständen zu behaupten war; mögliche Variationen in Einzelheiten hingen von nationalen Besonderheiten ab.

Marx, Engels und Lenin wandten sich gegen jedweden Opportunismus innerhalb der Partei. Besonders nach der Niederschlagung der Pariser Commune durch die Konterrevolution unterstrichen Marx/En-

gels die schon früher erhobene Forderung, daß die Eroberung der politischen Macht zur „großen Pflicht“ des Proletariats gehöre. (MEW 18/149) Nach Verhängung des von Bismarck initiierten „Sozialistengesetzes“ durch die bürgerlich-junkerliche Mehrheit des Reichstages (1878) führten Marx/Engels einen unversöhnlichen Kampf gegen die Zersetzung der Partei durch das Verbreiten bürgerlicher Ideologie, wie es Bernstein, Schramm und Höchberg - das sogenannte „Züricher Dreigestirn“ - praktizierten, die sich zu Zensoren der revolutionären Zeitung „Der Sozialdemokrat“ ernannt hatten, um sie in ein reformistisches Blatt zu verwandeln.

Die Parteitheorie von Marx, Engels und Lenin erstreckte sich sowohl auf die Tätigkeit unter legalen als auch unter illegalen Bedingungen. (MEW 7/248, 8/398 f., LW 5/468 ff.) Engels verwies in späteren Schriften darauf, daß unter bestimmten Verhältnissen strengste Konspiration notwendig sei, die in legalen Situationen als überflüssig, ja schädlich entfallende. (MEW 8/398 f.) Auch darin unterschied sich die Parteitheorie von Marx/Engels nicht von der Lenins. (LW 5/496, LW 6/237)

Desgleichen bestand Übereinstimmung zu Fragen der Mitgliedschaft. Angehörige nichtproletarischer Schichten, insbesondere Akademiker, sollten nur dann Mitglieder der Partei werden können, wenn sie sich die proletarische Anschauungsweise aneigneten und die Parteidisziplin einhielten. Dies galt besonders für die Übernahme von Parteifunktionen. (MEW 19/164 f., LW 7/265-267) Für Marx, Engels und Lenin stand außer Frage, daß die Partei die Rolle der Avantgarde im proletarischen Klassenkampf einnehmen müsse, wobei klar war, daß ihr diese nicht einfach zufiel.

In der Leninschen Parteitheorie gab es natürlich auch neue Akzente, bedingt durch veränderte Kampfbedingungen unter dem Imperialismus. Im 19. Jahrhundert bestand die Aufgabe der Partei in der Vorbereitung der Arbeiterklasse auf die proletarische Revolution. Der Konzentrationsprozeß von Kapital und Produktion, deren zunehmende Internationalisierung und die sich aus dem Konkurrenzkampf der Monopole gesetzlich ergebenden Kriegskatastrophen setzten sie auf die Tagesordnung der Geschichte. Die Organisationsfrage nahm daher bei Lenin einen höheren Stellenwert ein als bei Marx/Engels. Bei letzteren ging es im Kampf gegen den Opportunismus um die Durchsetzung des wissenschaftlichen Sozialismus in der Arbeiterbewegung. Lenin mußte den Marxismus gegen die An-

griffe der Revisionisten verteidigen.

Zwischen Imperialismus und Revisionismus besteht ein gesetzmäßiger Zusammenhang. Durch massenhafte Ruinierung kleinbürgerlicher Existenzen, speziell „freier“ Berufe, strömten in großer Zahl nichtproletarische Kräfte, vor allem Intellektuelle, mit ihren bürgerlichen Vorurteilen in die Partei. Damit entstand eine objektive Basis für das Eindringen revisionistischer Auffassungen. Auch Erfolge der Sozialdemokratie bei Wahlen erzeugten die Illusion, auf parlamentarischem Wege friedlich in den Sozialismus hineinmarschieren zu können.

Wenn Engels noch 1894 in einem Brief die Auffassung äußerte, daß die Partei gesund genug sei, um solche kleinbürgerlichen Strömungen zu verkraften (MEW 39/367 f.), dann sah Lenin die Gefahren des Revisionismus um so deutlicher. Engels hat die Zerstörung der II. Internationale durch die Bernsteins, das sozialchauvinistische Verhalten der Sozialdemokratie im 1. Weltkrieg, den Klassenverrat der Ebert, Scheidemann, Noske in der deutschen Novemberrevolution nicht mehr erlebt. Aber aus diesen Sachverhalten ergab sich die Schärfe in der Leninschen Argumentation gegen die Revisionisten. Der Sieg der Bolschewiki in der Oktoberrevolution sowie im Bürger- und Interventionskrieg über die innere und äußere Konterrevolution war nicht zuletzt auf den Kampf Lenins und auch Stalins gegen den Revisionismus zurückzuführen.

Die Leninsche Parteitheorie ist dabei nicht bloße Kontinuität der diesbezüglichen Auffassungen von Marx/Engels, sondern deren Weiterentwicklung unter den Kampfbedingungen des Imperialismus. Sie wurde in der weltgeschichtlichen Praxis verifiziert. Ihre Aufgabe hat zur Zerstörung des sozialistischen Weltsystems geführt. Die marxistisch-leninistische Parteitheorie besitzt auch für die bevorstehenden Klassenkämpfe des 21. Jahrhunderts universelle Bedeutung.

Ulrich Huar

Leseempfehlung:

Marx/Engels, Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u. a., in: MEW Bd. 19, S. 159-166.

Lenin, Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, in: LW Bd. 7, S. 250-276.



Reporterskizzen (21)

Das spanische Rätsel

Da war zunächst die Episode mit den Malediven. Sie waren der großen Anerkennungswelle der 70er Jahre wacker vorausgeschwommen und hatten plötzlich - wie einstmals Sansibar - diplomatische Beziehungen zur DDR aufgenommen. Von uns wurde das als ein entscheidender Durchbruch gefeiert. Das ND stellte den winzigen Archipel wie eine Großmacht vor. Überall in der Republik wälzte man Atlanten und Nachschlagewerke. Bald kamen die ersten Witze auf. Einer war sehr pointiert: Vor dem Staatsratsgebäude steht zwei Tage hintereinander derselbe Wachsoldat. Von morgens bis abends, ohne Pause. Dem Genossen Ulbricht fällt das auf. Er fragt den Posten: „Ich sehe immer nur Sie. Gibt es in Ihrer Einheit nur einen einzigen Soldaten?“ „Ich stehe Strafe, Genosse Vorsitzender!“ „So, so - Strafe. Wofür stehen Sie denn Strafe?“ „Ich habe nicht gewußt, wo die Malediven sind...“ „Das ist nicht gut, Genosse. Ein Soldat muß in seinem Spind Ordnung halten!“

Als sich abzeichnete, daß die Vertreter zahlreicher Staaten der Welt bald in der DDR-Hauptstadt Schlange stehen würden, beschloß die Chefredaktion des ND einen „Maßnahmenplan“. Während er die völlige Gleichbehandlung von kleinen und großen Ländern vorsah, war er zugleich nicht frei von Übertreibungen. Jedem Staat, der mit der DDR die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbarte, stand im Zentralorgan etwa eine halbe Seite zu: Zahlen und Fakten über Land und Leute, ein Wohlwollen atmender Artikel sowie ein Porträt des jeweiligen Staatsoberhauptes. Die Autoren der Würdigungsbeiträge wurden namentlich festgelegt.

In den Mappen häuften sich schon bald die Materialien. Wir waren für alle Eventualitäten gerüstet. Unsere Höflichkeit kannte keine Grenzen. Als Großbritannien an der Reihe war, machten wir einen artigen Hofknicks und brachten ein Krönungsbild der jungen Queen. Manche Staatschefs bereiteten uns besonderes Unbehagen: Suharto, der Schah Irans u.a.. Dann kam eines Tages der Paukenschlag: Franco-Spanien trage sich mit dem Gedanken, die DDR als erstes sozialistisches Land diplomatisch anzuerkennen, verlautete aus Madrid. Wir würden dabei im Interesse aller Staaten des Warschauer Vertrages eine „Vorreiterrolle“ übernehmen, erklärte uns Joachim Herrmann, damals noch Chefredakteur des ND. Dem Plan zufolge hatte ich den Spanienbeitrag zu schreiben. Ich recherchierte gründlich, studierte die im Archiv gesammelten Berichte, Analysen und Nachrichten. In der ursprünglichen Fassung des Artikels, der dann unter der sinnentleerten Überschrift „Spanien - südeuropäischer Staat zwischen zwei Meeren“ erschien, waren die Dinge klar benannt. Dort wurde vom Kampf des spanischen Volkes und der Interbrigaden gegen Hitler und Mussolini, die den Truppen

General Francos zu Hilfe geeilt waren, gesprochen. Auch der mehr als 3 000 dabei gefallenen deutschen Antifaschisten wurde gedacht. Nach dem Zweiten Weltkrieg seien in Spanien USA- Luftwaffenbasen errichtet worden, hieß es im Original.

Am Tag der Insatzgabe des Artikels wurden Werner Otto, damals Leiter der Abteilung Außenpolitik, und ich als Verantwortlicher der Sektion Kapitalistische Länder zu Joachim Herrmann gerufen. Beim Lesen meines Manuskripts erblaßte er vor Zorn. Selbst die vorsichtige Andeutung der finsternen Rolle Francos sei in einem solchen Augenblick völlig unangebracht. Er habe ausdrücklich gesagt, daß ganze oder halbe Angriffe zu unterbleiben hätten. „Wir sind der Vorreiter...“, steigerte er sich in eine seiner Wortkanonaden hinein. Mit schwarzem Filzstift strich der Chefredakteur meine kritischen Passagen und Vokabeln aus dem Text. „Jetzt wird alles noch mal sauber abgeschrieben, dann geht der Beitrag zum Generalsekretär“, ordnete Herrmann an. Ich widersprach und bat darum, das Material mitsamt der Streichungen Genossen Honecker zuzuleiten. Vergebens.

Am mittleren Nachmittag wurden wir wieder zu Joachim Herrmann in die zweite Etage gerufen. Die Auskunft, die wir jetzt erhielten, war eindeutig: Der „Chef“ halte meinen Beitrag für äußerst bedenklich. Gegen 18 Uhr sende ADN ein durch Hermann Axen „abgesegneten“ Text, der auch für uns infrage komme. „Steiniger soll von dort das nehmen, was in seinem Artikel fehlt“, wurde mir aus dem Großen Haus übermittelt. Gespannt warteten wir darauf, was der Fernschreiber ausspucken würde. Axens Text war in den entsprechenden Abschnitten mit dem bei mir Gestrichenen identisch. Weder die Komplizenschaft von Franco mit Hitler und Mussolini noch der Kampf der Interbrigaden fehlten. Wir legten die Fassung „Achim“ auf den Tisch. Wieder stieg Wut in ihm auf. Er rief Axen an. „Ist das wirklich der Wortlaut, dem Du zugestimmt hast?“, fragte er knapp. Das wurde ihm bestätigt. „Gut“, sagte der Chefredakteur ärgerlich, „dann schreibt Ihr eben den Rest noch rein!“ Wir schnitten die in Betracht kommenden Sätze sorgfältig aus und klebten sie dazwischen. Nun gefiel auch uns das Manuskript. Als wir es Joachim Herrmann abermals vorlegten, erklärte uns dieser mit Triumphatormiene: „Kommando zurück! Genosse Honecker ist jetzt doch dafür, den Artikel so zu bringen, wie er ihn von uns zuerst erhalten hatte. Axen muß sein Material zurückziehen.“ (Tatsächlich sperrte ADN seinen Bericht für wenige Minuten und gab ihn danach fast unverändert wieder frei.)

„Unter diesen Umständen bitte ich, meinen Namen zu streichen“, forderte ich nun. Ohne Erfolg. Ich resignierte schließlich. Ein Mangel an Konsequenz, den ich mir selbst nie

verziehen habe.

Am nächsten Morgen brachte fast die gesamte DDR-Presse Axens Text. Er stellte einen würdigen Kontrast zur zahnlosen ND-Veröffentlichung mit Francos Konterfei dar. Und während sich die Telefone in der Redaktion heißbliefen, weil Anrufer aus der ganzen Republik ihrer Empörung Ausdruck verleihen wollten, trat im ND-Gebäude unsere SED-Abteilungsparteiorganisation zu einer außerordentlichen Versammlung mit dem Chefredakteur zusammen. Wir hatten ihre Einberufung durchgesetzt. Die Stimmung war geladen. Joachim Herrmann, der zuerst sprach, erklärte nicht, wie er zu später Stunde Erich Honecker umgestimmt hatte, einem durch ihn abgelehnten Beitrag am Ende doch noch sein Placet zu geben. Wiederum verwies er auf die vermeintliche Vorreiterrolle. Ich sprach als Zweiter. „Was hier stattfindet, ist reiner Anerkennungsoportunismus“, sagte ich scharf. Auch Claus Dümde und andere gingen in dieselbe Spur. Nach mehreren Stunden mußte die Versammlung vertagt werden. Bei ihrer Fortsetzung schickte der in die Isolierung geratene Chefredakteur einen seiner Stellvertreter. Bald darauf verlautete aus Kreisen des Politbüros, die Anerkennungsartikel seien generell „abgeschafft“. Wer so spät komme, verdiene eine solche Würdigung nicht. Die Nachricht erreichte das ND am Vorabend der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und dem Griechenland der Schwarzen Obristen.

Natürlich bin ich als Unterzeichner wider Willen für den unsäglichen Spanien-Artikel nicht wenig geprügelt worden. Am Tag seines Erscheinens sprach ich im Marx-Engels-Auditorium der Berliner Humboldt-Universität vor 800 Studenten über politische Entwicklungen in den USA. Als die Diskussion eröffnet wurde, fragte mich der erste Redner, wie ich es als Berichterstatter vom Angela-Davis-Prozeß mit meinem Gewissen vereinbaren könne, einen solchen Beitrag geschrieben zu haben. Und aus den Bergen von Post entrüsteter Leser ragte eine Karte mit dem Foto des Spanienkämpferdenkmals im Friedrichshain heraus, auf der mir empfohlen wurde: „Lesen Sie Pablo Nerudas ‘So werden Ermordete geschändet!’“ Das Gefühl der Solidarität war in den DDR-Bürgern tief verwurzelt!

In der spanischen Metropole bin ich zu Francos Zeiten des öfteren mit DDR-Botschafter Peter Lorf zusammengetroffen. Er war in seiner Lage kaum zu beneiden. Wie mir ein Kenner der Verhältnisse verriet, hatte sich die KP Spaniens sofort nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Berlin und Madrid an die kommunistischen Parteien aller anderen Staaten des Warschauer Vertrages gewandt und sie dringend gebeten, von ähnlichen Schritten Abstand zu nehmen. So blieb die DDR auf einsamem Posten. Nicht lange. Sie nutzte das weltweite Entsetzen über die Hinrichtung von vier baskischen Antifaschisten mit dem mittelalterlichen Würgeeisen Garotte, um die Beziehungen schnellstmöglich einzufrieren und ihr diplomatisches Personal abzuziehen, bis das Franco-Regime überwunden war.

Klaus Steiniger

Am Rande bemerkt

□ In Georgi Dimitroffs „Der Imperialismus auf dem Balkan“ (1929) findet sich ein Hinweis zu den Hintergründen des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien: „Die Generallinie besteht in der Unterordnung des Balkans unter die Interessen und Ziele des Imperialismus, in der Hemmung seiner selbständigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, in der Verhinderung der Vereinigung der Balkanvölker zu einer wirtschaftlichen und politischen Gemeinschaft, in der Aufrechterhaltung der halbkolonialen und kolonialen Lage des Balkans durch militärische und finanzielle Kontrolle, durch versklavende Anleihen und durch die Eroberung der entscheidenden wirtschaftlichen Knotenpunkte auf dem Balkan.“

□ Vor zwanzig Jahren, am 24. 2. 1980, starb der am 17. 2. 1902 in Wilna (Vilnius) geborene Filmautor und Publizist **Michael Tschesno-Hell**. Tschesno-Hell stammt aus einer bürgerlichen Familie, von der er sich in jungen Jahren trennte, seit 1922 Mitglied der KPD, Werkstudent und Mitarbeiter der kommunistischen Presse, dann in den verschiedensten Berufstätigkeiten (Lektor, Übersetzer, Transportarbeiter, Journalist, Drehler, Landarbeiter), während der Emigration setzte er den Kampf gegen den Faschismus fort und arbeitete in der legalen und illegalen antifaschistischen Presse mit, nach der Rückkehr nach Deutschland setzt sich Tschesno-Hell für den Aufbau einer demokratischen und sozialistischen deutschen Kultur ein, er gründete u. a. in Berlin 1947 den Verlag Volk und Welt, den er einige Jahre leitete, wurde mehrfach mit dem Nationalpreis ausgezeichnet, 1969 Mitglied der AdK. Tschesno-Hells größte und bis heute fortwirkende Leistung liegt vor allem auf dem Gebiet des politisch engagierten Films. Das zusammen mit Bredel verfaßte zweiteilige literarische Filmszenarium „**Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse**“ (1953/1954) und „**Ernst Thälmann – Führer seiner Klasse**“ war ein bedeutender Beitrag zur Entwicklung des revolutionären historischen Films in der DDR, das ein eindrucksvolles Bild vom Leben und Wirken des Führers der KPD in der Weimarer Republik und das Beispiel eines proletarischen Klassenkämpfers vermittelte. Mit der satirischen Filmkomödie „**Der Hauptmann von Köln**“ (1956, zusammen mit H. Keisch und S. Dudow) zielte Tschesno-Hell auf Entlarfung des westdeutschen Militarismus. Den Kampf der deutschen Arbeiterklasse hat er an wichtigen Episoden aus dem Leben Karl Liebknechts in den Filmen „**Solange Leben in mir ist**“ (1965) und „**Trotz alledem!**“ (1972) beeindruckend gestaltet. Horst Knetzsch schrieb anlässlich der Uraufführung von „Trotz alledem!“ am 15. Januar 1972 im ND, es „strömt aus diesem Werk die reinigende Wirkung der optimistischen Tragödie“. Gegenstand des zweiteiligen Fernsehfilms „Die Mutter und das Schweigen“ (1965 zusammen mit Ursula Tschesno-Hell) ist der heldenhafte antifaschistische Widerstandskampf einer deutschen Arbeiterfrau. Die Filmerzählung „Der Maler mit dem Stern“ (1969) stellt das kämpferische Leben des 1945 von den Faschisten hingerichteten Malers Alfred Frank dar – 1971 erschien im Henschel-Verlag von Ursula und Michael Tschesno-Hell das Buch nach dem Fernsehfilm mit dem vorangestellten Motto von Victor Hugo: „Nur wer kämpft, zählt zu den Lebenden.“

In der Grußadresse des Zentralkomitees zu Tschesno-Hells 70. Geburtstag hieß es: „Parteilichkeit und Volksverbundenheit, Liebe und Freundschaft zur Sowjetunion, unversöhnlicher Haß gegenüber den Feinden der Arbeiterklasse kennzeichnen Deine politische und künstlerische Arbeit.

Deine reichen Erfahrungen ermöglichten Dir, die Geschichte und die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse, ihrer Partei und ihrer hervorragenden Führer Karl Liebknecht und Ernst

Thälmann in bedeutenden Filmen überzeugend zu gestalten.“

Weitere Werke u. a.: Rußland antwortet (1949), Mit deutschen Augen gesehen (1952, eine Anthologie von Sowjetunion-Reportagen u. a. von Anna Seghers, A. Thomdike, St. Hermlin und H. Zinner), Neue deutsche Lyrik (1952, Hg.), Neue deutsche Erzähler (1952, Hg.), Das neue Profil (1953, sowjetische Reportagen über „die Großbauten des Kommunismus“), Eine Ziffer über dem Herzen (1957).

□ „An der ersten internationalen Zusammenkunft der sozialistischen Frauen im August 1907 nahmen 56 Delegierte aus vierzehn Ländern teil: aus Deutschland, Rußland, Italien, Frankreich, Holland, Belgien, Schweden, Norwegen, Ungarn, der Schweiz, den USA, England, Böhmen und Finnland. Sie wählten Clara Zetkin als internationale Sekretärin. 1910 wurde auf einer weiteren Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen beschlossen, alljährlich einen **internationalen Frauentag** zu begehen. Zunächst sollte dieser Tag im März eines jeden Jahres der Demonstration für das Frauenwahlrecht dienen, aber er wurde bald darüber hinaus der große Kampftag der Frauen für Gleichberechtigung, Frieden und Sozialismus, der er heute noch ist. Ob eine einzige der Sozialistinnen auf der Kopenhagener Konferenz ahnte, daß dieser Beschluß nach Jahren Millionen Frauen der ganzen Welt vereinen würde? Im März des Jahres 1911 beging schon eine Million Frauen und Männer in Dänemark, Deutschland, Österreich und der Schweiz den Internationalen Frauentag mit machtvollen Versammlungen. Massenhaft strömten jetzt in allen kapitalistischen Ländern Frauen der Arbeiterbewegung zu. In Deutschland stieg die Zahl der weiblichen Parteimitglieder in der Zeit von 1908 bis 1914 von rund 62 000 auf 167 000.“ (Aus: M. Allendorf, Die Frau im Sozialismus, Leipzig 1975)

□ Clara Zetkin schrieb im März 1915 anlässlich des fünften internationalen Frauentags in der „Gleichheit“:

„Was ist der tiefste Gehalt des internationalen sozialistischen Frauentages? Ein Aufschrei der erwachten und erwachenden Frauen des arbeitenden Volkes nach der Freiheit, ungefesselt durch äußere Umstände ihr Menschen- und Weibtum in Harmonie entfalten zu können und für die Allgemeinheit zur tätigen, bereichernden Kraft werden zu lassen. Daher die Forderung gleichen, vollen politischen Rechtes als eines Mittels unter anderen Mitteln zum Zweck. Darum das andere Verlangen, das soviel weiter faßt und höher trägt als diese Forderung: das inbrünstige Verlangen nach der sozialistischen Ordnung, die allein das freie Menschentum für Weib wie Mann verbürgt. In der Rechtsforderung und dem hehren Ziel, dem sie dienen soll, finden sich die arbeitenden, die sozialistischen Frauen der ganzen Welt zusammen. Von dem Bewußtsein beseelt, in diesem Zeichen kämpfend zu siegen, nehmen sie etwas von dem Reiche voraus, das nicht von dieser kapitalistischen Welt ist: vom zukünftigen Reiche der Völkervereinigung und Menschheitsverbrüderung ... Der Gedanke, die Sehnsucht ist frei, und die Tat kann frei werden, wenn ein Wille da ist ...

Es ist ein Trost und eine Hoffnung, daß in dem rasenden Ungewitter des Krieges der schüchterne Schimmer des Frauentages die Arbeitenden und Rechtlosen international geeint zeigt. Mahnt er uns nicht daran, daß dieses Ungewitter gewesen ist, sobald die Völker wollen? Mit dem schüchternen Schimmer des Frauentages grüßt uns eine andere, höhere Welt, das große sozialistische Friedensreich, das allein als Werk der gesammelten Kraft der Proletarier aller Länder erstehen kann und in dem unsere Träume von Menschenrecht und Menschenerhebung wandelnd gehen.“

W. M.

Briefe an „RotFuchs“



An die Spitze der Leserbrieftribüne stellen wir diesmal ein Schreiben, das uns mit der Bitte um Veröffentlichung übergeben wurde:

An den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Eberhard Diepgen

Werter Herr Diepgen,

ich bin mir nicht sicher, ob die Entscheidung, Herrn Krenz unter fadenscheinigen Gründen von Hakenfelde nach Plötzensee zu verlegen, mit Ihrer Amtshoheit geschehen ist. Wenn nicht, dann bitte ich Sie, diesen Vorgang überprüfen zu lassen. Daß eine solche Verlegung für einen Antifaschisten einer grausamen Erniedrigung gleichkommt, bedarf keiner allzu großen Geschichtskennntnis. Vielleicht ist sie auch gewollt. Es muß Ihnen aber deutlich gesagt werden, daß solche Entscheidungen vielen gestandenen DDR-Bürgern den Weg zur inneren Einheit ungeheuer erschweren. Angesichts der kriminellen Vorgänge in einer ehemaligen Regierungspartei und bei ehemaligen Regierungsmitgliedern kam die Feststellung von Egon Krenz, er sei kein Krimineller, sondern ein politischer Häftling, nur auf Sympathie stoßen. Als Jurist weiß ich, daß Recht und Moral nicht identisch sind. Aber es war nicht anzunehmen, daß der Abstand im Rechtsstaat so groß wird. Sie sollten in Ihrer verantwortlichen Funktion mit dafür sorgen, daß er nicht noch größer wird.

Hochachtungsvoll

Dr. Martin Dressel

Als Häftling 7 133 des faschistischen Frauenzuchthauses Waldheim/Sachsen protestiere ich schärfstens gegen die Repressalien, die gegen den Häftling Egon Krenz - das letzte Staatsoberhaupt der DDR - verhängt worden sind. Es ist sehr aufschlußreich, daß jene Leute, die früher immer behaupteten, in der Sowjetunion würden politische Gefangene grundsätzlich in psychiatrische Anstalten gesteckt, jetzt nach dem Psychiater rufen, um Krenz zu demütigen. Die Justiz soll Farbe bekennen, was sie vorhat.

Gretel Neumann, Dresden

Egal, was noch kommt, ganz gleich, wie's uns geht: in unserem Herzen lebt die Solidarität!

Als Kind schon hab' vom Vater ich erfahren - er war im KZ in seinen besten Jahren - daß er im Herzen nie einsam war, Gleichgesinnte waren da.

In zehn Jahren finsterner Nacht, haben sie an ihm gedacht, Das hat ihm geholfen zu überleben und mir mit auf den Weg zu geben: egal, was noch kommt, ganz gleich, wie's dir geht: vergiß sie nie, die Solidarität.

Monika Kauf, Berlin

Liebe Genossen! Schönen Dank für Euren „RotFuchs“, den ich sofort begierig durchgelesen habe, weil alles frisch und frei geschrieben ist. Der Jacobiner Robespierre hat mal seinen Pariser Bürgern zugerufen: „Franzosen, wollt ihr eine Revolution ohne Revolutionäre?“ - Auf uns bezogen: Wollt ihr Sozialismus ohne Marx und ohne revolutionäre Sprache?

Freudig begrüßte ich im „RotFuchs“ Nr. 24 den Artikel „Der Geist von Clabocq“, denn ich lese ja regelmäßig die belgische „Solidaire“. (...) Wir dürfen uns von den Berufslügnern der Bourgeoisie nicht vom Pferde runterquasseln lassen und dann hinterherjammern, daß wir zu Fuß latschen müssen, während der uns geschickte Westimport davonreitet und über uns höhnt. Wir müssen als Kommunisten Ordnung im Gehirn schaffen: Ich kann nicht beides. „Entweder bürgerliche Ideologie oder proletarische Ideologie, ein Mittelding gibt es nicht“ (Lenin). Christus hat genau das selbe - nur in anderen Worten - gesagt: „Du kannst nicht

zwei Herren dienen: Gott und dem Mammon.“ Ich wünsche, daß all unsere Führer in der PDS diesen zweitausend Jahre alten Gedanken endlich begreifen.

Wenn ich heute oder morgen sterbe - bin 1909 geboren -, dann habe ich immerhin fast ein Jahrhundert erlebt. (...) Man spreche nicht von der hohen Weisheit des Alters. Greise können ganz schön doof sein. Ich erlebe es ja tagtäglich um mich herum. (...) Aber wir Alten haben die Erfahrung. Marxismus ist ein Kampf gegen die Dummheit. Dazu gehört viel Geduld und Wissen. Darum sind Schriften Eurer Art eine geistige Kostbarkeit. Ich wünsche Euch und uns Lesern viel Kraft im Kampf.

Ernst Diedrich, Warin

Lieber Genosse Klaus Steiniger, ich möchte mich bei allen Mitgestaltern und den zahlreichen Lesern des „RotFuchs“ für die vielen mir anlässlich meines Geburtstages übermittelten guten Wünsche herzlich bedanken. Das erfolgreiche Bemühen, den wissenschaftlichen Sozialismus zu propagieren und gegen Entstellungen zu verteidigen, fand und findet auch meine Unterstützung. Unsere wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus-Leninismus - bezogen auf die konkreten historischen Bedingungen - für alle Gesellschaftsbereiche lebendig und schöpferisch den Menschen nahezubringen, muß unser gemeinsames Anliegen sein. In diesem Sinne in solidarischer Verbundenheit meinen herzlichen Gruß

Heinz Kefler

Anbei schicke ich Euch den Betrag von 60 Mark für die regelmäßige Übersendung des „RotFuchs“. Auch in Österreich wird Eure Zeitung von vielen Kommunisten mit Interesse gelesen. Seit kurzem liegt sie in der Bibliothek der KPO/Oberösterreich im Zeitschriftenbereich aus und erfreut sich (natürlich nur bei den Marxisten) durchaus großer Beliebtheit. Nur weiter so!

Harald Grün, Linz

Auch wenn ich mich wiederhole: Die Herausgabe des „RotFuchs“ - zumal unter den obwaltenden Umständen - ist eine Klasseleistung, die höchste Anerkennung verdient. Bei jeder Ausgabe denke ich, besser geht es nicht mehr, um mich dann bei der nächsten korrigieren zu müssen.

Brüderliche Kampfgrüße Ernst-Otto Schwabe, Berlin

Herzlichen Dank für die Zusendung des „RotFuchs“ und vor allem für Eure wertvollen, präzise formulierten und klassenorientierten Beiträge, die in einer Situation des (infolge von Sieges euphorie) durchgedrehten Kapitalismus richtig guttun und ermutigend wirken.

Was den innerparteilichen Meinungsstreit betrifft, so lasse ich mir die Hoffnung nicht nehmen, daß dieser sachlich, kameradschaftlich und konstruktiv weitergeführt wird, ohne daß er die Geschlossenheit der Organisation gefährdet. Nimmt man an, daß alle Beteiligten an der Wahrheit interessiert sind, dann sollte die Fortsetzung der Diskussion zur Klärung der Meinungsverschiedenheiten niemanden stören. Mir scheint es unrealistisch zu sein, zu erwarten, daß angesichts jahrzehntelanger unterschiedlicher Kampferfahrungen nun in allen politisch-ideologischen Bereichen völlige Übereinstimmung bestehen sollte. Längerfristig ist das allerdings aufgrund der gemeinsamen Ideologie und Weltanschauung unabdingbar. Wir sollten nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame in den Mittelpunkt stellen. In diesem Sinne vorwärts in das 3. Erscheinungsjahr!

Ghassem Nilknaf, Hamburg

Herzlichsten Dank für den 24. „RotFuchs“. Von den vielen guten Artikeln hat mich besonders Gerhard Feldbauers „Bilanz und Ausblick“ bewegt. Einerseits, weil er zeigt, wie weit der Kreis der „RotFuchs“-Leser reicht, wie stark die Zustimmung zu dieser „kleinen“ Zeitung ist. Andererseits bedrückt mich die Tatsache, daß führende Genossen unserer Partei offenbar nicht begreifen wollen, wie groß das Bedürfnis ist, Probleme unserer Zeit vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus behandelt zu sehen. Was Lothar Geisler ab und zu von sich gibt, hat ja wohl mit unserer wissenschaftlichen Weltanschauung, aber auch mit programmatischen Dokumenten der DKP wenig zu tun. Offenbar genießen manche Genossen in der Partei Narrenfreiheit. Mit der notwendigen „proletarischen“ Disziplin in einer kommunistischen Partei läßt sich das nicht

vereinbaren. Da ich nicht annehme, daß sich die Führung unserer Partei ein Beispiel an der Entwicklung in der FKP nimmt, hoffe ich, daß sie in Vorbereitung des 15. Parteitag klar Positionen zum Marxismus-Leninismus bezieht und sich das auch in der UZ und ihrem Magazin widerspiegelt.

P.S. Seit einiger Zeit schicke ich den „RotFuchs“ an einen guten Freund und Genossen in Thüringen. Jetzt hat er mir geschrieben, auch die jüngste Ausgabe sei wieder hochinteressant gewesen. Z. Z. lesen sie auch seine Kumpels und sein Bruder. Obwohl er nicht zu den „Besserverdienenden“ gehört, hat R. W. seinem Brief 50 DM für den „RotFuchs“ beigelegt. Natürlich gehen auch die nächsten „RotFuchs“-ins „grüne“ oder -besser gesagt - zeitweilig schwarze Herz des verkolhten Deutschland.

Gerhard Müller, Neubrandenburg

Die DKP fordert ein „Anti-Korruptionsgesetz“. Potzblitz! Wir fordern ein Gesetz, das den Kapitalismus zwingt, nicht mehr kapitalistisch zu sein. Wie wäre es mit einer Verordnung, die den Regen zwingt, aufwärts zu fallen? Die Alkoholiker zwingt, nach Genuß einer Flasche Schnaps nüchtern zu bleiben?

Die Forderung nach einem „Anti-Korruptionsgesetz“ suggeriert, daß es in unserem System staatstragende Parteien geben könne, die nicht korrupt sind. (...) Das hat nun wenig mit unserer wissenschaftlichen Weltanschauung zu tun, wenig mit den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Und um die Lächerlichkeit abzurufen, fordert die DKP auch noch die Einrichtung eines „ständigen Kontrollausschusses aus integren Vertretern der Parteien“ (welcher? der korrupten?) und „der Kirchen“ - jener Institutionen also, die die blanke Heuchelei und Amoral verkörpern. Gewiß: Man muß die Menschen dort abholen, wo sie stehen. Mit dieser Gesetzesforderung aber holen wir sie nicht ab, sondern fordern sie auf, sich nicht von der Stelle zu rühren.

Apropos Parteienfinanzierung: Als die DKP 1995 gezwungen wurde, Anzahl, Namen und Anschriften sämtlicher Mitglieder und Spender jährlich dem Bundestag zu melden, hörte oder las ich kein Sterbenswörtchen eines Protestes von Parteivorstand, Sekretariat und unserem Parteikassierer. (...) Selbst im Licht des aktuellen Schmiergeldskandals wird nicht thematisiert, daß die Kommunistische Partei dem Klassenfeind brav die Anschriften aller Spender von 5 Mark mitteilt, sofern diese eine Quittung erhalten (über 1000 Mark auch ohne Quittung).

Sind wir nun auch „angekommen“? Hans Dölzer, Großsachsen

Ich bedanke mich für die prompte Zusendung der letzten beiden Ausgaben vom „RotFuchs“ und der drei CDs vom 1. und 2. Jahrgang. Jetzt habe ich eine Menge Stoff zum Lesen. Für Eure Mitgliederversammlung am 29. Januar wünsche ich Euch Erfolg. (...) Seid gewiß, daß sich unsere Partei solidarisch mit Euch verbunden fühlt. Es geht hier nicht um die DKP und auch nicht um die KPD, sondern um die gemeinsame Aufgabe im Klassenkampf gegen den starken und gut organisierten Klassenfeind Bourgeoisie. Dieser ist sich seines Sieges sicher, solange wir Kommunisten getrennt marschieren. (...)

Achim Churs, Hannover, Vorsitzender der KPD-LO Niedersachsen

Am 12. 1. fand die Berichtswahlversammlung der DKP-Gruppe Dessau in Vorbereitung des 15. Parteitages statt. In der Aussprache spielte natürlich unser „RotFuchs“ eine wichtige Rolle. Alle Genossen haben sich über den Inhalt der Zeitung lobend ausgesprochen. (...) Mir ist bekannt, daß die Nachfrage sehr groß ist. Wir haben mit unseren vier Exemplaren 16 „Stammleser“, dennoch können nicht alle Wünsche erfüllt werden. Wir bitten Euch zu prüfen, ob wir ab Februar ein fünftes Exemplar erhalten können.

Karl Hertel, Dessau

Im Rahmen einer in Hannover veranstalteten Gedenk- und Erinnerungsfeier für Ernst Busch fiel mir Eure Zeitung Nr. 24 in die Hand. Über die klaren und logischen Aussagen der Texte sowie deren aktuelle Auswahl war ich positiv überrascht. Sofort am nächsten Tag habe ich die meisten Artikel - nachdem ich den „RotFuchs“ noch in Hannover über einen Kopierer gezogen hatte - „zu mir genommen“. Und ich muß sagen, ich habe Appetit auf mehr bekommen.

Deshalb meine Frage: Könt Ihr unseren PDS-Kreisverband mit in Euren Verteiler aufnehmen? Zu fünf Exemplaren pro Ausgabe würden wir uns freuen. (...)

Jörg Stelling, PDS-Kreisvorstand Harburg-Land

Zunächst möchte ich mich für den hervorragenden Artikel des Genossen Siegfried Hähnel anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung des MfS bedanken. (...) Danke, daß auch das MfS seine Aufgabe, mit dafür zu sorgen, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen sollte, erfüllt hat. Die Abwehr im Innern der DDR, aber auch die Kundschafter an der unsichtbaren Front haben stets mit vollem Einsatz gearbeitet. Behalten wir die DDR im Herzen und schauen wir nach vorn: Vorwärts und nicht vergessen ...! Dem „RotFuchs“ wünsche ich weiterhin einen guten Spürsinn auf der roten Fahrt.

Dieter Popp, Bonn

Vielen Dank für die Übersendung Eurer hochinteressanten Zeitung. Sie regt an, hilft bei der kompromißlosen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie und der Aufarbeitung unserer eigenen Geschichte. Wenn Ihr wollt, könnt Ihr mich als Sympathisanten betrachten.

In vielen stimme ich also mit Euch überein, in manchem auch nicht. Insbesondere, wenn die kritische Auseinandersetzung mit der PDS in Unsachlichkeit ausartet. Das sollte nicht Euer journalistischer Stil sein. Sachlichkeit ist m. E. die einzig mögliche und fruchtbare Form des Umgangs linker Kräfte und Bewegungen gerade in der heutigen Zeit. Sonst driften sie weiter auseinander und bleiben ohne Kraft und Einfluß. (...) Soviel in aller Kürze von meinen ersten Eindrücken. Ich bin Euch verbunden und schätze Eure kämpferische Haltung. Anbei eine kleine Spende.

Dr. Wilhelm Schartau, Berlin

Wir wünschen dem „RotFuchs“ ein erfolgreiches drittes Jahr, dem Redakteur und den ständigen Mitarbeitern Gesundheit und auch weiter eine spitze Feder im Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit. Für den Erhalt und die weitere Verbreitung Eurer wertvollen Informationen übersenden wir eine Spende.

Ilse und Gerhard Geisler, Berlin

Von den Freunden der Zeitschrift „offensiv“ erhielt ich die umfangreiche Protokollbroschüre „Auferstanden aus Ruinen“ von der Tagung Ende November „50 Jahre DDR - Für Sozialismus und Frieden“. Eine derart konzentrierte Zusammenfassung von Darstellungen habe ich bisher noch nicht gesehen. Sie ist geradezu ein Argumentationshandbuch. Das Grußwort des „RotFuchs“ von Dr. Steiniger hat die Zielansprache und Notwendigkeit dieser Konferenz zusammengefaßt formuliert. Man kann den Veranstaltern nur herzlichst für ihre Mühe danken, die Konferenz gestartet und so erfolgreich gestaltet zu haben.

Gerhard Moest, Leipzig

Darf man über sich selbst schreiben? Schicklicher Weise macht man das natürlich nicht - aber da es der Anlaß wert ist, mache ich es ausnahmsweise doch mal. Also, auf der Konferenz von „offensiv“ im November hielt ich das Eingangsreferat zu dem Thema „Die DDR - höchste Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse oder das gute Deutschland“. Bei aller Zustimmung kam doch der eine oder andere zu mir und meinte, angesichts so mancher Mängel im Gesamtbild der DDR wäre das mit dem „guten Deutschland“ vielleicht doch ein bißchen zu pauschal positiv. Nun gut, das mag man so sehen.

In der FAZ vom 24. Januar lese ich nun in einer Rezension zu Veröffentlichungen französischer Journale zur „deutschen Frage“, viele dieser Zeitschriften hätten einst „eine deutliche Vorliebe für die DDR“ gezeigt! Und dann ist wörtlich sogar die Rede von „der Zuneigung vieler gar nicht linker Franzosen zum ‚guten‘ Deutschland DDR.“ Also, man ist auch international nicht allein, wenn man die DDR als das „gute Deutschland“ sieht.

Rolf Velay, Datteln

Durch das sehr interessante Buch „Auferstanden aus Ruinen“ der Zeitschrift „offensiv“ wurde ich einmal mehr auf Euren „RotFuchs“ aufmerksam, den ich beziehen und studieren möchte. Für mein umfangreiches Archiv ist mir auch an älteren Exemplaren gelegen. Als aktiver PDS-Mann arbeite ich ein bis zweimal monatlich im Archiv des

Berliner KL-Hauses, das im Aufbau begriffen ist. Mit beinahe 57 bin ich seit fast 40 Jahren in der Arbeiterbewegung organisiert. (...) Selbstverständlich interessieren mich auch andere Materialien Eurer DKP-Gruppe.

Wolfgang Kiegele, Braunschweig

Wir sind nunmehr glückliche Dauerbezieher des „RotFuchs“ und möchten Euch für die zuverlässige Zusendung Eurer Zeitung, auf die wir jeden Monat mit Spannung warten, unseren herzlichen Dank aussprechen. All jenen, die zum Ausdruck bringen, daß wir heute mehr denn je eine marxistisch-leninistische Orientierung benötigen, stimmen wir aus vollem Herzen zu. Deshalb möchten wir allen Autoren für ihre analytischen und informativen Beiträge unsere Anerkennung aussprechen. Sie sind uns eine große Hilfe für unsere Arbeit in der PDS. Anbei eine kleine Spende.

Dr. Marianne und Günther Blankenhagen, Berlin

Für die regelmäßige Zusendung Eurer Zeitung danke ich Euch. Die vielen zutreffenden Beiträge mit den wertvollen Hintergrundinformationen führen uns den Kapitalismus explizit vor Augen, so, wie wir ihn jeden Tag erleben. (...) In der immer mehr verrohenden Medienlandschaft wird die Orientierungslücke durch Gewalt gefüllt. Die steigende Zahl der Arbeitslosen treibt viele in die Kriminalität. Sie ist ein Spiegel der bedrückenden gesellschaftlichen Zustände. Diese machen den Boden unter unseren Füßen brüchig. Wäre da nicht ein Zusammenhalt aller Gleichgesinnten wichtig? Ich lege eine Spende bei.

Ruth Kolb, Berlin

Im „RotFuchs“ 1/2000 kam mir beim Lesen des Artikels von Norbert Paulig über die Rentenproblematik ein Gedanke. Seit der Zerschlagung des FDGB ärgere ich mich, wie sehr die BRD-Gewerkschaften immer mehr unter die Räder kommen, wie wenig prinzipiell, dafür aber praktikistisch die Veröffentlichungen hierzu in der UZ sind, ganz zu schweigen natürlich von den Gewerkschaftszeitungen selbst. (Ich bin immer noch ÖTV-Mitglied) Ich wünschte mir, daß endlich mal ein kommunistisches Organ einen grundsätzlichen Beitrag über Geschichte und Klassenauftrag, Behinderung und Unterminderung der Gewerkschaften bringt (ähnlich dem über die Renten). Ich denke, in Eurem Autorenkollektiv habt Ihr gewiß Menschen, die sich dieser Sache einmal annehmen könnten.

Ingeborg Böttcher, Altlandsberg

Hallo, Ihr „bissigen ‘RotFuchs-Genossen‘! Ich grüße Euch herzlich und bedanke mich für die regelmäßige Zusendung „unseres Zentralorgans“. Eure Zeitung ist uns unentbehrlich geworden. Wir warten mit Spannung auf jede neue und nächste Ausgabe. Mit einer Spende von 50 DM möchten wir einen kleinen Beitrag zu Eurer Arbeit leisten.

Klaus Weber, Schwedt

Zu den Thesen von Dietmar Keller muß ich als Kommunist und Mitglied des Landesvorstandes der PDS von Mecklenburg-Vorpommern erheblichen Widerspruch anmelden. Er richtet sich gegen ahistorische Bemerkungen zur Geschichte der KPD, betrifft Kellers Verständnis zu Erbe und Verpflichtung der PDS (z. B. in Bezug auf Brandt, Wehner und Lafontaine), den für mich nicht definierten Begriff „Antidiskriminierungspartei“, den „Klotz am Bein“, der sich aus der Tatsache der SED-Nachfolgepartei ergibt, die Diffamierung von KPD und DKP als „kommunistische Splitttergruppen“ usw. (...) Wenn Dr. Dietmar Keller die heutige Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft in der BRD so sieht, wie er es tut, dann ist er entweder sehr naiv oder schon den Idealen der Sozialdemokratie ohne Klassenkampf in Friede, Freude und Nichtwehtun sehr nahe. (...) Ich kann nur hoffen, daß sich nicht alle Mitglieder unserer Bundestagsfraktion von Dietmar Keller beraten lassen.

Konstantin Brandt, Pinnow

Von meinem Freund Karl-Heinz Effenberger erfuhr ich von der Existenz des „RotFuchs“. Bitte, schickt ihn mir zu! Anbei eine kleine Aufmerksamkeit.

Harald Weiß, Alt Meteln

Liebe „RotFüchse“, ich war früher nie parteipolitisch tätig. Am 1. Mai 1999 bin ich in die PDS eingetreten. Für mich

gab's keinen anderen Weg, bedingt durch NATO, Jugoslawien und Rosa-Grün. Ich engagierte mich im Europa-Wahlkampf, bereitete den Berlin-Wahlkampf im Wedding mit vor und war überall aktiv. (...) Kurz vor der Wahl am 10. Oktober kamen plötzlich Zweifel auf. Wie ich heute weiß, total berechtigte. Die Frage Krieg - Frieden, Bundeswehr, UNO-Einsatz wurde nun anders beantwortet. Ich erlebte, wie junge, ungebildete PDS-Genossen die großartige Veranstaltung der Kommunistischen Plattform am 9. Oktober im Haus am Köllnischen Park durch eine Demonstration vor dem Gebäude zu stören versuchten. (...) Nachdem ich auch in den letzten Wochen noch vieles gehört und gelesen habe, stellt sich mir die politische Linie der PDS jetzt so dar: „Moderner Sozialismus“, „Öffnung in die Gesellschaft“, weg von der DDR, vom Sozialismus, der SED und den alten Genossen. Eine „saubere“ Partei, um hoffähig zu sein. Angesichts solcher Positionen habe ich die PDS wieder verlassen.

Heinz Derné, Berlin
Herzlichen Dank für den lieben „RotFuchs“. Macht weiter so. Anbei ein bißchen Futter.

Edith Brandt, Halle

Ich möchte mich herzlich für den „Januar-‘RotFuchs‘“ bedanken. Es ist gut, daß es die Zeitung gibt. Am 8. Februar haben wir hier in Düsseldorf ein kleines Jubiläum. Unser Aktionsbündnis gegen Armut und Arbeitslosigkeit steht dann genau zwei Jahre ununterbrochen vor dem Düsseldorf Arbeitsamt. (...)

Manfred Bohle, Düsseldorf

Ständig werden wir mit irgendwelchen Umfrageergebnissen von Meinungsforschungsinstituten bombardiert. Unlängst entdeckte ich in meiner Zeitung folgendes Resultat einer solchen Sondierung: „In Großbritannien glauben mehr Jugendliche an Gespenster und Außerirdische als an Gott. Von 1000 Befragten im Alter zwischen 15 und 24 Jahren sagten 70 %, sie seien von der Existenz von Geistern überzeugt oder hielten sie zumindest für möglich. Das gleiche sagten 61 % von Außerirdischen. Die Idee eines christlichen Gottes dagegen war für 61 % völlig abwegig.“ Wie schön für die Bourgeoisie und deren „politische Klasse“. So müssen sie sich weniger mit dem vor 152 Jahren in London entdeckten „Gespenst des Kommunismus“ befassen. Die Geisterinvasion hilft ihnen bei der Ablenkung der Massen. (...) Wer aber sind die Auftraggeber solcher Art von „Meinungsforschung“?

„Die in der Londoner Zeitung ‘The Express’ veröffentlichte Umfrage wurde im Auftrag von sechs Medienunternehmen durchgeführt“, erfuhr ich aus meinem Blatt. Sechs Medienanstalten, ein Auftrag, ein Ergebnis. Und wie nennt man so was? Natürlich Meinungspluralismus. Oder? Noch ein Wort an die Redaktion: Bitte weiternutzen und Niveau halten. Wir warten auf jede Folgenummer des „RotFuchs“.

Helga und Günter Buschow, Schwerin

Der Start ins neue „RotFuchs“-Jahr ist gelungen. Die Januar-Ausgabe hilft mir, meine Gedanken über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft weiter zu ordnen. Von großem Wert war für mich der Beitrag Siegfried Hähnels über die Bildung des MfS vor 50 Jahren. Gegenwärtig bemühen sich die Medien, die Stasi-Hetze aufs Neue anzufachen. (...) Die mit ihr verbundenen Absichten werden inzwischen aber von vielen durchschaut und spiritualistische Erkenntnisse wie die „Röntgenkanone von Gera“ gehen eher nach hinten los. (...) Veröffentlichungen wie der Artikel Siegfried Hähnels und der Leserbrief Günter Bergmanns in der Dezember-Ausgabe werden helfen, die Wahrheit über das MfS zu verbreiten. Anbei eine kleine Spende.

Dr. Roland Kießling, Prora

Vielen Dank für die Zusendung des „RotFuchs“. Die Zeitung ist für mich ein wichtiges Informationsmaterial, das ich nicht missen möchte. Anbei eine Spende.

Joachim Thel, Halle

Eure Hefte sind für mich stets eine gute Anleitung, um Näheres zur Politik von DKP und PDS zu erfahren. Manche Beiträge fordern mich auch heraus, in den Werken von Marx, Engels und Lenin nachzuschlagen. Leider ist die

theoretische Arbeit in der PDS ein Stiefkind und nur Tagesaufgaben stehen im Vordergrund. (...) Bedauerlicherweise kommen dann solche theoretischen Blüten wie Gysis Thesen zum Vorschein und finden zu wenig Widersacher. (...) Es wäre gut, wenn Ihr die Rolle des Sozialdemokratismus noch schärfer beleuchten würdet. (Das Wirken der SPD im Kalten Krieg, die Diversionstätigkeit des Ost-Büros gegen die DDR usw.) Ich führe auch gerne mehr darüber, wie es um die Kommunisten heute in Westeuropa, Asien, Lateinamerika und den USA steht. Und wie entwickelt sich die Linke in den ehemals sozialistischen Ländern Polen, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, der CR und der Slowakei? In welche Richtung geht es dort?

Nochmals Dank für Eure Beiträge, die uns die Augen öffnen.

Günter Bauch, Fraureuth

Ich habe mich sehr gefreut, in der Januar-Ausgabe des „RotFuchs“ wieder einmal etwas von Prof. Dr. Dr. Fred Müller in Form einer Zuschrift gelesen zu haben. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich noch gut an die hervorragende Analyse der Verhältnisse in der Bundesrepublik, die Prof. Müller in einem der „offensiv“-Hefte aus Hannover veröffentlicht hat. Das war wohl das Beste, was man seit Jahrzehnten von links über Deutschland lesen konnte. Ich möchte Prof. Müller für diese Arbeit meinen herzlichsten Dank sagen.

Wolfgang Walkenwein, Düsseldorf

Walter Floraths „Proletariat auf Thailands Niveau?“ - und gleich danach der Bericht über den beispielhaften Kampf der belgischen Stahlarbeiter - das ist eine ganz starke Fortsetzung der Beiträge zum Zusammenhang Imperialismus/Opportunismus/Arbeiteraristokratie und für den proletarischen Internationalismus. Ich bin begeistert!

Werner Hoppe, Hamburg

Herzlichen Dank für die bisherigen Lieferungen des „RotFuchs“, dessen Inhalt auch befreundeten Genossen in meinem bisherigen Wohnort Güstrow gefiel. Es ist gut, daß zur Presse des Kapitals ein Gegenstück besteht, das die „demokratischen Verhältnisse“ dieses Staates aufdeckt. Dabei denke ich besonders an die jüngste Rede Kohls in Hamburg, in der er als Ehrenmann auftrat und erklärte, er könne sein Versprechen gegenüber zwicklichtigen Geldgebern wegen eines „Ehrenwortes“ nicht brechen. Er hätte noch nie ein Versprechen gebrochen!??? Ob er sich gar nicht mehr an die vielen Versprechen erinnert, die er bei der Vereinnahmung des DDR-Volkvermögens und seiner neuen Untertanen gegeben hat?

„RotFuchs“, bleib dran an der Entlarvung dieses verlogenen Systems. Beiliegend einige Briefmarken.

Günther Trost, Ahrensburg

„Stasi raus!“ und „Wir sind das Volk“. Mit diesen Rufen beginnt „Antenne Brandenburg“ fast jeden Morgen die sogenannte Chronik der Wende (richtig müßte es heißen: Chronik der Konterrevolution). Es mögen ehrliche Leute unter den damals Rufenden gewesen sein, die tatsächlich glaubten, es gehe um einen verbesserten Sozialismus, statt um die Restauration des Imperialismus in der DDR. Aber der Klassenfeind, den es laut André Brie angeblich nicht mehr gibt, hat nicht geschlafen. Er nutzte die mit Hilfe von „Gorbi“ und anderen Revisionisten erzeugte „Umbruchstimmung“ geschickt für seine Zwecke aus. Schlagworte wie „Stasi“, „Stalinismus“, „Mauer“ und „innerdeutsche Grenze“, aber auch „Totschläger“ urteile gegen Krenz und andere sollen die Bürger desorientieren und darüber hinwegtäuschen, daß es in den sozialistischen Staaten viele Ermungenschaften gegeben hat, denen kein Kapitalismus das Wasser reichen könnte.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Wir trauern um unsere kürzlich verstorbenen österreichischen Genossen und Leser, die treuen und standhaften Kommunisten
Rosemarie Schober - Tochter Hans Beimlers -
Otto Brichacek - ehem. Vorsitzender der Freien Österreichischen Jugend -
Bruno Furch - Spanienkämpfer -
Die Redaktion



Am 21. März 2000 vollendet unsere kämpferische und engagierte Genossin **Helga Archut** - eine der Sache des Marxismus-Leninismus treu ergebene Kommunistin - ihr 75. Lebensjahr. Ihre Entwicklung zu einer hochgeachteten Lehrerpersönlichkeit und Direktorin einer Oberschule verdankt die frühere Sekretärin dem Arbeiter- und Bauernstaat der DDR, der ihr wie hunderttausenden Werktätigen den Weg zu höherer Bildung öffnete. In der Berliner DKP hat Helga als Vertreterin der Gruppe Nordost aktiv in der Redaktion der Bezirkszeitung „Anstoß“ mitgearbeitet. Herzlich gratulieren unserer Jubilarin der Gruppenvorstand und die „RotFuchs“-Redaktion.

Herzlich gratulieren der Gruppenvorstand und die „RotFuchs“-Redaktion dem bewährten und verdienten Kommunisten **Walter Florath** zu seinem 75. Geburtstag am 13. März 2000. Als Parteisekretär an der Humboldt-Universität, im Steinkohlenwerk „Karl Liebknecht“, im VEB Kühlautomat und im EAW Treptow sowie als Mitglied der Wirtschaftskommission beim Politbüro sammelte der studierte Ökonom große praktische Erfahrungen, bevor er in den Chefredaktionen des ND und der „Aktuellen Kamera“ journalistisch tätig war. Heute stellt er sein Wissen u.a. den „Weißenseer Blättern“ und dem „RotFuchs“ zur Verfügung.

Am 13. März 2000 wird **Bruni Steiniger** 50 Jahre alt. Als junge Lehrerin, in einer Reihe von Funktionen des Jugendverbandes, als langjähriger 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt, als Mitarbeiterin des ZK der SED und des Büros der PDS-Volkskammer-Fraktion, als Vorsitzende der DKP-Frauenkommission und der Koordinierungsgruppe -Ost der DKP sowie als stellvertretende Parteivorsitzende hat sie sich als unbeirrbar Marxistin-Leninistin erwiesen. Der Gruppenvorstand gratuliert Bruni herzlich und dankt ihr für ihren Einsatz als
Herstellungsverantwortliche des „RotFuchs“.

Drei verdiente ständige Mitarbeiter der „RotFuchs“-Redaktion - unser **Kurt André**, unser **Uli Huar** und unser **Wolfgang Metzger** - outen sich wieder einmal als Geburtstagskinder. Herzlichen Glückwunsch!

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Wir bitten alle Mitglieder der Gruppe Nordost, unbedingt an der **Bezirkswahlversammlung** der Berliner DKP am Sonntag, dem **12. März 2000** (geänderter Termin!), ab 10 Uhr im Blauen Salon des alten ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz teilzunehmen. Parteibücher bitte mitbringen!

Alle Mitglieder und engeren Sympathisanten der DKP-Gruppe Nordost sind eingeladen zur **Parteiveranstaltung** am Dienstag, dem **28. März 2000**, um 19 Uhr im Blauen Salon (Franz-Mehring-Platz 1).

Thema: Vor dem 15. Parteitag der DKP

Wir haben **Heinz Stehr**, Vorsitzender der DKP, gebeten, das Einstiegsreferat zu übernehmen. Anschließend Diskussion

Leserkonferenz der DKP-Landesorganisation Brandenburg mit den **Periodika „Roter Brandenburger“**, **„Unsere Zeit“**, **„junge Welt“** und **„RotFuchs“** am 28. Februar 2000 um 19 Uhr im Club „Treff 23“ in Bernau, Breitscheidstraße 43.
Thema: „Welche Möglichkeiten haben linke Zeitungen heute?“

Neuerscheinung:

Gernot Bandur:

Adolph Hoffmann: Feuiger proletarischer Vulkan, Selbstverlag, ca. 40 S., 12.-DM
Zusammenfassung zwischen 1983 und 1998 publizierter Beiträge des Autors über Leben und Kampf des in die Geschichte als „Zehn-Gebote-Hoffmann“ eingegangenen Arbeiterfunktionärs, der in SPD, USPD und KPD wirkte und 1930 starb.
(Zu best. bei: Gernot Bandur, E.-Jahn-Str.37, 13088 Bln, Tel: (030) 9263257)

Am **8. März 2000** - herzlichen Glückwunsch allen Leserinnen aus diesem Anlaß - begehen wir im Marx-Engels-Club der Berliner DKP den

Internationalen Frauentag.

Beginn: 19 Uhr.

Im Programm: die Gruppe Stein & Findlinge



Grafik: SHAHAR

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: **DKP Berlin-Nordost**

REDAKTEUR (VidP):

Dr. Klaus Steiniger

Teterower Ring 37

12619 Berlin

Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: **K. Uwe Langer**

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt André,

Eberhard Bock

Matthias Bublitz

Wolfgang Clausner

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Arno Fleischer

Walter Florath

Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott

Monika Kauf,

Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf

Wolfgang Metzger

Dr. Annemarie Mühlefeldt

Frank Mühlefeldt

Armin Neumann

Dr. Norbert Pauligk

Rainer Rupp

SHAHAR

Harry Schmitt †

Karl-Eduard v. Schnitzler

Dr. Hartwig Strohschein

Dr. Hans-Günter

Szalkiewicz

Herbert Thomas

Dr. Ing. Peter Tichauer

Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.